Mittwoch, 4. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 3 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schlechter Start: Das Wirtschaftsexperiment in der Sowjetunion, das einigen Industriebereichen mehr Selbständigkeit einräumt, begann unter ungünstigen Vorzeichen: Moskau ist verärgert darüber, daß die Betriebe und unteren Parteiorganisationen zu wenig getan haben, um die Belegschaften für das Experiment zu gewinnen und Initiativen zu entwickeln. (S. 1)

Genscher verunglückt: Einen Brustbeinbruch und Blutergüsse erlitt Außenminister Genscher bei einem Autounfall im Saarland. Sein Dienstwagen hatte sich bei Schneeglätte auf der Autobahn überschlagen. (S. 4)

Neue Angriffe: In zwei Angriffswellen haben israelische Kampfflugzeuge gestern Stellungen Syrien-treuer Palästinenser im Libanon-Gebirge bombardiert. In Beirut wurde der Chauffeur des französischen Konsuls durch Schüsse lebensgefährlich verletzt.

Drohung aus Nahost: Die radikale Palästinensergruppe PLFP macht die deutschen Behörden für den Tod der sechs Abschiebehäftlinge in Berlin – darunter ein Palästinenser und ein Libanese – verantwortlich und kündigte Vergeltung an. – In Zusammenhang mit der Brandkatastrophe sind gegen zwei Mitarbeiter der Dienststelle Ermittlungen wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung eingeleitet worden. (S. 8)

Tunesien: Nach schweren Unruhen im Zusammenhang mit Brotpreiserhöhungen ist gestern abend in Tunesien der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Außerdem wurde eine Ausgangssperre verhängt. (S. 8)

Heute: Parteitag der Südwest-FDP in Stuttgart zum Auftakt des Dreikönigstreffens. – Minister Lambsdorff zu Gesprächen über Wirtschaftsbeziehungen in Neu Delhi. – Der US-Sonderbeauftragte Donald Rumsfeld unternimmt neue Nahost-Mission.

Flüchtlinge aus Afghanistan

3,2 Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan haben in mehr als 300 Lagern entlang der Grenze auf pakistanischem Boden Unterschlupf gefunden. Vor kurzem hat Pakistan mit der Umsiedlung von 500 000 Afghanen ins Landesinnere begonnen. Ihre Integration in die pakistanische Gesellschaft aber wird sowohl von Afghanen als auch von Pakistanis abgelehnt. Seite 6

WIRTSCHAFT

Umsatzexplosion: Der Gesamtumsatz an der Frankfurter Wertpapierbörse stieg 1983 gegenüber dem Vorjahr um 40,1 Prozent auf 93,5 Milliarden DM. – Der Aktienindex des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich um 35,8 Prozent, eine Steigerung, die nur 1959 (70 Prozent) und 1967 (37) übertroffen wurde.

Benzin teurer: Aral und Esso wollen die Preise für alle Kraftstoffsorten um drei Pfennig anheben. In den vergangenen Wochen waren sie um fast fünf Pfennig gefallen.

Horten AG: Umsatz 1983 (ohne Lebensmittel, Reisen und das Spezialmodehaus Peter Hahn) 2,944 Milliarden DM (1982: 2,841).

Neuordnung bei GM?: In dieser Woche will General Motors entscheiden, ob die fünf Kfz-Bereiche zu zwei zusammengezogen werden, von denen einer allein für Kleinwagen zuständig ist. (S. 11)

Öl weniger gefragt: Zum ersten Mal seit 15 Jahren blieb der Mineralölverbrauch der Bundesrepublik 1983 unter der 100-Millionen-Tonnen-Grenze. (S. 9)

Börse: Bei lebhaftem Geschäft kam es an den Aktienmärkten vor allem in der zweiten Börsenstunde zu Gewinnmitnahmen. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 154,9 (154,5). Dollarmittelkurs 2,7458 (2,7302) Mark. Londoner Goldpreis pro Feinunze 383,00 (geschlossen) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Wir sind gegen die Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr. Sie verstößt nicht nur gegen geltendes EG-Recht, sondern würde auch zu erheblichem bürokratischem Aufwand führen. «

Wolfgang Mischnick, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Mehnert tot: Der Publizist Klaus Mehnert – einer der bekanntesten deutschen Ostexperten – ist im Alter von 77 Jahren am Montagabend nach längerer Krankheit in Freudenstadt im Schwarzwald gestorben. (S. 4)

Krönungsordo: Für 180 000 Mark hat das Land Nordrhein-Westfalen aus Privatbesitz einen „Krönungsordo" aus dem 15. Jahrhundert für sein Hauptarchiv erworben, in dem das Ritual der deutschen Königskrönung dargelegt ist.

SPORT

Radsport: Mit einem Sieg von René Pijnen/Josef Kristen (Holland/Deutschland) endete das Kölner Sechstagerennen. Kristen gelang in seiner Heimatstadt der erste Sechstagesieg.

Schach: Der Bundesligaklub Königsspringer Frankfurt will mitten in der Saison wegen finanzieller Probleme aussteigen. In Erwägung gezogen wird sogar eine völlige Auflösung. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Smog-Alarm: Mit Fahrverboten, Drosselung der Industrieproduktion und kalten Heizkörpern begann für die Athener gestern der erste volle Arbeitstag im neuen Jahr. Wegen hoher Luftverschmutzung war der große Smogalarm gegeben worden. (S. 16)

Mehr Verkehrstote: Die Zahl der Todesfälle auf deutschen Straßen erhöhte sich 1983 auf rund 12 000 von 11 608 im Vorjahr.

Wetter: Wechselnde Bewölkung, im Norden vereinzelt Schauer. Um 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Andropows Wirtschaftsexperiment stößt auf Passivität in Betrieben

Sowjetische Bevölkerung beunruhigt über Forderungen aus dem Kreml

DW. Moskau

Die sowjetische Propaganda kann die in der Bevölkerung spürbare Unruhe über die Forderung der Kreml-Führung nach verbesserter Arbeitsproduktivität offensichtlich nicht länger verschweigen. Die Gewerkschaftszeitung „Trud" veröffentlichte jetzt Leserbriefe, in denen die Regierung verdächtigt wurde, angesichts des sich abzeichnenden gravierenden Arbeitskräftemangels die Sechs-Tage-Woche wiedereinführen zu wollen.

Diese Zeichen tiefer Besorgnis gehen einher mit der immer wieder gestellten Frage, ob das zum Jahreswechsel eingeleitete „Experiment" in einigen Bereichen der Wirtschaft, das den beteiligten Unternehmen mehr Selbständigkeit einräumt, aber auch ihre Verantwortung für die Qualität ihrer Produktion erhöht, die dringend benötigten Resultate erbringt.

*

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Höchst unzufrieden mit dem Stand der Vorbereitungen, hatte das Politbüro der KPdSU im vergangenen Dezember die Unionsministerien für Schwer- und Transportmaschinenbau sowie für elektrotechnische Industrie gerügt. Wenig konkrete Hilfe für die unterstellten Unternehmen, keine merklichen Veränderungen im Arbeitsstil, so lauteten die Vorwürfe. Auch die Betriebe selbst und sogar die unteren Parteiorganisationen wurden kritisiert, weil sie zu wenig getan hätten, um die Belegschaften *für das Experiment zu interessieren* und ihre „Initiative zu entwickeln".

Die Führung sah sich vor allem in der Vorstellung enttäuscht, daß die Unternehmen begeistert höhere Kennziffern ihrer Arbeitsproduktivität auf sich nehmen würden. Winkt ihnen doch ein ganzes Bündel materieller Anreize, wenn sie mit geringerem Aufwand an Material, Energie und Arbeitskräften ihre Planaufgaben besser erfüllen. Davon sollen auch die Belegschaften profitieren: durch Prämien, leistungsgerecht differenzierte Löhne, durch mehr Geld für soziale Leistungen des Betriebes. Dazu gehören der eigene Wohnungsbau, Erholungseinrichtungen, Kindergärten und ähnliches.

Die Betriebsleiter hatten aber rasch die Risiken erkannt, die wegen der Unvollständigkeit des Experiments auf sie zukamen. Da sie mit wirtschaftlichen Einbußen bestraft werden sollen, wenn sie ihre Planvorgaben nicht erfüllen, hüteten sie sich davor, auch noch freiwillig höhere Leistungen anzubieten. Die Unternehmen werden zum Beispiel für jedes Prozent, mit dem ihre Produktion unter dem Plan bleibt, mit einer *Verminderung* ihres Prämienfonds um drei Prozent bestraft. Wie sie mit ihrer Arbeit zurechtkommen, hängt aber ganz wesentlich von Tausenden von Zuliefererbetrieben ab, die am „Experiment" mit seinem System von Zuschlägen und Einbußen nicht beteiligt sind. Sie würden sich mit ihren Lieferverpflichtungen weiterhin ziemlich gleichgültig verhalten, fürchteten die betroffenen Unternehmensleiter und wiesen auch öffentlich mit Nachdruck darauf hin.

Damit hatten sie sogar einen gewissen Erfolg. In den letzten Wochen des Jahres rafften sich die zentralen Planungsinstanzen Gosplan und Gossnab, einen für die Versorgung der Betriebe mit Material und Brennstoffen zuständige Regierungsbehörde, zu einer Feuerwehraktion auf: Sie beschlossen, die Verträge der Zulie-

▲ Fortsetzung Seite 8

Paris will seine Industrie modernisieren

„Bis 1986 Rückstand überwinden" / Minister Fabius zeigt Härte im Talbot-Konflikt

J. SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will während ihrer am 1. Januar begonnenen EG-Präsidentschaft der industriellen Zusammenarbeit in Europa neue Impulse geben. Dies verkündete Industrieminister Laurent Fabius in einer viel beachteten Fernsehdiskussion. *Als Beispiel* nannte er die Elektronik, die Informatik und die Biotechnik. Hier seien insbesondere französisch-deutsche Gemeinschaftsprojekte möglich. Vor allem aber wünschte er sich, daß das heutige Europa der Probleme ein Europa der Hoffnungen werde.

In Frankreich selbst will Fabius deshalb eine sehr weitgehende „industrielle Mutation" durchsetzen. Der Rückstand, in den die französische Industrie gegenüber der amerikanischen, japanischen und deutschen geraten ist, müsse bis 1986 überwunden werden. Die Voraussetzungen dafür seien durch die Nationalisierung der größten Industriekonzerne geschaffen worden. Jetzt käme es darauf an, den wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt voranzutreiben.

Eine „wilde" Mutation lehnt Fabius zwar grundsätzlich ab. Denn dem „humanen Aspekt", der notwendigen Reduzierung von Arbeitsplätzen, müsse von einer sozialistischen Regierung voll Rechnung getragen werden. Jedoch schließt der Minister im Unterschied zu der bisher verfolgten französischen Politik Großentlassungen, wie jetzt bei Talbot, nicht mehr aus. In dem schweren Sozialkonflikt *der Automobilgesellschaft* will Fabius hart bleiben. Dieser Konflikt ist allerdings noch nicht ausgestanden.

SEITE 2:
Der Sozialismus im Lernprozeß

In dem gestern von der Verwaltung wiedereröffneten Automobilwerk von Poissy bei Paris war die Belegschaft zwar vollständig zur Morgenschicht gekommen. Die Wiederaufnahme der Produktion wurde aber durch gezielte Aktionen von etwa 250 Personen, hauptsächlich Gastarbeitern, zunächst einmal verhindert. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Streik- und Arbeitswilligen, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gegeben hat. Das Talbot-Werk beschäftigt 17 000 Personen.

Während sich die in Poissy dominierende kommunistische CGT-Gewerkschaft für die Wiederaufnahme der Arbeit in dem seit drei Wochen bestreikten Werk ausgesprochen hatte, wollte die linkssozialistische CFDT über ihr weiteres Vorgehen im Betrieb abstimmen lassen. Sie wurde aber von ihrer Basis überrollt. Die zu *Mäßigung* mahnenden Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem der CGT, wurden von den Gastarbeitern ausgepfiffen. Die große Mehrheit der Arbeiter scheint aber gegen neue Streiks zu sein.

Syrien läßt US-Piloten Goodman frei

AFP, Damaskus/New York

Die syrische Entscheidung, den amerikanischen Marinepiloten Robert O. Goodman freizulassen, ist nach den Worten Jesse Jacksons, des amerikanischen Baptistenpfarrers und Anwärters auf die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten, „eine bedeutende Geste" gegenüber den USA. Die Freilassung Goodmans war gestern bekanntgegeben worden.

In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen CBS erklärte der US-Politiker, die „wunderbare" Freilassung Goodmans sei ein „gewaltiger Schritt in Richtung auf neue Möglichkeiten im Nahen Osten". Der syrische Präsident habe nicht nur gegenüber der amerikanischen Regierung, sondern auch vor der Öffentlichkeit seinen „ernsthaften Wunsch nach einem neuen Weg der Beziehungen zwischen beiden Ländern unter Beweis stellen wollen". Wie ein offizieller syrischer Sprecher erklärte, knüpfte die syrische Regierung an die Freilassung des amerikanischen Piloten die Hoffnung, so zur „Schaffung von Bedingungen beizutragen, die den Abzug der US-Truppen aus dem Libanon begünstigen".

Seite 2: Ein Geschenk von Assad
Seite 3: Washington irritiert

Neue Initiative Husseins

Jordaniens König sucht Einigung mit geschwächtem PLO-Chef

RS/DW. Bonn

Der jordanische König Hussein ist offenbar entschlossen, das gegenwärtige Machtvakuum in der PLO zu nutzen, um mit der Hilfe des innerhalb seiner Organisation umstrittenen Yassir Arafat eine Lösung des Palästinenser-Problems nach seinen Vorstellungen durchzusetzen. Die Absichten des jordanischen Monarchen bewegen sich nach Ansicht von Beobachtern im Rahmen des Reagan-Planes von September 1982. Der Plan sieht für die gegenwärtig von Israel besetzten arabischen Gebiete eine Autonomie vor, verlangt aber ihre Unterstellung unter die Oberherrschaft Jordaniens.

SEITE 8:
Arafat will Gegner isolieren

Im jordanischen Fernsehen sprach sich Hussein jetzt für die baldige Entwicklung eines jordanisch-palästinensischen Rechtsverhältnisses aus. Gleichzeitig wiederholte der König seine Einladung an den PLO-Vorsitzenden Arafat, nach Amman zu kommen und die im April vergangenen Jahres abgebrochenen Gespräche über eine gemeinsame Politik wiederaufzunehmen. Die Verhandlungen Arafats mit dem jordanischen König waren der Anlaß für den Ausbruch der Rebellion innerhalb der ebenfalls von Arafat geführten größten PLO-Gruppe, Al Fatah. Seine Gegner warfen Arafat vor, durch Verhandlungen mit Jordanien von dem Ziel eines selbständigen palästinensischen Staates in ganz Palästina, das heißt, auch auf dem Gebiet des heutigen Israel, abgewichen zu sein.

Wie Washington auf die Initiative Husseins reagieren wird, steht bislang noch nicht fest. Beobachter halten es jedoch durchaus für möglich, daß der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Donald Rumsfeld auf seiner heute beginnenden neuen Mission in der Region sich auch über die Vorstellungen Ammans unterrichten wird.

Auch die Haltung Arafats zu den jüngsten Vorstellungen Husseins steht noch nicht fest. Es ist jedoch durchaus denkbar, daß der PLO-Chef durch eine taktische Annäherung an die Position Jordaniens seine Position innerhalb seiner Organisation zu verbessern suchen wird. Das jüngste Treffen Arafats mit dem ägyptischen Staatschef Mubarak beweist, daß der PLO-Chef gegenwärtig auf die moderaten arabischen Staaten setzt.

Zahlenspiele um die 35-Stunden-Woche

DW. Bonn

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall widerspricht der gewerkschaftlichen Darstellung, daß die Kosten für die geforderte 35-Stunden-Woche von den Arbeitnehmern durch Lohnverzicht in den Jahren 1981 bis 1983 „vorfinanziert" worden seien. Gesamtmetall sieht in dieser *Rechnung ein Täuschungsmanöver*, das von ruinösen Kosten in Höhe von mindestens 18 Prozent ablenken solle.

Die IG Metall hatte argumentiert: In den drei genannten Jahren wären Tariflohnerhöhungen um insgesamt 25 Prozent aufgrund der Formel „Produktivität und Preise" verteilungsneutral möglich gewesen, die tariflichen Stundenlöhne seien aber nur um 12,3 Prozent gestiegen. Mit den *fehlenden* 12,7 Prozent, so die Version der IG Metall, sei dann die 35-Stunden-Woche bezahlt worden.

Dem hält der Arbeitgeberverband entgegen: Die Formel „Produktivität und Preise" sollte nicht einmal in einer beschäftigungspolitischen Schönwetterlage Orientierungsmaßstab für Lohnerhöhungen sein, weil damit die Inflation fortgetrieben würde. *Um so falscher* wäre ihre Anwendung bei hoher Arbeitslosigkeit, weil dann auch die schlechte Ertragslage der Unternehmen zementiert und mehr Investitionen für neue Arbeitsplätze verhindert würden.

Gesamtmetall plädiert für eine ehrliche Verteilungsrechnung, in der ebenso der Kosteneffekt überproportional steigender Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die auch aus dem Produktivitätszuwachs finanziert werden müssen, erhöhte oder verringerte Ansprüche des Auslandes an unser Sozialprodukt (Terms-of-trade-Effekt) und der nicht verteilbare Preissteigerungseffekt von Mehrwert- und sonstigen Verbrauchssteuererhöhungen berücksichtigt werden. Richtig gerechnet wäre in den vergangenen drei Jahren eine Lohnkostensteigerung um 18 Prozent „*verteilungsneutral*" gewesen und nicht um 25 Prozent.

Außerdem gehe die IG Metall von falschen Zahlen aus. Auf der „Lohnseite" ihrer „Umverteilungsbilanz" erwähne sie nur die „nackten" Tariflohnerhöhungen. Alle übrigen Lohnkostensteigerungen, wie zum Beispiel die Urlaubsverlängerung im Jahre 1981, würden von ihr unterschlagen. Richtig gerechnet seien die Lohnkosten um insgesamt 15,5 Prozent je Stunde gestiegen.

DER KOMMENTAR

Polen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Das Jaruzelski-Regime in Polen tritt selbst den Beweis an, daß sich ihm die Jugend verweigert. Demnach glauben drei Viertel der polnischen Abiturienten und Studenten weder an Marx noch Lenin, sondern an Gott und *seine Weltschöpfung. Da* ebenso viele Jugendliche davon überzeugt sind, daß ihr Leben in Gottes Hand liegt und Gott ihnen in schweren Lebenslagen eine große Hilfe ist, haben die kommunistischen Agitatoren in Polen keine Chance, den ideologischen Kampf um die Seele der Nation zu gewinnen. Das hat Auswirkungen auf die Einstellung der Jugend zu dem Staat des bonapartistisch entarteten Sowjetkommunismus: Weit mehr als die Hälfte der Befragten sahen sich ganz und gar außerstande, ihren Patriotismus mit dem kommunistischen System zu identifizieren.

Bollwerk des polnischen Patriotismus ist nicht das Warschauer Regime, *sondern* die katholische Kirche. Die zitierten Umfragen belegen: Niemand ist unter der Jugend beliebter als der polnische Papst. Jetzt ist besser zu verstehen, wie das Außerordentliche möglich war, daß dieser Gottesmann bei zwei Reisen durch seine Heimat die Landsleute zu Millionen mobilisieren und zugleich disziplinieren konnte, so daß Ruhe und Ordnung nie in Gefahr gerieten, obwohl Johannes Paul II. mit Kritik an der Staatsführung *nicht hinterm Berg hielt.*

Wenn es noch eines Beweises bedurft haben sollte, daß die sowjetische Vorherrschaft und die Macht des kommunistischen Staatsapparats dem polnischen Volk zwar einen grauen Käfig überstülpen, aber niemals die Herzen und Hirne erobern können, so ist er jetzt geführt. In linken wie rechten Diktaturen ist keine Parole beliebter als diese: „Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft". In Polen schlägt das Schlagwort auf das Regime zurück.

Die gegenwärtige politische, die wirtschaftliche, ja die Lebensnot des Volkes Karol Wojtylas ist groß. Aber dieses Volk weiß auch aus seiner leidvollen Geschichte: Die *Jaruzelskis kommen und* gehen, doch die polnische Nation besteht. Sein Patriotismus ist unendlich viel älter als der Sowjetkommunismus. Er gründet in der tausendjährigen Tradition der katholischen Kirche Polens.

Frankreich lebt in Angst vor „Carlos"

DW. Paris

Frankreich lebt seit einigen Tagen wieder einmal im „Carlos"-Fieber. Die Öffentlichkeit glaubt, daß der seit Jahren international gesuchte Terrorist hinter den beiden Bomben-Attentaten steckt, die gegen die französische Eisenbahn in Südfrankreich am Silvesterabend sowie gegen das französische Kulturzentrum in Tripoli (Nordlibanon) verübt wurden. Dabei kamen fünf Menschen ums Leben, rund 50 wurden verletzt.

Der Schatten von „Carlos" ist aufgetaucht, weil sich eine „Arabische Organisation für den bewaffneten Kampf" zu den Anschlägen bekannt hatte. Unbekannte Anrufer hatten sich am Montag in Paris und Beirut gemeldet und erklärt, daß im Namen der „Organisation" die Attentate verübt worden seien. Momentan gibt es dafür noch keine Beweise, doch werden die Bekenneranrufe von der französischen Polizei ernst genommen.

Die „Arabische Organisation für den bewaffneten Kampf" machte im Juli 1975 von sich reden, als der gesuchte Terrorist und eindeutig identifizierte „Carlos" in Paris zwei Beamte der französischen Spionageabwehr und den libanesischen Gründer dieser Organisation, Michel Mukarbal, erschoß.

Mukarbal hat sich vom Terrorismus distanziert und arbeitete für die französische Polizei. Nach seinen Angaben hatte er, Iljitsch „Carlos" Ramirez-Sanchez, wie er wirklich heißen soll, für seine Organisation angeworben, um „zionistische und imperialistische Ziele in allen Teilen der Welt anzugreifen".

Umfrage: Polens Jugend lehnt System ab

JGG/DW. Bonn

Die geradezu beschwörende Aufforderung General Jaruzelskis an die polnische Jugend, sich an der Entwicklung des Landes zu beteiligen, ist offensichtlich durch für das Warschauer Regime negative Ergebnisse von Meinungsumfragen ausgelöst worden. So zeigten sich, wie die polnische Zeitschrift „Kultur und Gesellschaft" meldete, nur 20 Prozent der Jugendlichen bereit, den Patriotismusbegriff mit dem kommunistischen System zu identifizieren. 60 Prozent hätten dies entschieden abgelehnt.

Die atheistische Zeitschrift „Argumenty" beklagte, daß die Zahl der Abiturienten, die die göttliche Weltschöpfung bejahten, allein von 1977 bis 1980 von 62,3 auf 74,8 Prozent gestiegen sei. Und die Zahl derer, die an die marxistische Welterstehungstheorie glaubten, ging analog von 15 auf 10,2 Prozent zurück. Überhaupt stehe Polens Jugend unter dem „großen Einfluß der Kirchendoktrin" – wobei hier zu vermuten ist, daß die Prozentsätze von „Argumenty" eher heruntergespielt wurden.

Die meisten polnischen Abiturienten sind, so diese Zeitschrift, zudem der Meinung, daß das Leben in Gottes Hand liegt, *Gott eine große Hilfe* in komplizierten Situationen ist; hier stieg der Prozentsatz von 63,1 auf 76,4. Überhaupt besitze die Religion für die Jugend Ewigkeitswert: Anstieg des Prozentsatzes von 82 auf 88,4 Prozent. Und: 70,8 Prozent der Jugendlichen könnten durchaus Wissenschaft und Religion miteinander in Einklang bringen.

Slowakischer Bischof wirft Prag „Hirngespinste" vor

Er protestiert gegen die Bezeichnung „geheime Kirche"

DW./KNA, Preßburg

Der ohne staatliche Genehmigung geweihte slowakische Bischof Jan Korec hat öffentlich der These der Prager Führung widersprochen, daß in der Tschechoslowakei eine „geheime Kirche" gegen das Regime arbeite. Der Jesuit sieht in den permanenten Hinweisen des Staates auf eine solche Untergrund-Kirche nichts anderes, als den Versuch der Einschüchterung besonders junger Menschen.

Bischof Korec qualifiziert den Ausdruck „geheime Kirche" als „Hirngespinst, und zwar ein schlechtes". In einem Brief an die Redaktion der Preßburger Zeitschrift „Smena", die von einem Mißbrauch der Gläubigen zu „antisozialistischen Zwecken" geschrieben hatte, setzt sich Korec ausdrücklich für diejenigen Priester ein, denen die amtliche Genehmigung zur Ausübung ihrer Tätigkeit entzogen wurde.

Korec: Wenn ein Priester schon seit 30 Jahren die Messe nicht öffentlich zelebrieren dürfe, „so liest er sie privat in seiner Wohnung oder in einer Berghütte. Das ist dann nicht sein Fehler." Und wenn die Gläubigen sich auch außerhalb der Kirche zu gemeinsamem Gebet und Bibellesung träfen, „bilden sie deswegen noch keineswegs eine geheime Kirche, sondern sie tun es als Glieder der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, im Geist verbunden mit Priestern, Bischöfen und mit dem Nachfolger Petri".

Wenn man besonders jungen Menschen damit „bestimmte politische Zwecke zuschreibt", bedeute dies, sie einschüchtern zu wollen, betonte der Bischof weiter. Derartige Versuche würden erfolglos bleiben, setzt Korec den Redakteuren von „Smena" auseinander, denn hinter diesen Gläubigen stehe die „Kraft des lebendigen Gottes", die stärker sei als die Furcht. „Versuchen Sie zu begreifen: Der Glaube ist für viele Leute auch heute eine Frage auf Leben und Tod. Mit ihm steht und fällt der Sinn ihres Daseins." Selbst in der atheistischen Presse werde heute zugegeben, daß es Werte gebe, die man nicht in die Brieftasche stecken könne. Die Christen hätten höhere Werte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pertinis Vergleiche

Von Enno v. Loewenstern

Man möchte die Betroffenen um Entschuldigung bitten, auch wenn es kein deutscher, sondern ein italienischer Politiker war – es war wieder einmal eine europäische Geschmack- und Verantwortungslosigkeit. Der italienische Staatspräsident Pertini hat Amerikaner mit Sowjets, Juden mit Palästinensern gleichgesetzt. Dabei sind es die Europäer, die sich dem Rest der Welt gegenüber mit ihrem angeblichen historischen Bewußtsein und ihrer daraus folgenden politischen Erfahrung aufspielen.

Systeme der Verteidigung ließen sich nicht mit Systemen gleichsetzen, in denen der Keim der Gewalt sprießt, fuhr der Christdemokrat Piccoli dem Präsidenten über den Mund. Das kann man noch direkter sagen: Wenn er unter der Vorherrschaft des sowjetischen Kolosses lebte, würde Pertini wohl selber den Unterschied merken. Aber er lebt unter dem amerikanischen Schutz. Das macht so angenehm leichtfertig.

Und der Vergleich mit der Vertreibung der Juden: Niemand hat die Palästinenser vertrieben. Die arabischen Nachbarstaaten sind unmittelbar nach der Gründung des Staates über Israel hergefallen. Damals sind manche Palästinenser aus eigenem Antrieb aus dem Kampfgebiet geflohen, viele andere verließen es auf arabische Weisung. Seither leben die meisten arabischen Nachbarn im Kriegszustand mit Israel, das seine Grenzen vor ihnen schützen muß.

Die Palästinenser selber würden wahrscheinlich gern mit Israel zu einem friedlichen Miteinander kommen. Aber eine Organisation, die sich die Vernichtung Israels und die Vertreibung der allenfalls überlebenden Juden zum Ziel gesetzt hat, droht jedem Araber mit Ermordung, der den Juden die Hand reichen würde.

Selbst die Frage, ob die Palästinenser einen eigenen Staat wollen, kann erst geklärt werden, wenn die Palästinenser sich frei äußern können, ohne Furcht vor der PLO. Und dann hätten sie das Recht auf einen eigenen Staat nur, wenn dieser Staat in Frieden mit seinen Nachbarn leben wollte – wie der Staat der Juden eben. Zu allen diesen Problemen haben die Italiener bislang sehr wenig beigetragen. Vielleicht konnten sie nicht mehr tun. Aber dann sollte ihr Staatsoberhaupt wenigstens nachdenken, bevor es Zensuren austeilt.

Ein Geschenk von Assad

Von Peter M. Ranke

Das syrische Baath-Regime der Assad-Brüder, das mit Menschenleben nicht gerade zimperlich umgeht, hat dem farbigen Bürgerrechtler Jesse Jackson ein politisches Geschenk gemacht. Weil der abgeschossene US-Fliegerleutnant Goodman auch ein Schwarzer ist, durfte Jackson ihn nach langem Warten mit nach Amerika nehmen.

Man freut sich über jeden Menschen, der die Freiheit erlangt, aber man versteht auch die Botschaft: Die Dritte Welt reicht den Farbigen Amerikas die Hand. Oder, noch einfacher: Jesse Jackson ist den Syrern und ihren sowjetischen Förderern als Präsidentschaftskandidat einiges wert. Wieviel ihm das in den USA nützt, selbst bei den farbigen Wählern, bleibt abzuwarten.

Im syrisch besetzten Gebiet Libanons oder in Damaskus leben noch drei oder vier israelische Kriegsgefangene der Syrer und der Terror-Gruppe Jebril in vergitterten Zellen, seit Sommer 1982. Trotz Bitten des Roten Kreuzes und der Verwandten erhielten sie monatelang keine Nachricht von zu Hause und dürfen auch nicht schreiben. Man weiß nicht genau, wo sie sind, wie es ihnen geht.

Jesse Jackson hat nicht nach ihnen gefragt. Weder als Politiker, noch als Menschenrechtler. Für die rund 30 000 politischen Gefangenen in Syrien lohnt sich keine Bitte. Denn die Freilassung, auch nur von wenigen, würde dem Regime keinen Nutzen einbringen. Bei Goodman mag es anders sein.

Jesse Jackson ist als Freund der PLO bekannt. Ende September 1979 begrüßte der christliche Bürgerrechtler den PLO-Chef Yassir Arafat in dessen Beiruter Hauptquartier mit Küssen und pries ihn als „gemäßigt". Dann besichtigte er die Ruinenstadt Damour, die von Palästinensern und Drusen 1976 zerstört worden war. Ihre christlichen Bewohner wurden ermordet oder vertrieben. Aber Jackson ließ sich einreden, dies sei ein Werk der Israelis.

„Jesse Jackson, Sie wissen absolut nichts von Libanon und der Region", schrieb damals eine Beiruter Zeitung dem christlichen Menschenrechtler. Jackson hat in der Zwischenzeit anscheinend nichts dazu gelernt.

Verfassung im Wind

Von Joachim Neander

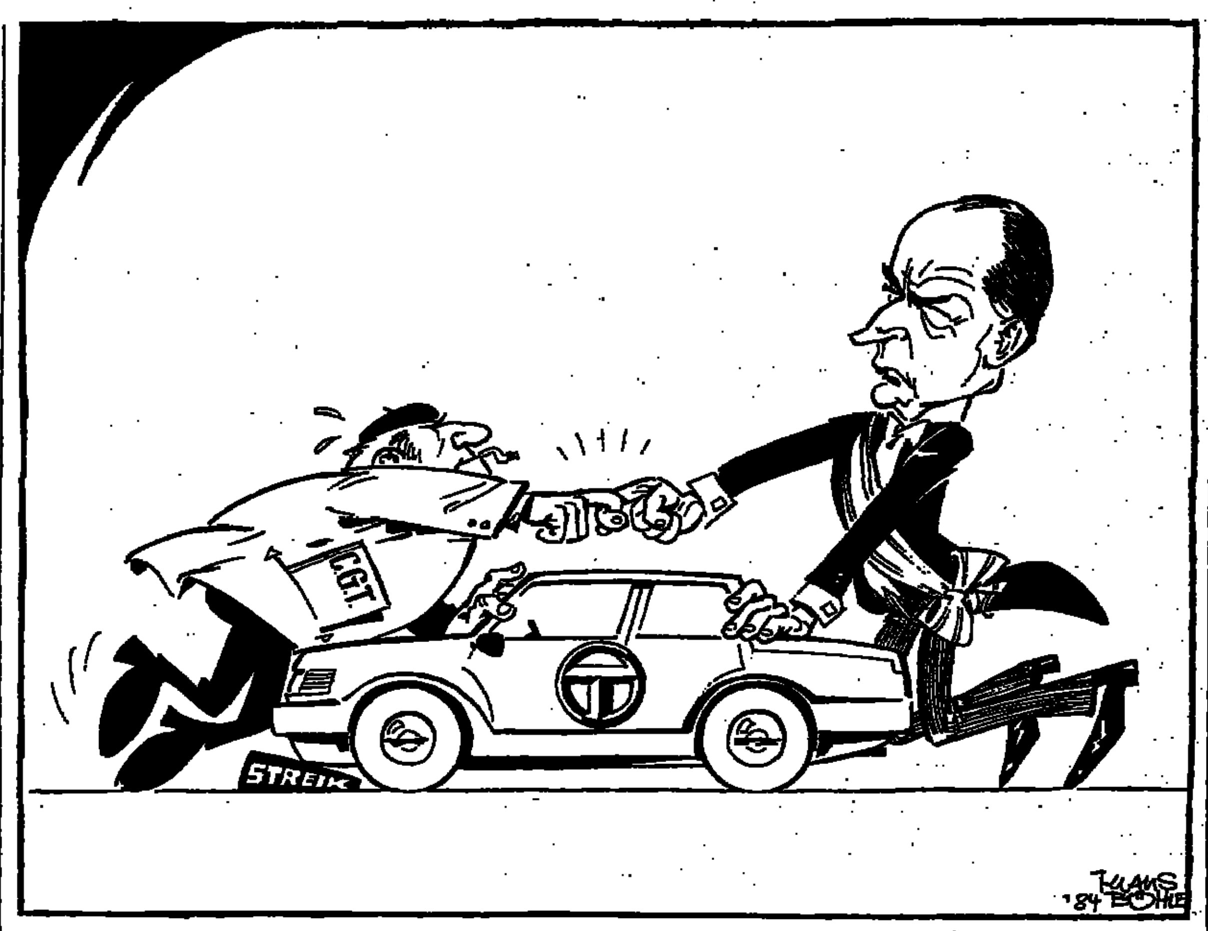
Die Schaffung von Arbeit, der Schutz der Umwelt und die Verantwortung für die Kultur sollen also, das empfiehlt eine Expertenkommission, als sogenannte Staatsziele ins Grundgesetz hineingeschrieben werden. Verfassungsrechtlich wird sicher einiges dazu zu sagen sein, zum Beispiel darüber, ob eine Verfassung – die ja schließlich ein verbindliches Gesetz ist – überhaupt dazu da ist, unverbindliche Ziele festzusetzen. Hier ist zunächst nur festzustellen, wie sklavisch sich solche Formeln am Zeitgeist, wenn nicht gar an der aktuellen Tagessituation, festhalten.

Da ist zunächst die Arbeit. Mit ihr hatten es vor 35 Jahren schon die Väter der Länderverfassungen. Damals wurde in einigen Fällen ein Recht auf Arbeit zusammen mit der dazugehörigen „sittlichen Pflicht zur Arbeit" formuliert. So steht es, ohne jede rechtliche Folgen, heute noch da. Daß Arbeit ein „Existenzmerkmal personaler Selbstbestimmung" sei, ist heute sicher unumstritten. Die Theoretiker der Arbeiterbewegung hätten sich freilich beim Vorschlag, der Staat solle die Arbeit vermehren, an die Stirn getippt.

Auch bei Natur und Kultur sollte man sich klarmachen, welch ein schwankendes Rohr der Mensch in seinem Verhältnis zu ihnen immer gewesen ist. Wilhelm Liebknecht (auch er für den Vorsitzenden der Expertenkommission, den Frankfurter Professor Erhard Denninger, bestimmt kein verachtenswerter Konservativer) hat die Kultur einmal als „Errungenschaft des hunderttausendjährigen Kampfes der Menschen zur Überwältigung der Natur" definiert. Da sieht man wieder einmal, wo man mit Begriffen hinkommt.

Es ist gut, sorgsam mit der Arbeitskraft der Menschen, mit der Natur und mit der Kultur umzugehen. Das ergibt sich schon aus der ethischen Verpflichtung, die das Grundgesetz auf Schritt und Tritt erkennen läßt.

Ebenso sorgsam aber müßte man mit dem Grundgesetz selber umgehen, mit seinem Text, also mit Wörtern, Begriffen und Sprache. Als Stück Papier im täglichen Winde zu flattern, dazu ist eine Verfassung zu schade.



Fingerhakeln à la française

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Weder Königgrätz noch Waterloo

Von Günter Zehm

Die Sicherheitspartnerschaft ist tot, es lebe die Verantwortungsgemeinschaft! Bundeskanzler Kohl selbst hat den neuen Begriff eingeführt, um damit unser Verhältnis zum kommunistischen Osten und speziell zur „DDR" zu kennzeichnen. Bonn und Ost-Berlin, so erklärte er zum Jahreswechsel, bildeten zur Zeit eine „Verantwortungsgemeinschaft" im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens. Das beiderseitige Wissen um diese Gemeinschaft habe eine weitere Vereisung des Verhältnisses nach der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses verhindert, und das sei ein erfreuliches Faktum, wenngleich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten noch lange nicht als „normal" bezeichnet werden könnten.

Hinter der schönen Rhetorik verbergen sich harte Tatsachen. Ost-Berlin kann sich nach übereinstimmender Meinung der Wirtschaftsforscher eine Abkühlung des Verhältnisses zu Bonn gar nicht leisten; es braucht die Bundesrepublik dringend als Nothelfer bei der Schuldentilgung. An die viereinhalb Milliarden Dollar muß es bis März aufbringen, höchstens drei Milliarden sind aber liquid zu machen. Wenn Bonn nicht mit den fehlenden anderthalb Milliarden einspringt, muß die SED umschulden, d. h. sie muß den peinlichen Weg Polens oder Rumäniens gehen, muß es dulden, daß ausländische Bankiers in ihren Büchern herumschnüffeln und unbequeme Forderungen stellen.

In Bonn gibt es deshalb – Verantwortungsgemeinschaft hin oder her – bei der Deutschlandpolitik zur Zeit nur noch eine Frage: Wann machen wir die nächste Milliarde locker, und wie begründen wir sie gegenüber der Öffentlichkeit? Bekanntlich hat schon die erste Milliarde innerhalb der CDU/CSU zu großer Unruhe geführt. Allen ist klar, daß man eine neue, vergleichbare Aktion nicht mehr wie Ziethen aus dem Busch durchziehen kann.

Der der CSU nahestehende Ostkonjunktur-Beobachter Werner Obst, ehemals Planungschef im Büro des „DDR"-Ministerrats und heute vorsichtiger Befürworter einer weiteren baldigen Kreditvergabe an Ost-Berlin, hat die Lage mit der Situation Bismarcks nach dem Sieg über die Österreicher bei Königgrätz verglichen. Bismarck hätte damals in Wien einmarschieren können, um seinen Triumph auszukosten. Aber er hätte damit die Österreicher überflüssigerweise gedemütigt und sie in die Arme Napoleons III. getrieben. Obst: „Warum sollte die aus dem Wettstreit der Systeme als wirtschaftlicher Sieger hervorgegangene Bundesrepublik den unterliegenden anderen Teil Deutschlands noch unnötig demütigen, dessen Parteiführung ebenso wie einen Großteil der Bevölkerung, die ihre Hoffnungen ohnehin nur auf Westdeutschland setzt?"

Der Vergleich klingt bestechend. Ob er stimmt, ist eine andere Frage. Zunächst: In wessen Arme könnte Ost-Berlin getrieben werden, da es doch schon unentwindbar in den Armen des östlichen großen Bruders zappelt? Und inwiefern könnte es durch Kreditverweigerung „gedemütigt" werden? Weder die Herren in Warschau noch die in Bukarest fühlen sich, indem sie ihre Schulden nicht zurückzahlen, im geringsten gedemütigt; im Gegenteil, unter ihnen macht sich, ähnlich wie in Mexiko oder in Brasilien, eine Art Übermut breit nach dem Motto: „Sind die Schulden prolongiert, lebt es sich ganz ungeniert". Es zeichnet sich im internationalen Geldverkehr immer deutlicher ab, daß nicht die Gläubiger, sondern die Schuldner die eigentlichen „Sieger" sind, weil sie die Gläubiger zwingen können, dem schlechten Geld immer neues gutes hinterherzuwerfen.



Mißglückter Vergleich mit dem Verzicht auf einen Triumph: Bismarck FOTO: ULLSTEIN

Nein, die Regierung Kohl muß sich in jedem Fall hüten, den Fehler der alten Koalition zu wiederholen und den Kommunismus um irgenwelcher vager Theorien und Gleichnisse willen à fonds perdu zu subventionieren. Die Milliarde vom Frühsommer letzten Jahres mochte noch hingehen, sie war gewissermaßen Kohls deutschlandpolitisches Entreebillett und markierte guten Willen, nicht Willfährigkeit. Jetzt aber geht es ums Prinzip. Jetzt erwartet die Öffentlichkeit klare Abmachungen im Sinne jenes „do ut des", mit dem die CDU/CSU seinerzeit in den Wahlkampf zog.

Die deutschlandpolitische Diskussion hat sich im vergangenen Jahr merkbar belebt. Die Deutschen spüren, daß sie so wie bisher nicht weiterleben können, daß die Zustände an der Demarkationslinie nicht nur würdelos und menschenfeindlich sind, sondern den endgültigen Verlust der Identität in sich bergen. Sie wollen konkrete Veränderung. Und wenn es denn sein sollte, daß Ost-Berlin wirklich, wie Werner Obst glaubt, wirtschaftlich auf dem letzten Loch pfeift, dann soll es für das Geld, das wir ihm geben, auch etwas leisten, dann soll es aufhören, die kritischen Landsleute drüben wie Hasen zu jagen und abzuschießen, dann soll es sich in seiner Sprache mäßigen und die widernatürlichen, landesverräterischen Abgrenzungsredereien unterlassen.

„Die Völkerschlacht von Leipzig haben sie schon verloren, ein Waterloo sollten wir ihnen ersparen", sagt Werner Obst, ein weiteres historisches Gleichnis bemühend. Doch es geht gar nicht um Waterloo. Es geht darum, daß sich die SED-Leute endlich wie deutsche Landsleute und zivilisierte Mitteleuropäer aufführen. Und es geht darum, daß sich die Bonner Politiker nicht wie überschlaue Spekulanten, sondern wie ehrbare Kaufleute benehmen, die sich weder übers Ohr hauen lassen noch andere übers Ohr hauen.

IM GESPRÄCH Raúl Prebisch

Im Dienst mit 82

Von Manfred Neuber

Im Alter von 82 Jahren hat sich der international angesehene argentinische Wirtschaftswissenschaftler Raúl Prebisch der neuen Zivilregierung in Buenos Aires noch einmal als Berater zur Verfügung gestellt. Er soll seinem Lande beim wirtschaftlichen Neuaufbau helfen.

Argentinien ist mit Auslandsschulden von vierzig Milliarden Dollar belastet. Wie Präsident Raúl Alfonsin erklärte, werde kein Zahlungsmoratorium, sondern eine Umschuldung angestrebt. Die Zinsen seien zu hoch und die Laufzeiten zu kurz. Damit Argentinien seiner Verpflichtung nachkommen könne, sollten die Gläubiger mehr argentinische Waren kaufen.

Prebisch verficht schon seit den sechziger Jahren die Forderung „Handel statt Hilfe". Er machte sich auch den Ruf nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung" zu eigen. Aus der Schuldenkrise vieler Länder der Dritten Welt sieht er nur einen Ausweg, wenn die Zinsen pünktlich gezahlt, aber die Rückzahlungen der Kredite gestreckt werden.

Abwertungen und Preiskontrollen hält Prebisch für untaugliche Mittel zur Bekämpfung der Inflation. Die neue Regierung hat sich vorgenommen, im nächsten Jahr die Inflationsrate von vierhundert Prozent auf eine zweistellige Ziffer zu senken und das hohe Defizit im Staatshaushalt vor allem durch Kürzungen an den Ausgaben für das Militär, das bis vor kurzem regierte, zu verringern.

Mit dem „Egoismus der Industrienationen" und der „aufgeblähten Bürokratie des Staates und der Verschwendungssucht der Eliten in den Entwicklungsländern" geht er seit langem ins Gericht. Prebisch rät der Dritten Welt zur Selbsthilfe bei marktwirtschaftlicher Orientierung sowie zu einer vernünftigen Dosierung von Export-Subventionen.

Die internationale Karriere des Hochschullehrers aus Tucumán begann in den fünfziger Jahren, nachdem er vom Diktator Perón als Generaldirektor der Zentralbank in Buenos Aires abgesetzt worden war. Im Exil arbeitete er an Wirtschaftsstudien für mehrere Regierungen in Lateinamerika, und er gab wichtige Anstöße für die regionale Kooperation.



Theoretiker einer Weltwirtschaftsordnung: Prebisch FOTO: CAMERA PRESS

Bedeutende Posten des Argentiniers, dessen Vater ein deutscher Ingenieur war, reihten sich in Diensten der Vereinten Nationen aneinander: 1950 Leiter der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (Cepal), Vorsitzender der ersten Welthandelskonferenz (Unctad) 1964, deren erster Generalsekretär er wurde. Nach seinem Rücktritt 1969 aus Gesundheitsgründen übernahm Prebisch noch einige UN-Missionen.

Von den wirtschaftspolitischen Ideen, die in der „Denkfabrik" der Cepal unter seiner Führung in den fünfziger Jahren in Santiago (Chile) entwickelt wurden, sind Scharen von Technokraten in Lateinamerika geprägt worden. Darüber hinaus beeinflussen die ordnungspolitischen Vorstellungen des greisen Argentiniers die Nord-Süd-Debatte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die Erhöhung der Telefongebühren wird hier kommentiert:

Seltsam, gerade der Fernmeldebereich wurde bisher von der Post als Goldgrube gespriesen. Hier, bei den Telefonkunden, verbucht das staatliche Monopolunternehmen stets die größten Gewinne. Doch offenbar ist es nicht genug, daß die Telefonkunden an den von ihnen finanzierten Überschüssen nicht teilhaben dürfen; jetzt sollen die Benutzer von Münzfernsprechern auch noch gleich 50 Prozent mehr für jede Gebühreneinheit berappen. Merkwürdig vor allem die Begründung, die aus dem Hause von Minister Schwarz-Schilling für den Gebührenschub geboten wird: Bei den öffentlichen Telefonzellen werde ein Defizit von 250 Millionen Mark erwirtschaftet, deshalb müsse man künftig zehn Pfennig mehr verlangen. Kein Wort darüber, wo die satten Gewinne erwirtschaftet werden.

THE GUARDIAN

Mit den jüngsten Terroranschlägen in Spanien befaßt sich ein Kommentar in dem Londoner Blatt

Die zu keinem Kompromiß bereiten ETA-Terroristen, die nichts weniger als einen eigenen Staat akzeptieren werden, sind – noch nicht – isoliert worden, obgleich das Ausmaß an Autonomie, das der Region zugestanden wurde, wahrscheinlich ausreicht, um die meisten Basken zufriedenzustellen... Frankreich, das eine eigene baskische Volksgruppe hat, verhält sich noch immer weitgehend blind gegenüber den Aktivisten aus Spanien, die ungestraft über die Grenze kommen. Frankreich... sollte jetzt seine früheren, bisher nicht erfüllten Zusagen einhalten und seinem Nachbarn im eigenen Interesse und in dem Spaniens dadurch helfen, daß es der ETA die Hintertür verriegelt.

Reutlinger General-Anzeiger

Zu Castros Jubiläum heißt es hier:

Eine „demokratische Revolution" sollte stattfinden. Die „Massen", die am Anfang aus echter Überzeugung jubelten, waren von Erwartungen erfüllt, die nichts mit dem Aufbau eines Sozialismus oder Kommunismus zu tun hatten. Castro gab später (1968) selbst zu, das Volk sei für die Revolution gewesen, weil es sich höhere Löhne und mehr Wohlstand erhofft habe. Im Rückblick kann heute festgestellt werden: Die Kubaner sind getäuscht und betrogen worden.

Le Quotidien de Paris

Zum französischen Teilabzug aus Beirut schreibt die Zeitung unter dem Titel „Der Anfang vom Ende":

Der Plan einer „Abspeckung" des französischen Aufgebots lag seit einiger Zeit in der Luft. Trotzdem konnte die Ankündigung vom Truppenabzug nicht ungünstiger fallen, um die Behauptung zu bekräftigen, Frankreich sei dabei, sich der terroristischen Erpressung zu beugen. Die Killer und ihre Auftraggeber können darin nur eine Ermutigung sehen, ihre mörderischen Unternehmungen fortzusetzen... Frankreich will aus der libanesischen Falle heraus, wie übrigens auch seine italienischen und amerikanischen Verbündeten, und handelt dabei nach dem jämmerlichen Motto „Rette sich, wer kann"... Und was die 82 in Beirut gefallenen französischen Soldaten betrifft, so kann man sie auf die lange Liste derjenigen setzten, die umsonst gestorben sind.

Von Poitiers bis Talbot – der Sozialismus im Lernprozeß

Minister Fabius kündigt industrielle Mutationen an / Von Joachim Schaufuß

General de Gaulle hat die institutionelle Mutation Frankreichs bewerkstelligt – die industrielle Mutation durchzuführen, ist die Rolle der sozialistischen Regierung. Dies erklärte Laurent Fabius zum Jahresbeginn einem Millionenpublikum in der viel gehörten Fernsehsendung „Stunde der Wahrheit" vor dem spektakulären Hintergrund des Talbot-Konflikts. Die Regentschaft Pompidous und Giscard d'Estaings ließ der 37jährige Minister unerwähnt – als ob in dieser Zeit in Frankreich an industrieller Restrukturierung nichts geschehen wäre.

Das war natürlich ein politischer Kunstgriff. Steht der aus gutem Hause stammende und wie Giscard mit den Weihen der Eliteschule ENA versehene Minister doch bei gewissen Parteigenossen nicht gerade in dem Ruf, einer der ihren zu sein. Aber das erträgt er mit Fassung. Denn seine Position bei Staatspräsident Mitterrand gilt als stark. So konnte es sich Fabius sogar leisten, in einem Nebensatz KPF-Chef Marchais für den Fall, daß er die Regierung (wie bei Talbot) weiterhin „systematisch kritisiere", die Aufkündigung der sozialistisch-kommunistischen Koalition anzudrohen.

Als Termin für die Bewältigung seiner Mutationsaufgabe setzt sich Fabius das Jahr 1986, in welchem die nächsten Legislativwahlen stattfinden. Aber er schloß vor dem Fernsehen nicht aus, daß er vorher zu Höherem berufen werden könnte. Manche sehen in ihm bereits den Nachfolger von Premierminister Mauroy. Auf jeden Fall könnte er ein sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 1988 sein. Seine Devise, den Franzosen die Wahrheit zu sagen, hält er innenpolitisch für die beste Taktik.

An griffigen Vergleichen mangelt es ihm dabei nicht. Bei Talbot sei es letztlich um die Frage gegangen, 1905 Personen zu entlassen oder ein Werk mit 17 000 Beschäftigten einer tief in den roten Zahlen steckenden Automobilgesellschaft stillzulegen. Nach dem verworrenen Debakel der letzten Wochen – geboren aus dem Wettstreit der Gewerkschaften um die Gastarbeiterstimmen – sollte diese ernüchternde Formel erlösend wirken. Schließlich sind die Franzosen Pragmatiker.

Natürlich ist sich Fabius der Grenzen seiner Aktion bewußt. In den Verruf eines Kapitalisten darf er nicht kommen. Deshalb versichert er, daß es in Frankreich keine „wilden Mutationen" wie in anderen Ländern (gemeint sind vor allem die USA und Großbritannien) geben werde. Vielmehr würde die Umstrukturierung durch Sozialpläne erträglich gemacht, deren nähere Bedingungen in Dreierverhandlungen zwischen der Regierung, den Unternehmern und den Gewerkschaften ausgehandelt werden sollen. Denn die „Rekonversion" dürfe nicht zu stark auf den betroffenen Arbeitern lasten.

Auf endlose Debatten mit den Gewerkschaften will sich Fabius allerdings nicht einlassen. Wenn keine Einigung zustande käme, müßte eben die Regierung entscheiden – vor allem bei den verstaatlichten Unternehmen. Um diese geht es aber in erster Linie. Der schwerste Brocken ist dabei die Stahlindustrie, die immer noch 25 000 bis 30 000 Arbeitskräfte zuviel beschäftigt. Bisher hatte man dort fast nur vorzeitig pensioniert. Jetzt aber stehen erstmals nackte Entlassungen in Gebieten bevor, die ohnehin unter überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit leiden.

Auch Arbeitszeitverkürzungen können jetzt nicht mehr weiterhelfen. Fabius wagte sogar, die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden als Mißerfolg der sozialistischen Regierungspolitik zu bezeichnen. Andererseits verteidigte er die Rationalisierungsaktion als notwendige Voraussetzung der industriellen Mutation. Ein Entlassungsschutz sei das aber nicht. Das trifft gewerkschaftliche Hoffnungen mitten ins Herz.

Um sich verständlich zu machen, verwies Fabius darauf, daß die USA, Japan und die Bundesrepublik ihre industrielle Mutation bereits zwischen 1975 und 1980 bewältigt haben. Wenn Frankreich weiterhin zu den großen Industrienationen der Welt gehören wolle, müsse es diesem Beispiel folgen. Dabei bekennt sich der Minister im Unterschied zu seinem Vorgänger Chévenement ausdrücklich zu einer weltoffenen Wirtschaft. Welch ein Wandel, wenn man an den unter Außenhandelsminister Jobert in Poitiers praktizierten Protektionismus denkt!

Man mag dem französischen Sozialismus auch heute noch sehr skeptisch gegenüberstehen. Aber jetzt mögen sich viele mit der Hoffnung trösten, daß es einer (vernünftig gewordenen) linken eher als einer bürgerlichen Regierung gelingen kann, die mit großen sozialen Opfern verbundene industrielle Restrukturierung ohne Massenstreiks zu bewältigen. Jedenfalls ist bemerkenswert, wie schnell die französischen Sozialisten sich bereit erklärt haben, aus den eigenen Fehlern zu lernen. Die Rose welkt, oder sie wechselt die Farbe.

Ausländerzahl stieg trotz Stopp der Anwerbung

Von EBERHARD NITSCHKE

Zehn Jahre nach dem Anwerbestopp ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik auf 1,7 Millionen gesunken. Vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit scheint dies eine positive Entwicklung zu sein. Doch die Zahl trügt.

Der Anwerbestopp brachte nicht die deutliche Reduzierung", meint die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg: Zwischen Juni 1980 und Dezember 1982 ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zwar um 362 000 zurückgegangen, die Zahl der arbeitslosen Ausländer erhöhte sich in diesem Zeitraum aber um 196 000 auf 293 000 und lag auch Ende 1983 bei dieser Marke.

Schon im August vorigen Jahres wies der Präsident der Bundesanstalt, Josef Stingl, darauf hin, daß es „ein Irrtum war, mit Hilfe des Anwerbestopps das Ausländerproblem über den Arbeitsmarkt steuern zu wollen". Zu Beginn des Stopps habe es vier Millionen ausländische Wohnbevölkerung und 2,6 Millionen ausländische Arbeitnehmer gegeben. Seither sei die Wohnbevölkerung auf 4,67 Millionen gestiegen, die Zahl der Arbeitnehmer aber nur aufgrund der extrem hohen Arbeitslosenquote von jetzt 14,1 Prozent auf den jetzigen Stand gesunken.

Eindrucksvolle Rückkehrerzahlen ändern daran nichts. Seit dem Anwerbestopp sind 4,15 Millionen Ausländer aus der Bundesrepublik Deutschland fortgezogen. In keinem Jahr seit dem Anwerbestopp lag die Rückkehrerzahl unter 365 000. Der Familiennachzug vor allem sorgte dafür, daß die absolute Ausländerzahl ständig weiter stieg. Und die Liberalisierung des Arbeitserlaubnisrechts, die von der früheren Bundesregierung verfolgt wurde, sorgte dafür, daß trotz schon stark verschlechterter Arbeitsmarktlage zwischen April 1979 und November 1983 an Familienangehörige von Ausländern 179 000 neue Arbeitsgenehmigungen erteilt wurden.

Schließlich spielen beim Zustandekommen solcher Zahlen auch kleine Summen eine Rolle: Wie in den Jahren zuvor fördert die Bundesanstalt für Arbeit auch 1984, jetzt mit 160 Millionen Mark, davon 25 Prozent von Bund und Ländern, das „Programm zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer", dessen Absolventen, 1984 wohl 12 000, sofort eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Angesichts dieser Lage freut sich Bundes-Arbeitsminister Norbert Blüm darüber, daß entgegen allen Unkenrufen bei Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern am 1. Dezember 1983 die hier angebotene finanzielle Rückkehr-Hilfe, einer Blitz-Umfrage seines Hauses bei Arbeitsämtern zufolge, „rege gefragt" ist. Das Ministerium spricht von 50 000 ausländischen Arbeitnehmern, die mit ihren Familien von dem Angebot Gebrauch machen werden, in der Bundesanstalt für Arbeit hält man auch die Zahl 60 000 für realistisch.

Die Volksaktie soll neue Kräfte mobilisieren

Vom 16. Januar an wird der Bund einen weiteren Teil seiner Veba-Aktien unters Volk streuen. Die Privatisierung von Bundesunternehmen ist nicht neu: Preussag und VW sind bekannte Vorläufer. Als politisches Instrument hat sich mit der sogenannten Volksaktie jedoch ein Wandel vollzogen.

Von CLAUS DERTINGER

Fast 25 Jahre nach seiner ersten Privatisierungsaktion trennt sich der Bund jetzt erstmals seit langer Pause wieder von Aktien aus seinem Besitz und bietet diese Papiere dem breiten Publikum an, bevorzugt Arbeitnehmern mit Jahreseinkommen bis zu 24 000 Mark (Ledige) oder 48 000 Mark (Verheiratete), die Anspruch auf die staatliche Arbeitnehmersparzulage haben. Diese weitere Teilprivatisierung der Veba hat freilich mit früheren Volksaktien-Emissionen nur wenig zu tun, obwohl die Veba-Aktie zur Kategorie der sogenannten Volksaktien gezählt wird.

Aber was heißt schon Volksaktie? – Das ist eine in Österreich Mitte der fünfziger Jahre geprägte Bezeichnung, die im Laufe der Jahre immer schwammiger geworden ist, nicht ein Begriff wie Volksempfänger seligen Angedenkens oder Volkswagen. Aktien sind schließlich für alle da. Jedermann kann jederzeit jede Aktie kaufen. Volksaktien, zu denen neben Veba auch VW und Preussag zählen, sind auch immer ganz normale Aktien gewesen, die sich wirtschaftlich oder rechtlich nicht von anderen unterscheiden.

Der einzige Unterschied, den es einmal gab: Sie wurden aus Bundesbesitz vorwiegend an Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen verkauft, die der Preussag und von VW sogar noch mit einem Sozialrabatt. Als sie dann an die Börse kamen, wurden sie Aktien für jedermann, also wirklich Aktien für das Volk, nicht nur für das finanziell minderbemittelte, an das mit Sozialrabatten und günstigen Emissionskursen seinerzeit Wahlgeschenke verteilt wurden.

Hinter dem Begriff Volksaktie stand freilich eine gesellschaftspolitische Idee, die von der neuen Bundesregierung wiederbelebt und mit der jetzt bevorstehenden weiteren Teilprivatisierung von Veba-Aktien realisiert wird. Damals ging es darum, den privaten Sparprozeß umzustrukturieren. Die Deutschen sollten zwar nicht unbedingt zu einem Volk von Aktionären gemacht werden. Aber mit gutem Grund versuchte die Bundesregierung 1959 bei der Privatisierung der Preussag und 1961 bei der Teilprivatisierung des Volkswagenwerks die ans reine Geldsparen gewohnten Bundesbürger an die Aktie und damit an den Mitbesitz von Produktionsmitteln heranzuführen.

Wenn weite Kreise der Bevölkerung über Aktienbesitz an Unternehmen beteiligt sind, werden sie auch ein wenig mehr unternehmerisch denken und fühlen lernen, so hofften die Volksaktien-Initiatoren vor mehr als 20 Jahren. Und der Hintergedanke, daß Aktionäre nicht so leicht zu Feinden des „Großkapitals" werden und bei Tarifverhandlungen umgänglichere und verständnisvollere Partner sind, war nicht illegitim. Vor allem aber wollten die Vermögenspolitiker in jenen wachstumsträchtigen Jahren den deutschen Arbeitnehmern zur Teilhabe am Wirtschaftswachstum verhelfen, das sie nicht nur in einer von Jahr zu Jahr praller gefüllten Lohntüte spüren sollten. Die Volksaktie sollte ein Vehikel werden, das Otto Normalsparer mit der Sparform der „Reichen" vertraut macht. Das war ein Stück gutgemeinte Sozialpolitik.



Ein Angebot zur Vermögensbildung: Der Bund gibt für 252 Millionen Mark Veba-Aktien aus FOTO: PETER STILLE

So groß der Run auf die Aktien der Preussag, des Volkswagenwerks und später auch die der Veba – allerdings schon ohne Sozialrabatt – gewesen ist: Der zündende Funke sprang nicht über. Die Zahl der Aktionäre in der Bundesrepublik hat sich zwar durch die Privatisierungsaktionen von 800 000 auf rund fünf Millionen vervielfacht. Doch die neuen Volksaktionäre, ganz überwiegend blutige Anfänger im Aktiensparen, fühlten sich nicht animiert, darüber hinaus im Laufe der Zeit aus freien Stücken Geld auch in anderen, ganz normalen Aktien anzulegen. Im Gegenteil: Zahlreiche Volksaktionäre trennten sich im Laufe der Jahre wieder von ihren Papieren und kehrten nie wieder an die Börse zurück.

Das sozialpolitische Experiment ist mißlungen. Vielleicht mußte es aus verschiedenen Gründen auch mißlingen, aber sicherlich nicht in erster Linie wegen mangelnder Sparfähigkeit weiter Teile der Bevölkerung. Zum Scheitern hat gewiß die unzureichende Aufklärung über das Wesen der Aktie beigetragen, zum Beispiel über Kursrisiken, denen auch Aktien erstklassiger Unternehmen an der Börse ausgesetzt sind. Den Neulingen wurde wohl etwas zuviel von der Wertbeständigkeit von Aktienanlagen erzählt und von Wachstumschancen. Damit waren Enttäuschungen in Baisse-Zeiten geradezu programmiert. Enttäuscht waren viele Volksaktionäre allein schon, wenn die Papiere ihre Höchstkurse nicht halten konnten, ohne daß die Kurse auf oder unter die Einstandspreise fielen. Als Beispiel sei hier nur die VW-Aktie genannt, deren Wert sich von 350 Mark Ausgabekurs 1961 in kurzer Zeit spektakulär und spekulativ auf 1093 Mark mehr als verdreifachte, sich dann aber in den folgenden vier Jahren mehr als halbierte. Der Ärger über den entgangenen Gewinn wog vielfach sichtlich schwerer als die Freude über den noch verbliebenen Gewinn.

Auch war das Kreditgewerbe nicht darauf eingestellt, eine große Zahl von Kleinsparern aktiv in der Aktienanlage zu beraten, was notwendig gewesen wäre, um aus Zufalls-Volksaktionären langsam Normal-Aktionäre mit kontinuierlichem Interesse für die Börse zu machen.

Die mit der Veba-Teilprivatisierung '84 verknüpften sozial- und vermögenspolitischen Ziele gehen in eine etwas andere Richtung als vor 25 Jahren. Neben der Absicht, die nicht notwendigen wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates zu beschneiden und die privatwirtschaftlichen Kräfte zu stärken, spielt beim bevorzugten Angebot von Veba-Aktien an Arbeitnehmer das politische Interesse an der Mobilisierung von Risikokapital für die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Die Veba-Aktion kann im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes nur ein Anstoß dazu sein.

Grundsätzlich stellt sich jedoch die Frage, ob die jahrelange Festlegung von Aktien, wie sie das 936-Mark-Gesetz vorsieht, dem Wesen der Aktie als flexibles Anlage-Instrument entspricht. Der in die Festlegungsfrist gepreßte Anleger mag sich damit trösten, daß die „vermögenswirksame Anlage" ein Geschenk seines Arbeitgebers ist. Aber der Weisheit letzter Schluß ist diese Konstruktion gewiß nicht, solange es innerhalb der Festlegungsfristen keine „unschädlichen" Tauschmöglichkeiten zumindest in andere Aktien gibt.



Mission gelungen: Jesse Jackson (links) und Robert Goodman in Damaskus FOTO: DPA

Jackson irritiert Washington

Dem demokratischen Präsidentschafts-Bewerber Jesse Jackson ist es gelungen, die Freilassung des US-Leutnants Goodman aus syrischer Gefangenschaft zu erreichen. In den USA war Jacksons Initiative allerdings mit großen Vorbehalten betrachtet worden.

Von DIETRICH SCHULZ

Die Mission zur Befreiung des farbigen amerikanischen Marinefliegers Robert Goodman aus syrischer Gefangenschaft, die sich der Präsidentschaftsbewerber und Baptistenprediger Jesse Jackson selbst auferlegte, hat in Washington manches ungute Gefühl hervorgerufen. Je länger Jackson die durch den Bittgang nach Damaskus gewonnene Publizität auszunutzen versuchte, um so deutlicher wurde die bisher nur verhalten geäußerte Kritik an den Bemühungen des farbigen Bürgerrechtlers, der im vergangenen Jahr plötzlich den Ruf verspürte, Präsident zu werden.

In einem Artikel des angesehenen konservativen Kolumnisten George Will hieß es unter anderem, Jackson beweise mit seinem Auftreten in Syrien, daß er für die wahren Interessen des eigenen Landes nur Verachtung übrig habe. Die schwarzen Amerikaner, die sich nach Führung sehnten, müßten statt dessen erleben, daß ihnen ein „politischer Harlekin" angeboten werde. Der frühere Vorsitzende der Demokratischen Partei, Robert Strauss, erklärte in einem Fernsehinterview, was Jackson betreibe, sei nicht „die Art von Diplomatie, an die wir gemeinhin in Amerika gewohnt sind".

Während seines Aufenthalts in Syrien wurde Jackson zwar von der amerikanischen Botschaft in Damaskus mit gebührendem Respekt behandelt, die Regierung in Washington hatte jedoch in den Tagen vor der von manchem Rummel begleiteten Abreise alles getan, um soviel Distanz wie möglich zu zeigen. Das Weiße Haus versicherte wiederholt, daß der schwarze Politiker für seine Mission nicht amtlich autorisiert sei. Seit Jackson in Syrien war, schwieg sich die Regierung aus, weil sie dem publizitätssüchtigen Oppositionspolitiker nicht noch weiteren propagandistischen Auftrieb geben wollte.

Es ist bezeichnend, daß anfänglich sogar die Eltern des Marineleutnants Goodman die Mission Jacksons nicht unterstützen wollten. Sie hatten, wie viele andere Amerikaner, das Gefühl, daß hier aus vornehmlich politischen Gründen ein humanitäres Problem gegen die US-Regierung ausgespielt werden sollte, der es durch ihre eigenen Bemühungen auf diversen diplomatischen Kanälen nicht gelungen war, den am 4. Dezember bei einem Einsatz über Libanon abgeschossenen Marineoffizier aus der Gefangenschaft zu befreien.

Die Anteilnahme am Schicksal Goodmans (er war Kampfbeobachter der Maschine, der Pilot kam ums Leben) unter der amerikanischen Bevölkerung war groß. Mehr als 40 000 Weihnachtsgrüße trafen aus allen Teilen Amerikas bei Goodman in Damaskus ein. Dennoch kann nicht die Rede davon sein, daß die Reagan-Regierung einem besonders starken Druck ausgesetzt war. Erst das Eingreifen Jacksons machte aus dem Fall Goodman eine „Staatsaffäre". (SAD)

Wo auf der Straße zur Kasse gebeten wird

In Österreich, dem Urlaubsziel Nr. 1 der Deutschen, machte Bonn gestern Schlagzeilen: Viele Zeitungen kommentierten die Forderung nach Abschaffung der Autobahngebühren positiv. Wieder einmal ist in Bonn gedroht worden, notfalls auch *Gebühren zu erheben*. Woran entzündet sich der Ärger?

Von HEINZ HECK

So „geräuschlos", wie in der Bundesrepublik der Straßenbau finanziert wird, geht es in anderen Ländern nicht immer zu. Aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden müssen bei uns die erforderlichen Mittel für den Straßenbau abgezweigt werden. Andererseits kassiert der Bund jährlich weit über 20 Milliarden Mark Mineralölsteuer an der Zapfsäule. Hinzu kommt die Kfz-Steuer, die den Ländern zufließt.

Anders in unserer Nachbarschaft: Alle Jahre wieder „freuen" sich deutsche Autofahrer, wenn ihre Urlaubsfahrt an den Autobahnschaltern unterbrochen wird. Schlange stehen in der Hitze und fehlendes Kleingeld in Devisen schaffen die rechte Urlaubsstimmung. Ausgerechnet die beliebtesten Reiseländer der Deutschen gehören zu den großen Kassierern. In der Europäischen Gemeinschaft sind es Frankreich, Griechenland und Italien, in Europa darüber hinaus Jugoslawien, Österreich, Portugal, die Schweiz und Spanien (wobei Österreich und die Schweiz nur auf bestimmten Strecken wie Alpenpässen Maut-Gebühren kassieren, dagegen keine Autobahngebühr wie die übrigen Länder).

Diese Länder folgen damit einem anderen Finanzierungsprinzip, indem sie jeden Benutzer belasten – Inländer wie Ausländer. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist auch wegen des herrschenden Diskriminierungsverbots keine andere Regelung möglich. Damit stünde auch die Bundesregierung, wenn sie der alle Jahre – in diesen Tagen vom CSU-Politiker Jobst – erhobenen Forderung nach Einführung einer Autobahngebühr folgen wollte, vor der Schwierigkeit, auch den deutschen Autofahrer zu belasten. Nach dem Motto: alle oder keinen.

Nun ist nicht zu übersehen, daß die unterschiedliche Handhabung erhebliche Verlagerungen der Verkehrsströme auslöst. Das führt gerade in der Hauptreisesaison, zum Beispiel in der Bundesrepublik, zu einer Belastung der Autobahnen, die sicher weit geringer ausfiele, wenn die Fahrt in den Süden nicht so konkurrenzlos billig wäre.

Schon aus diesem Grunde wird immer wieder die Frage gedreht und gewendet, ob man nicht die Belastung des deutschen Autofahrers mit Steuern (knifflige Frage: bei der Bundes- oder Ländersteuer?) verringern und statt dessen Autobahngebühren für alle erheben sollte. Zu den Gegenargumenten gehört der mutmaßlich hohe Verwaltungsaufwand. Die beste Lösung wird in der Abschaffung aller Autobahngebühren gesehen. Doch ist sie, wie beste Lösungen das so an sich haben, politisch sehr schwer durchsetzbar.

Von Rußland kam er nicht los: Klaus Mehnert

CARL G. STRÖHM, Bonn

Im Alter von 77 Jahren ist in Freudenstadt/Schwarzwald Klaus Mehnert, emeritierter Professor der Politologie, einer der bekanntesten deutschen Ostexperten, nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Mehnert hat besonders in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland als Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa" und als Autor zahlreicher Bücher – am bekanntesten wurde sein 1958 erschienenes Werk „Der Sowjetmensch" – großen Einfluß auf das Rußlandbild der Deutschen westlich der Elbe ausgeübt.

Er entstammte einer in Moskau ansässigen deutschen Familie württembergischer Herkunft. Auch als Weltenbummler, der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg die USA kennenlernte und die Kriegsjahre in China verlebte, blieb Mehnert eine russisch-schwäbische Mischung: ein Mann, der mit Fleiß und Ausdauer, das Rätsel Rußland zu ergründen suchte – und der von Rußland in seiner sowjetischen Ausprägung nicht loskam, mochte er sich auch zwischendurch mit China, Asien, der Dritten Welt oder der unruhigen deutschen Jugend nach der Studentenrevolte von 1968 als Publizist und Autor beschäftigen.

Mehnert war in seiner Jugend vom sowjetischen Experiment fasziniert. In den frühen dreißiger Jahren galt er – wenn auch nicht ganz zu Recht – für viele als eine Art „Nationalbolschewik". Nach 1945 war er, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck des Stalinismus und im Banne der Adenauer-Ära, ein eifriger Vorkämpfer der Westintegration der Bundesrepublik. In seinen letzten Lebensjahren freilich schien er immer mehr zu den Anfängen seiner Laufbahn zurückzukehren: Fast mochte man meinen, er wolle jetzt irgendwie seinen Frieden mit der Sowjetmacht machen.

Seine Geburtsstadt Moskau sah er im Sommer 1983 zum letzten Mal: Unter den Bonner Journalisten, die Bundeskanzler Kohl begleiteten, tauchte sein hageres Gesicht auf. Aber da wirkte er bereits wie ein Zeuge vergangener Zeiten. Der einsame Experte wurde nicht mehr gefragt.

Genscher bei Autounfall verletzt

hey. Bonn

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, ist gestern mittag auf der Autobahn in der Nähe der saarländischen Gemeinde Nonnweiler verunglückt. Er erlitt einen Brustbeinbruch und Blutergüsse. Sein Fahrer und die Sicherheitsbeamten kamen mit Prellungen davon. Genscher wurde nach einer Behandlung im Krankenhaus von Hermeskeil mit einem Hubschrauber in sein Haus in Pesch bei Bonn geflogen.

Der FDP-Chef hatte am Morgen in Saarbrücken mit der Landesregierung und der dortigen Parteiführung politische Gespräche geführt. Dabei ging es offensichtlich um die Nachfolge des kürzlich zurückgetretenen Wirtschaftsministers Walter Henn. Auf der Rückfahrt nach Bonn kam sein Wagen auf schneeglatter Fahrbahn ins Schleudern, überschlug sich dreimal und blieb auf dem Dach liegen. Wenn der Dienstwagen nicht gepanzert und Genscher nicht wie üblich angeschnallt gewesen wäre, so hieß es gestern abend im Thomas-Dehler-Haus, hätte es einen viel schlimmeren Ausgang des Unfalls gegeben.

Offen ist jetzt, ob der FDP-Chef am Freitag zum Dreikönigstreffen seiner Partei nach Stuttgart und zum Wahlkampfauftakt der baden-württembergischen FDP fahren kann. Auf jeden Fall will er versuchen, an der Eröffnung der Stockholmer KVAE-Konferenz teilzunehmen.

Offiziere mahnen evangelische Kirche

DW. Bonn

Gegen die „Ausgrenzung Andersdenkender" in der kirchlichen Friedensdiskussion haben sich drei höhere Bundeswehroffiziere während eines Gesprächs mit dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, gewandt.

Der Brigadegeneral Adalbert von der Recke, der Oberst im Generalstab Walther von Lossow und der Oberstleutnant Reinhard von Plessen waren zu einem Gespräch mit der rheinischen Kirchenleitung eingeladen worden, nachdem sie in einem offenen Brief gegen den umstrittenen „Friedensgottesdienst" im Oktober 1983 in Jülich protestiert hatten.

Zu diesem Gottesdienst hatten 33 rheinische Superintendenten eingeladen und zu einem „unerbittlichen" Nein gegen die NATO-Nachrüstung aufgefordert. Die kirchlichen Amtsträger hatten ferner jegliche Diskussion mit Andersdenkenden ausgeschlossen. Das habe viele Soldaten „persönlich verletzt", wie von Plessen erklärte. In einem gemeinsamen Kommuniqué der Gesprächspartner heißt es jetzt, daß vor allem die „Ausschließlichkeit der im Gottesdienst in Jülich vertretenen Positionen" Anstoß erregt habe. Wenn sie (die Soldaten, d. Red.) von der Diskussion über den Weg zum Frieden ausgeschlossen würden – so die Offiziere –, sei auch deren Kirchenmitgliedschaft in Frage gestellt.

Arzt muß zahlen, weil er Schwangere falsch beriet

Bundesgerichtshof fällt aufsehenerregendes Urteil

BRUNO WALTERT, Karlsruhe

In einem aufsehenerregenden Urteil hat jetzt der Bundesgerichtshof neue Regeln über die Haftung von Ärzten bei Falschberatung von Schwangeren aufgestellt (WELT v. 30. 12. 83). Dabei geht es um den Umfang der Schadenersatzpflicht von Ärzten für den Fall, daß Eltern, die während der Schwangerschaft der Mutter Rat wegen möglicher vorgeburtlicher Schäden suchen, unzutreffend beraten werden.

Der Entscheidung des Bundesgerichtshofs lag folgender Fall zugrunde: Eine fast 39jährige Schwangere hatte ihren behandelnden Frauenarzt danach gefragt, ob im Hinblick auf ihr Alter die Gefahr bestehe, daß sie ein mongoloides Kind bekomme. Die Frau wollte wissen, ob nach Meinung des Arztes deswegen eine Untersuchung zur Früherkennung einer solchen Schädigung angezeigt sei. Der Arzt hatte geantwortet, er halte das nicht für erforderlich. Bei der Geburt stellte sich dann aber heraus, daß das Kind doch mongoloid war. Daraufhin verlangten die Eltern vom Arzt die Erstattung der ihnen für das kranke Kind entstehenden Unterhaltskosten.

Der Bundesgerichtshof verweist in einer jetzt bekanntgegebenen Entscheidung auf ein im Januar 1983 gefälltes Urteil, in dem er einen Arzt für schadenersatzpflichtig erklärt hatte, weil dieser eine von einer Schwangeren befürchtete Röteln-Infektion schuldhaft nicht erkannt hatte. Ebenso wie in diesem Fall sei, so betont der Bundesgerichtshof nun in seinem neuen Urteil, eine Haftung des Arztes auch dann gegeben, wenn er die Eltern über mögliche genetische Schäden eines werdenden Kindes, die gegebenenfalls einen Schwangerschaftsabbruch gerechtfertigt hätten, schuldhaft unzutreffend berate.

Ein Schadenersatzanspruch bestehe allerdings dann nicht, wenn ein Kind lediglich mit leichten Behinderungen zur Welt komme, die aus nachträglicher Sicht einen Schwangerschaftsabbruch nicht erlaubt hätten. Wenn aber wegen schwerer Schädigung ein Schadenersatzanspruch aus Falschberatung bestehe, könnten die Eltern die gesamten Unterhaltsaufwendungen für ihr behindertes Kind und nicht etwa nur die durch die Behinderung verursachten Mehrkosten von dem Arzt verlangen. Anspruch auf Schadenersatz haben in derartigen Fällen aber nur die Eltern, nicht das Kind selbst. (AZ: VI ZR 85/82)

Warum Soldaten nicht mit Mechtersheimer sprechen

General Windisch begründet Absage in Loccum

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Soldaten der Bundeswehr werden auch in Zukunft bereit sein, mit einzelnen oder gesellschaftlichen Gruppen über ihren Verteidigungsauftrag zu diskutieren, selbst sogar in solchen Fällen, in denen sie auf entschiedene Gegnerschaft stoßen. Darauf hat der stellvertretende Generalinspekteur, Generalleutnant Windisch, gegenüber der WELT hingewiesen. Es sei aber auf der anderen Seite „menschlich verständlich", daß die Soldaten nicht mehr mit einem Mann wie Alfred Mechtersheimer reden wollten, dessen Behauptungen eine „starke Zumutung" und einer „Unterstellung" gleichkämen, „die mit dem Auftrag der Streitkräfte nicht das mindeste zu tun" habe.

Windisch spielte damit auf die sogenannte „Heilbronner Erklärung" an, die Mechtersheimer ebenso wie der Schriftsteller Günter Grass und der Pfarrer Albertz befürwortet hatte. Dazu war der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen der NATO auch in der Bundesrepublik vorgeworfen worden, sie werde „zum Bestandteil eines Offensiv-Konzepts, das den Verteidigungsauftrag unserer Verfassung pervertiert". Diese, wie der General mehrmals unterstrich, durch nichts gerechtfertigte Kritik sei der Anlaß gewesen, allen Soldaten, die vom 9. bis 11. Januar an einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum über Fragen der Friedenssicherung teilzunehmen, zu empfehlen, ihre Zusage zu überdenken. Grund für diese Empfehlung war die Weigerung der Akademie, Mechtersheimers Teilnahme als Diskutant „auf dem Podium" in eine solche „im Publikum" umzuwandeln. Dieses hatten der Landesbischof von Hannover, Eduard Lohse, und der Verteidigungsminister Manfred Wörner den Loccumer Organisatoren als Kompromiß empfohlen.

Wie Windisch weiter sagte, sei in der von Mechtersheimer unterstützten „Heilbronner Erklärung" erstmals die Bundeswehr „außerhalb des Grundgesetzes gestellt worden" und dies, obwohl sie der parlamentarisch-politischen Kontrolle unterliege, die gerade dieses Grundgesetz vorsehe. Es sei für Soldaten nicht mehr hinnehmbar, mit „Leuten zu streiten, die uns Verfassungsfeindlichkeit vorwerfen". Nicht aus den Waffen einer Armee lasse sich ihr Auftrag ablesen, sondern nur aus ihrem Geist. Die Soldaten der Bundeswehr hätten einzig das Berufsethos, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Nicht nur für die Bundeswehr, für alle NATO-Streitkräfte hätten die Regierungen der Allianz immer wieder die „feierliche Erklärung" abgegeben, niemals als erste Waffen anwenden zu wollen, und wenn, dann nur zur Verteidigung. Windisch schloß, er sei sich sicher, so dächten alle Soldaten der Bundeswehr, vor allem ihre Offiziere.

Erklärungen aus dem Lager der „Friedensbewegung" legen jedoch den Schluß nahe, daß diese Diskussionsbereitschaft in der Bundeswehr für deren Kritiker nicht ausreichend erscheint. Mechtersheimer schrieb dazu in der Dezember-Ausgabe des Informationsdienstes „Mediatus", die „Friedensbewegung" könne sich nicht auf das Werben für ihre Ziele beschränken. Sie müsse „noch mehr gesellschaftliche Macht gegen die Fortsetzung der Konfrontationspolitik mobilisieren". Illegale Mittel des zivilen Ungehorsams gegen den „Rüstungswahnsinn" würden von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als legitim gebilligt. Darüber hinaus müsse die „Friedensbewegung" ihre Überzeugungsarbeit „an der Basis" verstärken, denn es gehe nicht nur um die „neuen Raketen", sondern auch um „das falsche Denken hinter dieser Rüstung".

Die Neue Heimat und der Filz

Bialas als Zeuge: Es hat enge Beziehungen zwischen Politikern und der NH gegeben

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs Staatsdiener haben einen neuen Kollegen – den Computer „Albert". 42 000 Mark hat das Landesparlament aus der eigentlich leeren Kasse des Stadtstaates noch zusammengefegt, damit diese Anschaffung getätigt werden konnte, denn sie war wirklich „unabweislich". „Albert" – das ist eine Anspielung auf Albert Vietor, den zu Fall gekommenen Baulöwen an der Spitze der Neuen Heimat. Die hanseatischen Rathausregenten haben die Maschine erstehen müssen, weil anders die Wagenladungen von Material nicht mehr aufzubereiten und durchzuarbeiten sind, die dem bürgerschaftlichen Untersuchungsausschuß zum Thema Neue Heimat mittlerweile vorliegen. Der Vorsitzende Ulrich Hartmann ist unerbittlich und verzichtet nicht auf die kleinste Unterlage; Akten, die dem Ausschuß verweigert wurden, ließ er beschlagnahmen.

„Hemdsärmelige Methoden"

Untersuchungsthema des Ausschusses ist die Frage, ob die zuständigen Hamburger Behörden ihrer Aufsichtspflicht nach den Bestimmungen des Gemeinnützigkeitsrechts nachgekommen sind. Im politischen Klartext: War die Verfilzung zwischen der langjährigen hanseatischen Regierungspartei SPD und dem gewerkschaftlichen Bauriesen so dicht, daß die Bosse der Neuen Heimat faktisch tun und lassen konnten, was sie wollten – mit dem bekannten Ergebnis, das vor einem Jahr den Konzern ins Wanken brachte?

Sie war es – dieser Schluß ergibt sich aus Zeugenaussagen und aus einem Gutachten, das der Rechnungshof dem Parlament dazu erstattet hat. Eine geradezu klassische Bestätigung lieferte dem Ausschuß einer der angesehensten unter den hohen Beamten der Hansestadt: „Die Neue Heimat hat gehandelt, und hinterher haben wir sanktioniert", erklärte der Staatsrat Diether Haas, der von 1972 bis 1981 in der Leitung der Baubehörde tätig war, in seiner Aussage. Warum das so war, erläuterte Haas den Parlamentariern so: „Das war ein mächtiger Koloß, den wir mit Mißtrauen beobachteten. Ich hatte aber keinen festen Punkt, bei dem ich mit Aussicht auf Erfolg hätte nachhaken können." Die Umgangsformen und Methoden der NH-Chefs erlebte Zeuge Haas als „frühkapitalistisch und hemdsärmelig"; das „Beziehungsgeflecht" zwischen dem NH-Apparat und den politischen Entscheidungsinstanzen in der Stadt sei eng gewesen. Die vielfältige Präsenz des Unternehmens in der Politik, so meinte Haas weiter, habe wahrscheinlich dazu beigetragen, daß dem gemeinnützigen Teil des Konzerns vorweggenommene Ausnahmen vom Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz nachträglich erteilt wurden. Zuständig war dafür insbesondere die Baubehörde.

Was der Zeuge Haas dem Ausschuß vortrug, war erkennbar auch von dem Umstand geprägt, daß ihm beruflich nichts mehr widerfahren kann – der jetzt als Staatsrat in der Senatskanzlei für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi tätige Spitzenbeamte scheidet in diesem Jahr aus. Seine Aussagen fanden eine eindrucksvolle Bestätigung in dem Gutachten des Rechnungshofes. In diesem 212 Seiten umfassenden Papier wird der Bau- und der Wirtschaftsbehörde ausdrücklich attestiert, sie seien ihrer Aufsichtspflicht „nicht mit der erforderlichen Sorgfalt nachgekommen".

Zu den Zeugen, die ebenfalls keine großen Rücksichten mehr zu nehmen brauchen, gehörte der frühere Bausenator und Haas-Vorgesetzte Rolf Bialas, rechter Flügelmann der FDP. Er schilderte dem Ausschuß sehr plastisch, wie er in seiner eigenen Behörde „gegen Gummiwände lief", wenn er Einzelheiten über die Methoden der Neuen Heimat wissen wollte: „Ich hatte den Eindruck, daß mir nicht alles erzählt wird. Einer hat mich gefragt, ob ich denn lebensmüde sei." Auf die direkte Frage des Ausschußvorsitzenden Hartmann, ob der Konzern sich denn alles habe erlauben können, antwortete Bialas: „Es hat da sehr enge Beziehungen zwischen Politikern der Stadt und der NH gegeben."

Der Nachfolger von Bialas als Bausenator, der heutige Wirtschaftssenator Volker Lange (SPD), ließ in seiner Zeugenaussage erkennen, daß die Prüfungsberichte des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) in der Baubehörde nach Kenntnisnahme kurzerhand abgeheftet wurden. Das war ein erstaunliches Verfahren, wenn man sich vor Augen hält, was der Rechnungshof feststellte: Diese Berichte hätten „genügend Anhaltspunkte für Verstöße" enthalten, denen „die Baubehörde hätte nachgehen müssen". Überdies sei der Baubehörde seit 1977 bekanntgewesen, daß der Verband mit der NH „ein Geschäft getätigt hatte, das ihn insoweit als unabhängiges Prüfungsorgan ausschloß".

Lückenhafte Erinnerung

So lückenhaft wie das Erinnerungsvermögen des Senators Volker Lange war das des früheren Finanzsenators und heutigen Europa-Abgeordneten Hans-Joachim Seeler (SPD). Er berief sich im Zeugenstand auf eine eingeschränkte Prüfungsmöglichkeit der Finanzbehörde und einen vierjährigen Rechtsstreit darüber vor dem Bundesfinanzhof, der dem Finanzamt dann endlich ein unmittelbares Prüfrecht gegenüber dem gemeinnützigen Teil des Baukonzerns zuerkannte. Doch der Senator blieb konziliant kooperativ – ein Verfahren, das den Ausschußvorsitzenden Ulrich Hartmann zu der Bemerkung veranlaßte: „Da haben Sie vier Jahre auf ein Gebiß gewartet, und dann feilen Sie die scharfen Zähne wieder stumpf."

Vor Koalitionsaussage für die CDU

Traditionelles Dreikönigstreffen der Südwest-FDP / Parteitag beschließt Wahlaufruf

XING-HU KUO, Stuttgart

Das Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP bricht diesmal mit einer seit Jahren praktizierten „Tradition": Sie verzichtet in diesem Jahr auf die „Enthaltsamkeit" in Sachen Koalitionsaussage, mit der Parteichef Jürgen Morlok bisher erfolgreich seine Landespartei geführt hat. Schon heute nachmittag, dem ersten Tag des 120. Dreikönigstreffens der Südwest-Liberalen, das bis einschließlich Freitag in der Stuttgarter Liederhalle stattfindet, werden die Delegierten den Punkt „Beschlußfassung über den Wahlaufruf" zu entscheiden haben ...

Hinter dieser unscheinbaren Formulierung verbirgt sich die einstimmige – bei nur einer Stimmenthaltung – Beschlußfassung des Landesvorstandes, eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen. Mit diesem Vorschlag kurz vor Weihnachten hatte Morlok für einen heftigen Disput vor allem mit der CDU gesorgt. Lothar Späth, nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Landesvorsitzender der Union und Fraktionschef Erwin Teufel beeilten sich zu erklärten, zu einer „Ehe" gehörten bekanntlich zwei, und die CDU wolle und brauche die FDP nicht.

Aber auch in der Südwest-FDP regt sich, wenn auch in Grenzen, Widerstand gegen diese Koalitionsaussage, deren Annahme durch den Parteitag allerdings nicht angezweifelt wird. Denn sogar der Exponent des bereits dezimierten linken Flügels der Partei, Morloks Vize Hinrich Enderlein, forderte die Mitglieder auf, „ohne Wackeln" die Koalitionsaussage mit der Union zu unterstützen, auch wenn Enderlein dabei gleichzeitig heftige Kritik an Parteichef Hans-Dietrich Genscher übte. Auf dem Bezirksparteitag Bodensee-Oberschwaben in Biberach am 18. Dezember 1983, wo Enderlein die Hauptrede hielt, erklärte er, es sei ihm „kalt den Rücken hinuntergelaufen", als er von Genschers Vorschlägen zur Einschränkung der Lehrmittelfreiheit und zur Einrichtung von privaten Elite-Universitäten gehört habe. Dies sei, so Enderlein, „keine liberale Politik".

Bisher erkennbar haben nur die „Jungen Liberalen" und der Bezirksverband Nordschwarzwald Bedenken gegen die geplante Koalitionsaussage geäußert. Sie wollen auf dem Dreikönigsparteitag deshalb gegen den Antrag des Landesvorstandes stimmen.

Ansonsten jedoch macht sich in der Südwest-FDP zunehmend die Erkenntnis breit, daß nach 19 Jahren Opposition in Stuttgart jetzt eine Chance besteht, mit Lothar Späth (CDU) eine Regierung zu bilden, zumal letzterer in den Augen vieler FDP-Politiker „liberal" genug sei, um erfolgreich eine Koalition machen zu können. Dagegen wendet sich die FDP eher gegen den „konservativen" Teil der Südwest-CDU, vor allem verkörpert durch den Fraktionschef der Union im Landtag, Erwin Teufel.

Voraussetzung für eine solche „Ehe" mit der CDU ist allerdings, daß diese Regierungspartei ihre absolute Mehrheit (1980: mehr als 53 Prozent der Wählerstimmen) verliert. Deshalb peilt die FDP im Lande, die bei der letzten Landtagswahl 8,3 Prozent der Stimmen verbuchte, ein „zweistelliges Ergebnis" an. Vor allem aus den Reihen der CDU will die von den Linken „gereinigte" FDP jetzt erneut zusätzliche Stimmen bekommen. Sollte es SPD und Grünen gelingen, ihrerseits der CDU Stimmen abzujagen, dann könnte das Ziel erreicht werden, Späth zu einer Koalition mit der FDP zu „zwingen".

Für die Bundes-FDP wäre eine solche Koalition in Stuttgart von besonderer Bedeutung, denn eine gut funktionierende Koalition mit der CDU könnte das Ansehen und die Anziehungskraft der FDP bundesweit erheblich stärken.

Bericht über Ölsuch-Affäre veröffentlicht

JOCHEN LEIBEL, Paris

Der französische Premierminister Pierre Mauroy hat ein „Weißbuch über die Affaire der ‚Schnüffelflugzeuge'" vorgelegt. Die Veröffentlichung dieses ursprünglich geheimen Untersuchungsberichts des französischen Rechnungshofs hat in Wirtschaftskreisen und bei Juristen heftige Diskussionen hervorgerufen. Aus rein „parteipolitischen Gründen", so heißt es, hat die Regierung das Ansehen von staatlichen Industrie-Unternehmen und von Verfassungs-Institutionen aufs Spiel gesetzt.

Die Veröffentlichung des „Weißbuches" ist der vorläufige Höhepunkt einer Kontroverse um die Forschungstätigkeit des staatlichen Erdölkonzerns Elf-Erap. Die Firma hatte zwischen 1976 und 1979, unter der Zustimmung der damaligen Regierung Giscard d'Estaing, mehr als eine Milliarde Franc in ein Objekt gesteckt, bei dem von Spezial-Flugzeugen aus Erdöl aus der Luft gesucht werden sollte. Das Unternehmen erwies sich jedoch als Mißerfolg; etwa 500 Millionen Franc mußten als Totalverlust abgeschrieben werden. Ein später von der Regierung angeforderter Untersuchungsbericht des Rechnungshofes zeigte zahlreiche „Unvorsichtigkeiten" auf, blieb jedoch geheim.

Diese Geheimhaltung wurde nun am Montagabend gebrochen. Premierminister Mauroy, nach Rücksprache mit dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand, rief in- und ausländische Pressevertreter in seinen Amtssitz und zeigte triumphierend den Bericht. Sozialisten und Kommunisten sahen – endlich – die Gelegenheit gekommen, die Kompetenz ihrer bürgerlichen Regierungsvorgänger in Wirtschaftsfragen anzuzweifeln. Seit zwei Jahren wirft die bürgerliche Opposition der Regierung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet Unfähigkeit und Inkompetenz vor. Durch die Veröffentlichung des Berichts des Rechnungshofes sollte aufgezeigt werden, daß auch Mitterrands Vorgänger Giscard d'Estaing und Mauroys Vorgänger Raymond Barre Fehler begangen hatten.

Wirkliche Vorwürfe allerdings werden der damaligen politischen Führung in dem Bericht nicht gemacht. Der Autor, ein unabhängiger hoher Richter, stellt nur fest, daß „mit erstaunlicher Unvorsichtigkeit" große Summen für ein Projekt bereitgestellt wurde, dessen wissenschaftlicher Wert nie wirklich bewiesen wurde. Die „Schnüffel-Flugzeuge" hatten kein einziges Mal Erdölvorkommen entdeckt. Daß die Milliarden in die Taschen ihrer Vorgänger flossen, läßt sich an keiner Stelle des Berichtes herauslesen.

Auch ein anderer Vorwurf des sozialistischen Regierungschefs gegen seine bürgerlichen Vorgänger erwies sich als Schlag ins Wasser. Mauroy bezeichnete es als „skandalös", daß der Bericht des Rechnungshofs sich nicht bei den Unterlagen befand, die die Linke bei der Machtübernahme auffand. Giscard erklärte, traditionell entscheide der Staatschef allein, welche Dokumente er seinen Nachfolgern überlasse und welche er in sein persönliches Archiv übernehme, auch hier also kein Fehlverhalten.

Die Pressekonferenz wird deshalb in manchen Kreisen schon als „Rohrkrepierer" apostrophiert. Die Veröffentlichung des Berichts bringt den Sozialisten kein großes politisches Kapital, schadet aber vielleicht dem internationalen Ansehen Frankreichs. Weder die Integrität Giscards noch Barres ist angeschlagen. Dafür hat die sozialistische Regierung Rechnungshof und viele Industriemanager gegen sich aufgebracht.

(SAD)

Mit „Spacelab" macht Koschnick den Bremern Mut

Von W. WESSENDORF

Drei Ereignisse des Jahres 1983 prägen auch die Zukunft der Freien Hansestadt Bremen: Die Schließung der „AG Weser" bedeutet den Abschied von 140 Jahren Schiffbautradition, der Start des Weltraumlabors „Spacelab" weist dagegen den Weg in weltweit anerkannte Spitzentechnologie. Und der überraschende Stimmenzuwachs für die Sozialdemokraten bei der Wahl zur bremischen Bürgerschaft sichert Koschnicks Hochburg.

Diese Ereignisse aus Wirtschaft, Technik und Landespolitik sind eng miteinander verknüpft. Obwohl sich die Werftarbeiter auf dem Höhepunkt der Krise um den Fortbestand ihrer Arbeitsplätze vom Landesvater verraten fühlten, gaben sie dem Bürgermeister und seiner allein regierenden Partei Ende September mit unerwarteter klarer Mehrheit das Vertrauen, weiter zu regieren. Sogar die Sozialdemokraten selbst zeigten sich von den erreichten 51,3 Prozent der abgegebenen Stimmen überrascht. Im Stadtteil der tags vor der Wahl gegen Koschnick demonstrierend zu Felde ziehenden Arbeiter der „AG Weser", Gröpelingen, votierten über 60 Prozent für Koschnick.

Die Analytiker der Wahl taten sich schwer. Niemand konnte sich dieses Wahlresultat so recht erklären. Es läßt sich auch nicht nur auf rationale Gründe zurückführen. Diese liegen wohl eher im psychologischen Bereich – und in der Tradition. Die SPD hat eine über achtzigjährige Wurzel in Bremen. Der bremische Wähler wollte in Zeiten größter wirtschaftlicher Krise keine Wende riskieren. Er warf die noch vor vier Jahren so starken Liberalen aus der Bürgerschaft, stärkte die Christdemokraten und ließ die Bundesgrünen mit ans Ruder der Legislative.

Die Quittung bekam der Wähler mit der Regierungserklärung des alten und neuen Präsidenten, des Senatsbürgermeisters Hans Koschnick, der seit nunmehr zwanzig Jahren das kleinste Bundesland führt. Der Bürgermeister zeigte keinerlei Perspektiven auf, um Bremen aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Wetterte der Präses der Handelskammer Bremen, Horst Willner: „Es gehört zu den Mindestvoraussetzungen regierungsamtlicher Globalverlautbarungen, daß die Öffentlichkeit über die wesentlichsten Ziele und Aufgaben künftigen Regierungshandelns sowie über die Mittel und Methoden zu deren Bewältigung mehr als nur andeutungsweise informiert wird."

Das Gebot der Stunde laute: „Konsequente Umstrukturierung der bremischen Haushalte auf wirtschaftsnahe Investitionen". Die für die nahe Zukunft angekündigte Erhöhung der Gewerbesteuer und anderer öffentlicher Gebühren und Tarife stelle aber keinen sachgerechten Beitrag zur Lösung der dringend erforderlichen Konsolidierung der bremischen Staatsfinanzen dar.

Was Koschnick in seiner Regierungserklärung schamhaft verschwiegen hat, kommt allerdings in der Klagebegründung vor dem Bundesverfassungsgericht deutlich zum



Landesbericht Bremen

Ausdruck. „Die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage gibt Anlaß zu der Besorgnis, daß Bremen auch künftig in der Lage sein wird, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in seinem Hoheitsgebiet zu den übrigen Bundesländern zu wahren", begründet Bremen die Klage um die Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder. Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein erhalten mehr als 1,5 Milliarden DM, Bremen als kleinstes und einkommensschwächstes Bundesland keinen Pfennig.

Da wird plötzlich herausgehoben, daß Bremen im Durchschnitt der vergangenen Jahre unter anderem die schlechteste Deckungsquote der Bundesländer hatte; dahinter steht das Verhältnis der nicht kreditfinanzierten Einnahmen in Prozent zu den Ausgaben. Angeführt wird weiterhin die höchste Zinslastquote (Anteil der Zinsen an den Gesamtausgaben) und die hohe Schuldenlast (pro Einwohner 12 500 DM). Bremen hatte im Jahre 1982 Zinslasten von 605 Millionen DM bei einem Haushaltsvolumen von rund 4,7 Milliarden DM zu tragen. Jede achte Mark war mithin auf Zinszahlungen festgelegt.

Der bremische Senat weist in seiner Anklageschrift außerdem darauf hin, „daß die Notlage des Landes nicht auf zu großzügige Ausgaben zurückzuführen ist". Die Notlage sei in der „seit 1975 festzustellenden Abkoppelung der wirtschaftlichen Leistungskraft in Bremen im Verhältnis zum Bundesgebiet" begründet. Das sieht der politische Gegner freilich anders. CDU-Oppositionsführer Bernd Neumann: „Wir haben stets über unsere Verhältnisse gelebt."

Tauchten die Genossen um Koschnick wie die politischen Gegner 1983 dank Wirtschaftsmisere und Werftenkrise oder Ausgang der Wahl in Wechselbäder, durften sich alle Bremer im Glanze einer technologischen Spitzenleistung erfreuen. Spacelab aus Bremen, das europäische Weltraumlabor, 2-Milliarden-Geschenk an die Nasa, sorgte weltweit für positive Schlagzeilen. Am 28. November gestartet, am 8. Dezember zur Erde zurückgekehrt, ließ die 7 Meter lange zylindrische Röhre den Glanz des Bremer Schlüssels wieder hell strahlen.

Die Politiker, nicht zuletzt Hans Koschnick, damals noch „Hans im Glück", hatten nicht unerheblich Anteil an dieser Meisterleistung. Der „große Manitu" hielt als Mitglied im Aufsichtsrat der Spacelab-Firma ERNO-Raumfahrttechnik die Hände über die rund 1200 Mitarbeiter, als der Münchner Konkurrent Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) die angeschlagene ERNO-Mutter Vereinigte Flugtechnische Werke (VFW) und damit die profitträchtige Tochter kaufte.

Am 13. Januar soll dem ersten Westdeutschen im All und Spacelab-Wissenschaftler Ulf Merbold in der Hansestadt ein triumphaler Empfang bereitet werden. Ehe sich Landesvater Koschnick in einen längst fälligen Kuraufenthalt begibt, wird er Merbold ehren und Spacelab made in Bremen rühmen. Denn Koschnick setzt auf die Raumfahrt und die Techniker, die zu seinen besten Steuerzahlern gehören.

ARD legt Streit um Flick-Sendung bei

dpa, Bonn

Nach fast einwöchigen Auseinandersetzungen um den Beitrag des Westdeutschen Rundfunks (WDR) zur Flick-Affäre in der Sendung „Im Brennpunkt" ist gestern ein Eklat bei den ARD-Fernsehanstalten verhindert worden. Die ARD-Programmdirektoren einigten sich mehrheitlich darauf, daß der WDR „Das Millionending – Politik und Kapital: Der Fall Flick" – wie ursprünglich entschieden – heute um 21.45 Uhr „Im Brennpunkt" bundesweit senden wird. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) vom WDR weiter erfuhr, hätte der WDR nach dem Willen seines Programmdirektors Heinz Werner Hübner die Sendung über die Steuerbefreiung für Flick notfalls allein gesendet. Informationen, wonach Hübner für die gemeinsame Sendung „Im Brennpunkt" in diesem Falle mit Geldentzug gedroht haben soll, wurden offiziell nicht bestätigt.

Wie vom WDR zu erfahren war, lagen für die Sendung zwei Vorschläge vor. Der SDR wollte sich mit (Ulf) „Merbolds Raumfahrt" durchsetzen, die nunmehr morgen um 23.00 Uhr zu sehen sein wird.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Sowjets liefern Lima Waffen und schüren zugleich den Volkskrieg

Von WERNER THOMAS

Das Jahr 1984 hat mit einer Feier begonnen, die symbolische Signale setzte: Im Rathaus von Lima wurde der neue Bürgermeister Alfonso Barrantes in sein Amt eingeführt. Der konservative Präsident Fernando Belaunde Terry, der zu den Ehrengästen zählte, gratulierte dem ersten Marxisten, der zum Oberhaupt einer lateinamerikanischen Hauptstadt gewählt worden war. Die Farbe Rot dominierte die Fahnenkulisse.

Peru treibt nach links. Dies ist die Reaktion auf eine glücklose Regierung und eine schwere wirtschaftliche Krise mit tiefgreifenden sozialen Auswirkungen. Überall begegnet man unzufriedenen Menschen, die schimpfen und fluchen. Die Stimmung pendelt zwischen Skepsis, Pessimismus und Hoffnungslosigkeit.

Lima zeigt die Misere am deutlichsten. Die Vier-Millionen-Metropole wirkt ärmer denn je. Klapprige Autos keuchen durch die Straßen. Es wimmelt von Bettlern und Bauchladenhändlern. Selbst in Miraflores, dem schicken Stadtteil der oberen Mittelklasse, wird heute gebettelt. Der Slumgürtel um die Stadt, die „pueblos jovenes" (junge Siedlungen), verbreitert sich von Monat zu Monat.

Die Statistik erläutert die Situation. Im abgelaufenen Jahr verzeichnete die Wirtschaft ein Minuswachstum von mindestens zehn Prozent, ein lateinamerikanischer Rekord. Die Inflationsrate erreichte 121 Prozent, ein nationaler Rekord. Nur 40 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach. Die meisten Peruaner verdienen ihren kargen Lebensunterhalt als fliegende Händler. Das monatliche Einkommen dieser Leute liegt zwischen 100 und 150 Mark.

Das Elend in diesem Land führte zu einer beispiellosen Verbrechenswelle. Lima, in der Vergangenheit eine der sicheren Hauptstädte des Subkontinentes, wurde ein gefährliches Pflaster. Täglich werden Banken, Wohnhäuser oder Passanten überfallen. Die kriminellen Delikte nahmen im vergangenen Jahr *um 40 Prozent zu.*

Die Bevölkerung gibt Belaunde die Schuld an der Krise. Er habe die Kontrolle verloren über das Geschehen, heißt es, und verstehe die Probleme nicht mehr. Sein Wirtschaftsminister Carlos Rodriguez Pastor muß ständig als Zielscheibe der linken Presse herhalten, weil er die Sparauflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) manchmal so willig erfüllt. Ein deutscher Bankier bezeichnet „diese Kampagne" gegen den Minister als „irrational". „Wie soll denn anders umgeschuldet werden?" fragt er. Die Auslandsschulden der 18 Millionen Peruaner betragen 12 Milliarden Dollar.

Belaunde macht internationale Einflüsse und höhere Gewalt für die Schwierigkeiten verantwortlich. Peru ist ein Rohstoffland. Die Weltmarktpreise der Rohstoffe sanken auf den seit Jahren tiefsten Stand. Naturkatastrophen wie die schweren Überschwemmungen im Norden und eine extreme Trocken-


PERU

heit im Süden verursachten Schäden von mehr als einer Milliarde Dollar.

Ein diplomatischer Beobachter glaubt, daß Belaunde ein bescheideneres Ziel verfolgt als die Lösung der Krise: „Er will diesmal über die Runden kommen." Der alte Herr konnte nie vergessen, daß ihn die Militärs 1968 im fünften Jahr seiner sechsjährigen Amtsperiode gestürzt haben. Die zweite Präsidentschaft möchte er planmäßig beenden. Sie endet in eineinhalb Jahren.

Fernando Belaunde Terry (71), Architekt von Beruf, der die etwas rechts von der Mitte angesiedelte „Accion Popular" (A.P.) führt, hatte bei den Kommunalwahlen Anfang November eine böse Niederlage einstecken müssen. Seine Partei verlor im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 1980 fast 36 Prozent der Stimmen (von 48 Prozent auf 12 Prozent).

Die Sowjetunion spielt in Peru eine langfristig angelegte Hintergrundrolle, die noch auf die Zeiten des linken Militärpräsidenten Juan Velasco Alvarado (1968 bis 1975) zurückgeht. Damals erhielt Peru als erstes südamerikanisches Land *sowjetische Panzer, Raketen* und *Flugzeuge*. Diese Kontakte blieben bis heute erhalten. Im Herbst bestellten die peruanischen Streitkräfte moderne Kampfhubschrauber des Typs Hind MI-24. Die Sowjets werden mit den Hubschraubern auch Ausbildungs- und Wartungspersonal nach Peru schicken. Westliche Militärattachés schätzen das Kontingent auf ein paar Dutzend Leute. Diese Beobachter berichten, daß peruanische Offiziere immer noch zu Lehrgängen in die Sowjetunion reisen.

Die Sowjetunion unterhält neben den USA *die größte Botschaft* Limas. 100 Diplomaten arbeiten hinter den hohen Mauern des gewaltigen Missionsgebäudes im vornehmen Stadtteil San Isidro. Sowjetische Fischkutter dürfen in der Hafenstadt Callao vor Anker gehen und ihre Besatzung austauschen. Die Besatzungen kommen und gehen mit der Aeroflot-Linie, die dreimal pro Woche zwischen Moskau und Lima pendelt, ein Flug führt über Frankfurt. In Lima sind vier sowjetische Korrespondenten akkreditiert. *Die Sowjetunion* vergibt jährlich mehr Stipendien an junge Peruaner als alle westlichen Länder zusammen: einige hundert.

Seit einigen Monaten sendet Radio Moskau Programme in der Indianersprache Quechua auf Ayacucho und anderen Andengebieten, wo die maoistische Guerrilla-Bewegung „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) operiert. Die Sendungen werben für den „Volkskrieg". Dante Guerra, der Sprecher der Belaunde-Regierung in Ayacucho, berichtet: „Wir haben bei den Sowjets mehrmals protestiert, bisher ohne Erfolg." Er beschuldigt die Sowjets einer „hinterhältigen Taktik". Auf der einen Seite liefern sie den Streitkräften Waffen, die in einen blutigen Konflikt mit linksextremen Guerrilleros verwickelt sind. Auf der anderen Seite leisten sie den Guerrilleros propagandistische Schützenhilfe.

An der Kriegsfront konnte die Belaunde-Regierung in den letzten *Monaten ihre einzigen Erfolge* erzielen. Nach einem Jahr der Bombenanschläge, der Attentate und der offenen Gefechte (mehr als 1000 Todesopfer) gerieten die Rebellen scheinbar in Bedrängnis. Die Sicherheitskräfte entdeckten weiße Fahnen, in den Boden der kahlen Berge gesteckt. Gerüchte kursieren, daß die „Senderistas" einen Waffenstillstand wünschen. (SAD)

London 1953: Sorge über US-Atompolitik

*HELMUT VOSS, **London***

Schon 1953 machte sich die damalige britische Regierung ernsthaft Gedanken darüber, ob die USA wohl Großbritannien bei einem Einsatz von Atomwaffen wie zugesagt konsultieren würden: Doch die gesuchte Rückversicherung wurde nur mit Vorbehalten gegeben. Das geht aus offiziellen britischen Dokumenten aus dem Jahre 1953 hervor, die jetzt nach Verstreichen der 30jährigen Geheimhaltungsfrist der Öffentlichkeit zugängig gemacht wurden.

Die Frage von Konsultationen vor dem Einsatz amerikanischer Atomwaffen wurde seinerzeit von dem damaligen britischen Außenminister Anthony Eden bei Gesprächen mit seinem amerikanischen Kollegen *John Foster Dulles und mit dem Anfang* des Jahres in sein neues Amt eingeführten ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Eisenhower berührt. Zu der Zeit war gerade erst ein Jahr seit der Detonation der ersten britischen Atombombe auf den Monte Bello-Inseln *vor der Küste Australiens* vergangen – und ein Jahr, seit Eisenhowers Vorgänger Truman Churchill persönlich versichert hatte, daß Washington London konsultieren würde, bevor US-Stützpunkte in Großbritannien in einem Ernstfalle benutzt würden.

Eden gab dem neuen US-Außenminister Dulles seinerzeit zu verstehen: „Wenn die USA beispielsweise Atomwaffen von Stützpunkten in der Türkei einsetzen sollte, könnte es sehr gut sein, daß die Sowjetunion Großbritannien angreift. Aus diesem Grunde ist es lebenswichtig für uns, daß wir konsultiert werden, bevor der Einsatz dieser Waffe in Betracht gezogen wird."

Offenbar aber konnte Eisenhower die von Truman gegebene Versicherung in einem Jahr, in dem der amerikanische Kongreß eine immer härtere Linie verfolgte, nicht vorbehaltlos bekräftigen. In einem Gespräch mit dem britischen Außenminister im März 1953, dessen Inhalt Eden in einem Telegramm an Churchill weitergab, hob der US-Präsident hervor, daß es „Verrat" gleichkomme, wenn er sich verpflichte, Großbritannien unter allen Umständen zu konsultieren.

Edens Bemühungen in der Frage *der Atomkonsultationen ist ein Thema*, das in England durch die Debatte um die Stationierung von Mittelstreckenraketen Aktualität erhalten hat. (SAD)

Papst lobt Pertinis ‚schönste Rede'

Bekenntnis zum Pazifismus, Mahnung an die Großmächte / Parteien üben Kritik

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Enthusiastischen Beifall, aber auch deutliche *Kritik* hat der *italienische* Staatspräsident Sandro Pertini für seine politisch prononcierte Silvester-Ansprache geerntet, in der er sich vorbehaltlos zum Pazifismus der Jugend bekannte, die USA und die Sowjetunion in gleicher Weise des unverantwortlichen Wettrüstens mit Vernichtungswaffen beschuldigte, den europäischen Politikern vorwarf, in Athen die Einheit Europas verhindert und damit dessen potentieller Mittlerrolle zwischen den beiden Supermächten geschadet zu haben. Die Rede, in der der Präsident auch ausführlich zum Libanon-Problem Stellung nahm und den Ausschluß aller Diktaturen aus der UNO forderte, beherrscht in Rom die politische Diskussion zu Beginn des neuen Jahres.

Den ersten zustimmenden Anruf erhielt Pertini unmittelbar nach Beendigung seiner Fernsehansprache von Johannes Paul II. Er beglückwünschte den 87jährigen zu dessen „schönster Rede" als Staatspräsident. Der nächste ebenso begeisterte Anruf kam von KP-„Außenminister" Gian Carlo Pajetta. Im römischen Palazzo Chigi, dem Sitz von Ministerpräsident Craxi, beschränkte man sich auf die Veröffentlichung eines vergleichsweise reservierten Kommuniqués, mit dem die Zustimmung der Regierung zu den „noblen" Präsidentenworten und den von Pertini aufgezeigten „Zielen des Friedens und der Freiheit" zum Ausdruck gebracht wurde.

Der christdemokratische Parteipräsident Piccoli kritisierte dagegen ganz offen den Passus der Präsidentenrede, in dem es heißt: „Die zwei Kolosse (USA und UdSSR) sehen sich mit scheelen Augen an und bringen es nicht fertig, sich zu einigen." Mit solchen Bemerkungen wird nach *Ansicht Piccolis „Verwirrung" gestiftet*. Moskau trage für die internationale Spannung eine weit größere Verantwortung als Washington. „Man kann Systeme, die ausschließlich auf die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und der Unabhängigkeit anderer ausgerichtet sind, nicht mit Regimen vergleichen, in denen als Folge der inneren Unterdrückung und der Zerstörung jeder Freiheit der Keim der internationalen Gewalt sprießt und gedeiht."

Noch schärfer gingen die Sozialdemokraten mit dem Präsidenten ins Gericht. Ihr stellvertretender Parteisekretär Puletti nahm sich in einem von der Parteizeitung „Umanità" veröffentlichten Kommentar vor allem den Passus über Pazifismus vor. „Ich bin mit jenen, die für den Frieden demonstrieren", hatte der *Präsident* zu diesem Thema gesagt. „Es sind Jugendliche, die auf die Straße gehen. Sie wollen ihre Zukunft verteidigen ..."

Puletti wertete diese Worte als Unterstützung eines „Einbahnpazifismus". Die Folgen werden nach seiner Überzeugung neue Agitationen und Demonstrationen sein. Der christdemokratische „Popolo" schrieb zum gleichen Thema: „Auch wenn wir keine Vorurteile gegen Friedensdemonstrationen haben ... sind wir doch der Ansicht, daß diese Demonstrationen das Problem nicht lösen."

Wesentlich breitere Zustimmung fand Pertini mit seiner Forderung, das italienische Friedenskontingent aus Libanon zurückzuziehen, falls es dort zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen anstatt zu einem Kompromiß zwischen den einander bekämpfenden libanesischen Fraktionen kommen sollte. Die Sozialdemokraten kritisierten hier nur die Bemerkung des Präsidenten als „unedel", daß die Amerikaner und Franzosen lediglich deshalb so große Opfer zu beklagen hätten, weil sie ihre Mission in Libanon nicht friedlich ausübten.

Seite 2: Pertinis Vergleiche

Denktasch sucht wieder den Dialog

Nordzypern fühlt sich isoliert / Vorschläge an die Insel-Griechen erinnern an UNO-Pläne

E. ANTONAROS, **Athen**

Zurückhaltend und skeptisch haben Zyperns Griechen auf die neuen Friedensvorschläge des Präsidenten der international nicht anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern", Rauf Denktasch, reagiert. Doch anders als bei ähnlichen Fällen in den letzten Jahren, kam es diesmal nicht zu einer sofortigen Zurückweisung der türkisch-zyprischen Initiative, was nach Ansicht von Beobachtern in Nikosia den Weg zu einer Wiederaufnahme des seit Mai 1983 stillgelegten Dialogs zwischen den beiden Volksgruppen offenläßt.

Denktaschs Vorschläge konzentrierten sich vorwiegend auf zwei Punkte: Er bot die Rückgabe eines großen Teils der Hotelstadt von Famagusta an die griechischen Bewohner an. Seiner Ansicht nach soll die Stadt, die seit dem Krieg von 1974 nur noch von Ratten und Schlangen bewohnt wird, unter UNO-Verwaltung der Vereinten Nationen stehen. Er schlug außerdem die Wiederinbetriebnahme des internationalen Flughafens von Nikosia vor, der seit den Kriegshandlungen geschlossen ist, weil er direkt auf der Demarkationslinie zwischen den beiden Inselsektoren liegt. Erstaunlicherweise verzichtete Denktasch jetzt zum ersten Mal auf die früher von ihm verlangte gemeinsame griechisch-türkische Verwaltung. Der Flughafen soll unter UNO-Aufsicht gestellt werden.

Die türkisch-zyprischen Vorschläge umfassen ebenfalls die Reaktivierung einer im Jahr 1981 gebildeten Kommission zur Aufklärung der Schicksale von vermißten Personen. Nicht eingegangen ist Denktasch hingegen auf die wichtigen Territorial- und Verfassungsfragen der Insel. Er regte allerdings eine „aktivere Einschaltung" des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar an. Die Vorschläge *Denktaschs beinhalten* weitgehend die Elemente einer Diskussionsgrundlage, die Pérez beiden Inselgruppen vor einigen Monaten unterbreitet hatte. Die Türkei hat gestern – offenbar als weitere „Geste des guten Willens" – angekündigt, einen Teil ihrer auf Zypern stationierten Truppen abzuziehen.

Viele Diplomaten in Nikosia betrachten Denktaschs neuen Vorstoß als einen gezielten Versuch, aus der Isolation auszubrechen, in der er sich seit der Ausrufung seines Teilstaates am 15. November 1983 befindet. Dieser Staat ist bisher nur von der Türkei anerkannt worden.

Ob und unter welchen Voraussetzungen Pérez de Cuéllar, der selbst ein vorzüglicher Zypern-Kenner ist, bereit ist, *aufs neue aktiv zu werden*, will der zyprische Staatschef Spyros Kyprianou in einem Gespräch mit ihm festzustellen versuchen. Am 9. Januar wird Kyprianou wahrscheinlich auch mit US-Außenminister Shultz in Washington zusammentreffen. *Inzwischen entfaltet* der griechische Regierungschef Papandreou eine rege politische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Zypern-Frage. (SAD)

Pakistan wird der afghanischen Flüchtlingsmassen kaum mehr Herr





Die Jugend Afghanistans fristet in primitiven Lagern fern der Heimat ein tristes Dasein. Im pakistanischen Warsak haben 450 Waisen (Foto links) Unterschlupf gefunden. Ein paar Jahre ältere Landsleute lernen nach schweren Verletzungen und Verstümmelungen in einem Rehabilitationszentrum in Peshawar wieder laufen (Foto rechts). Die meisten sind entschlossen, so bald wie möglich wieder in den Kampf zu ziehen. FOTOS: RUEB

Umsiedlung wird geduldet, die Integration abgelehnt

Von WALTER H. RUEB

Pakistan verlegt seit Monaten afghanische Flüchtlinge ins Landesinnere, denn in seiner Grenzregion im Nordwesten des Landes ist es im Laufe des vierjährigen Krieges zwischen sowjetischem Aggressor und afghanischem Widerstand zur größten Konzentration von Flüchtlingen in der Welt gekommen. Ihre Zahl beträgt mittlerweile 3,2 Millionen. Die Aufnahme-Kapazität ist erschöpft, da und dort kam es zu Zwischenfällen zwischen einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen.

Brigadegeneral Said Azhar schlug schließlich Alarm: es herrsche überall Mangel an Wasser, Brennholz und Weideland, Stromversorgung und Verkehrssysteme seien total überlastet, stellte der Chefkoordinator der pakistanischen Regierung für das Flüchtlingswesen fest. Politische Führer in Islamabad malten gar eine drohende Destabilisierung des pakistanischen Sozialgefüges an die Wand. Immerhin stellen die afghanischen Flüchtlinge in der Nordwest-Grenzregion bereits ein Fünftel der Bevölkerung. Viele von ihnen drängen auf den Arbeitsmarkt, und manchen geht es wirtschaftlich besser als Angehörigen der unteren sozialen Schichten Pakistans.

Mit der Umsiedlung afghanischer Flüchtlinge in das 150 Kilometer von der Grenze und 250 Kilometer südwestlich von Islamabad gelegene Gebiet um Mianwali suchte die Regierung Pakistans einen Ausweg aus ihren Schwierigkeiten. Islamabad nahm dabei ein hohes Risiko auf sich. Der Unwille der eigenen Bevölkerung über die Maßnahmen der Regierung hielt sich bisher jedoch in Grenzen, und auch auf seiten der Afghanen gab es nur vereinzelt Kritik und kaum nennenswerten Widerstand.

Nur schwache Proteste

Heftige Reaktionen der pakistanischen Bevölkerung blieben aus, weil die Neuankömmlinge im Mianwali-Gebiet Brüder im Islam sind und/oder als Paschtunen dem gleichen Volk angehören wie die hier Seßhaften, vor allem aber aus Gründen einer Schicksalsgemeinschaft: die umgesiedelten Flüchtlinge treffen im Mianwali-Gebiet auf viele ehemalige Landsleute oder Abkömmlinge von solchen, die Afghanistan im Laufe früherer Wirren verlassen haben. Die Afghanen aber bleiben ruhig, weil sie kaum Möglichkeiten zum Widerstand haben, andererseits von einem Erfolg ihres Kampfes gegen die Invasoren und damit von einem früheren oder späteren Ende ihrer Heimatlosigkeit überzeugt sind.

Islamabad hat jedoch nicht die Absicht, die afghanischen Flüchtlinge in die eigene Gesellschaft zu integrieren. Schließlich sind Pakistans Vertreter bei sämtlichen Verhandlungen über eine politische Lösung des Afghanistan-Problems mit der Forderung aufgetreten, vor allem müsse den Afghanen die Möglichkeit gegeben werden, in Ehren in die Heimat zurückzukehren. Politische Gegner der Machthaber in Islamabad aber versuchen, die innenpolitisch gespannte Lage mit der afghanischen Karte anzuheizen. Pakistan kommt allerdings nicht darum herum, sich auch auf den Fall einzurichten, daß militärische und politische Lage jenseits der Grenze eine Rückkehr der Flüchtlinge zumindest während geraumer Zeit unmöglich machen.

Die Alternativen „Eingliederung in die pakistanische Gesellschaft" oder „Rückführung der Flüchtlinge in die Heimat" wird von den Führern der afghanischen Exil-Organisationen in Peshawar gelassen diskutiert. Pir Sayed Gilani, der Führer der Nationalen Front für die Islamische Revolution, sagte: „Die Regierung unseres Gastlandes verdient Unterstützung. Die Umsiedlung von Landsleuten aber darf nicht in der Integration enden. Kein Afghane gibt die Hoffnung auf, in die Heimat zurückkehren zu können. Für eine dauerhafte Ansiedlung im Punjab gibt es bisher keinerlei Anzeichen. Und die männlichen Afghanen kehren selbst aus dem Punjab so oft wie möglich zum Kampf in ihr Land zurück."

Neue Überlegungen

Die Aufrechnung der afghanischen Flüchtlinge gegen die mehr als zwei Millionen pakistanischen Gastarbeiter in der Golf-Region wird allgemein abgelehnt. „Absurd", grollte Junos Khales von der fundamentalistischen Hezbi Islami II. Khales wies darauf hin, daß die Umsiedlung auf freiwilliger Basis erfolge und gab zu, daß die starke Konzentration von Flüchtlingen entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze wirksame Maßnahmen unumgänglich gemacht habe. Für die Befürchtungen, das Millionenheer afghanischer Flüchtlinge könnte das Sozialgefüge des Gastlandes durcheinanderbringen, zeigte er Verständnis, aber auch für die Unlust vieler Afghanen, sich im Mianwali-Gebiet anzusiedeln. „Dort ist die Hitze fast unerträglich", stellte Khales fest. „Zudem ist Mianwali von der Heimat zu weit entfernt."

Hashmatullah Mujaiddi von der Front für die Nationale Befreiung äußerte die Überzeugung, daß kaum ein Afghane zur Integration in Pakistan bereit sei – auch nicht nach jahrelangem Aufenthalt als Flüchtling. Der Freiheitskämpfer-Führer sagte sogar, erst die Umsiedlungs-Maßnahmen der Pakistanis hätten zum Ausdruck gebracht, wie stark die Bindung der Afghanen an die Heimat sei. Dabei sei auch offenkundig geworden, daß sie weder eine von vielen Pakistanis befürchtete Integration anstrebten noch die Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat aufzugeben bereit seien. „Und Anhaltspunkte für eine dauerhafte Ansiedlung oder gar einen Verzicht der männlichen Afghanen, nach kurzem Aufenthalt bei Familienangehörigen in Lagern entlang der Grenze zum Kampf nach Afghanistan zurückzukehren, gibt es bis heute nicht", meinte Mujaiddi. „Der Anteil der Freiheitskämpfer aus Flüchtlingslagern ist heute sogar höher als früher – weil es mehr Waffen, eine bessere Organisation des Kampfes und nach wie vor eine intakte Moral gibt."

Die jüngsten innenpolitischen Spannungen in Pakistan mit Gewaltakten und zahlreichen Toten sind nach Meinung von Fachleuten geeignet, die regierungsamtlichen Bestrebungen, einen möglichst hohen Anteil der Flüchtlinge aus der Grenzregion ins Innere des Landes umzusiedeln, spürbar einzuschränken. Argumentiert wird so: Islamabad könne kein Interesse daran haben, Arbeitsmarkt, Versorgung und sozialen Frieden auch in weiteren Gebieten zu belasten und dadurch bereits bestehende Probleme zu multiplizieren.

Auf der anderen Seite haben Überlegungen Eingang in die Diskussion gefunden, die vor allem den Beifall der Guerrilla finden. Nach vierjährigem Krieg sei es endlich an der Zeit, den zum Widerstand entschlossenen Afghanen außer humanitärer auch militärische Hilfe zu geben, fordern viele Beobachter. Militärische Hilfe versetze die Afghanen möglicherweise eher in die Lage, in die Heimat zurückzukehren. Schließlich gehe es darum, den sowjetischen Aggressor durch Gewalt zum Einlenken und zur Annahme einer politischen Lösung zu zwingen.

Daß es weder der pakistanischen Seite noch den Afghanen um Integration der Flüchtlinge in die pakistanische Gesellschaft geht, erhellt eine Entwicklung, die sich in Warsak, etwa 30 Kilometer nördlich von Peshawar, angebahnt hat. Dort leben etwa 450 afghanische Waisen. Niemand ist auf die Idee gekommen, sie ins Mianwali-Gebiet umzusiedeln. Im Gegenteil: auch ein künftiges neues Lager der Waisenkinder wird bei Warsak erstellt.

Die Kinder verbringen ihre Tage auf einem fußballfeldgroßen Platz, spielen Ball, hetzen hinter weißen Ziegen her und erklettern Bäume, um Wäsche aufzuhängen oder einzusammeln. Die Waisen sind in Zelten untergebracht; in Zelten findet auch der Schulunterricht statt. Mit Essen versorgt werden die Waisen aus einer primitiven Küche unter freiem Himmel.

Die Heimat ist nah

Während der Regenzeit verwandelt sich der Platz rund um die Zelte in ein einziges Morastfeld. Oft läuft das Wasser ins Innere der Zelte. Bei Sturm werden diese nicht selten umgerissen.

Ein Kilometer vom jetzigen Lager erheben sich inzwischen die Fundamente des künftigen neuen Lagers. Die Sammelaktion einer großen Zeitung im Ruhrgebiet sowie das Engagement der deutschen Hilfsorganisation HELP hat die Realisierung des neuen Zentrums für die afghanischen Waisenkinder nähergerückt.

Das Barackenlager ist rund 4300 Quadratmeter groß und kostet nach neuesten Berechnungen rund 150 000 Mark. Bezugsfertig soll es im Laufe von Frühjahr oder Sommer 1984 sein. Die Lage des geplanten Waisen-Zentrums ist in einer Zeit, wo eine halbe Million Afghanen weit entfernt von der Grenze neu angesiedelt werden, gut gewählt. In unmittelbarer Nähe des Camps liegt ein Lager der Freiheitskämpfer, etwas weiter entfernt erheben sich am Horizont die dunklen Umrisse hoher Berge. Jedes Kind im Lager weiß: dahinter liegt die Heimat.

Es fehlt an Ärzten und an Betten

Bedrückend ist für die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan nicht nur die Umsiedlung ins Landesinnere, sondern vor allem auch die mangelhafte medizinische Betreuung und Versorgung. In den Flüchtlingslagern gibt es zu wenig Ärzte und in den wenigen Hospitälern von Rotem Kreuz und anderen humanitären Organisationen sind freie Betten rar. In den pakistanischen Spitälern werden zwar offiziell auch afghanische Patienten aufgenommen, doch gibt es diesbezüglich Probleme. Eshanullah Mayar von der Verhandlungskommission für die Bildung einer Einheitsfront in Peshawar umschrieb diese so: „In der pakistanischen Provinz Belutschistan ist der Einfluß der People Party groß. Sie ist von sowjetfreundlichen Kommunisten unterwandert und deshalb gibt es unter ihrem Einfluß starken Widerstand gegen die Aufnahme verwundeter oder kranker Afghanen in pakistanische Krankenhäuser. Der Widerstand wirkt sich bis in die Nordwest-Grenzprovinz mit Peshawar aus. Die Zahl afghanischer Patienten in pakistanischen Spitälern ist denn auch unbedeutend."

Auch Giftgas-Einsatz

Die Zahl von Afghanen, die mit schweren Verletzungen in Krankenhäuser von Pakistan eingeliefert werden, ist in jüngster Zeit gestiegen. „Weil die Sowjets brutaler vorgehen und vor allem die Zivilbevölkerung verfolgen", sagte Pir Sayed Gilani von der Nationalen Front für die Islamische Revolution. Bomben und Raketen richten nach übereinstimmenden Feststellungen in Afghanistan am meisten Unheil an, jedoch ist neuerdings die Zahl von Afghanen gestiegen, die Verbrennungen und schreckliche Verätzungen der Haut erlitten haben. Auch die Zahl von Blinden und teilweise Gelähmten ist höher geworden. Der Einsatz chemischer Kampfstoffe hat in den meisten Fällen zu ihren Verletzungen und Krankheiten geführt.

Guerrilla-Führer Gilani seinerseits sagte: „Zum größten Teil müssen Verletzungen der Gliedmaßen behandelt werden. Afghanen, die Bauch-, Herz- oder Lungenverletzungen erlitten haben, erreichen die rettende Grenze nicht. Überhaupt erreicht die Mehrzahl der Verletzten die Grenze nicht lebend. Von den Überlebenden verliert die Hälfte eines oder gar zwei ihrer Glieder."

Eshanullah Mayar sprach gar davon, daß lediglich zehn Prozent der Verletzten die Grenze lebend erreichen. „Giftgas- und Raketen-Angriffe enden fast immer mit dem Tod. Etwa 100 000 Afghanen überlebten bisher ihre im Innern von Afghanistan erlittenen Verletzungen, rund 800 000 kamen ums Leben. Meist fehlt es auf afghanischem Boden außer an ärztlicher Hilfe und Versorgung auch an geeigneten Transportmitteln. Auf dem Rücken von Maultieren und Menschen ist der Transport langsam und beschwerlich. Wer aber die Grenze erreicht, hat hinterher gute Überlebens-Chancen. Drei von vier Verletzten überleben."

WALTER H. RUEB

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schwierige deutsche Sprache

„Schon das Alphabet ist den Schülern ein Rätsel"; WELT vom 8. Dezember

„Rettet den Konjunktiv", ist man versucht zu sagen, wenn man die Ausführungen von Joachim Neander gelesen hat. Sie werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf unsere schizophrene Bildungssituation.

Auf der einen Seite wird der Versuch gemacht, mit wissenschaftlicher Akribie die Erscheinungsformen des Konjunktivs gleichsam mit der Pinzette zu analysieren, bis sie nicht mehr dozierfähig sind. Solche Bemühungen, mögen sie wissenschaftlich gerechtfertigt sein, liefern keine jedoch pädagogischen Maßstäbe. Wer in die technischen Grundlagen von Verbrennungsmotoren einführen soll, verfehlt sein Thema, wenn er über spezielle Probleme der Thermodynamik im Zylinderkopf referiert. Was in dieser Beziehung im technischen Bereich selbstverständlich ist, gilt auch für den geisteswissenschaftlichen Bereich.

Auf der anderen Seite wird die katastrophale Bildungssituation geschildert. Dazwischen stehen die Lehrer, die dieses Problem bewältigen sollen. Sie sollten sich von defaitistischen Äußerungen aus der Sicht einer überzüchteten Wissenschaftlichkeit nicht beeindrucken lassen, insbesondere dann nicht, wenn diese mit der Befürwortung einer Bildungsprimitivität in das gegenteilige Extrem umschlagen.

Der Verfasser erinnert sich noch genau daran, daß ihm im dritten Volksschuljahr die Unterschiede zwischen direkter und indirekter Rede in Ausdruck, Schrift und Zeichensetzung vermittelt wurden. Dies war der Einstieg in den Konjunktiv. In Rahmen der weiteren Schulbildung verfeinerten sich die Ausdrucksformen in der Begegnung mit der lateinischen, französischen, englischen und griechischen Sprache vom Potentialis über den Irrealis bis hin zum Optativ und den entsprechenden Ausdrucksmöglichkeiten der deutschen Sprache.

Eine differenzierte Denkweise setzt entsprechende sprachliche Fähigkeiten voraus. Form und Gehalt einer Äußerung sollten harmonisch aufeinander abgestimmt sein, ohne daß eines von beiden zum Selbstzweck wird. Dieses Ziel läßt sich nicht durch eine einseitige Ausbildung, sei es in sprachlicher oder mathematischer Hinsicht, erreichen.

Vor dem Hintergrund der heutigen Auswahlprobleme für die Zulassung zum akademischen Studium sei an ein einfaches aber wirksames Verfahren erinnert, dem sich der Verfasser unterziehen mußte, als er nach dem Krieg das Studium der Rechtswissenschaften aufnehmen wollte. Er wurde nach seinen Abiturnoten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Latein gefragt. Diese Bewertungsmaßstäbe wurden vom gesunden Menschenverstand und von der Überzeugung getragen, daß allen drei Fächern ein gebührender Anteil bei der Schulung des Denkvermögens und der Ausdrucksfähigkeit zukommt. Die Bewertungsmaßstäbe setzten ein Bildungsniveau voraus, das heute nicht mehr selbstverständlich ist. Unser Bildungssystem hat nach traumtänzerischen Höhenflügen weitgehend den Bezug zu den Realitäten verloren.

Ein Lehrer, der nicht nur studierter Pädagoge, sondern „Schulmeister" ist, kann diese Situation dann meistern, wenn er sich bei seinen Bemühungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auf das Notwendige beschränkt. Es war früher vielleicht leichter, als dies heute der Fall sein mag. Man hatte weniger mit dem Vorurteil zu kämpfen, man vernachlässige das wissenschaftliche Bildungsniveau, das einen angeblich zu seinem Amt qualifiziere. Akademischer Höhenflug ist hier nicht von Nutzen. Das pragmatische Bemühen der Berufsschullehrer sollte darauf gerichtet sein, ihren Schülern Ausdrucksmöglichkeiten zu vermitteln, die den gesteigerten Anforderungen eines künftigen Berufslebens gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Friedrich Watermann, Bonn 1

In Zuschriften wurde mehrmals auf die Möglichkeitsform (Konjunktiv) eingegangen, m. E. aber nicht ganz folgerichtig. Daher die folgenden Zeilen.

Die Möglichkeitsform unserer Zeitwörter (Verben) zu umgehen, indem man „würde" vor ihre Nennform (Infinitiv) stellt (I should say: „Ich würde sagen") greift auch um sich, ist aber genaugenommen falsch. Richtig ist „würde" dort, wo es echte Möglichkeitsform ist, also unmittelbar aus der Wirklichkeitsform (Indikativ) „wurde", nämlich durch Umlautung (u zu ü) abgeleitet ist. Das trifft nur zu

1. beim Hilfszeitwort „werden" in der Leideform (Passiv) der einfachen Vergangenheit (Er wurde betrogen: Man sagte er würde betrogen) und

2. beim Vollzeitwort „werden" in der Tatform (Aktiv) dieser Vergangenheit (Er wurde Soldat: Es hieß, er würde Soldat).

„Würde" steht dabei also nie vor einer Nennform und hat auch mit dem „werde" der Zukunft (Futur) – ich werde kommen – nichts zu tun. Ebenso im Bedingungssatz ist „würde" folglich nur in diesen beiden Fällen eigentlich zulässig. (Das Deutsche hat keine zeitwörtliche Bedingungsform – Konditional –, wohl aber die Möglichkeitsform, die in Ausnahmen freilich als altertümlich empfunden wird. Entscheidend sollte aber nicht sein, ob „neu" oder alt, sondern, ob falsch oder richtig.)

Also: 1. Wenn er offen die Wahrheit schriebe, würde er totgeschwiegen.

2. Wenn sie wissentlich die Unwahrheit verbreitete, würde sie noch rot.

Indessen ist leider wohl schon folgendes denkbar: „Ich würde wollen, es würde Nacht sein oder die Preußen würden kommen", statt: Ich wollte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen! *W. Urban, Berlin 46*

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Jahren ist eine sprachliche Wendung in Mode gekommen, der man bei allen Medien täglich begegnet. Es handelt sich um die Sprachwendung „davon ausgehen, daß". Man kann doch nur von etwas ausgehen, das bereits vorhanden ist und nicht nur in der subjektiven Vorstellung existiert. Im letzteren Fall müßte es richtiger heißen: annehmen, argwöhnen, der Auffassung sein, befürchten, bestrebt sein, erwarten, fürchten, glauben, hoffen, meinen, der Meinung sein, für möglich halten, als möglich hinstellen, vermuten, darauf vertrauen, voraussetzen, daß ...

Wenn aber die Sache existiert, kann man das differenzierter äußern als immer mit dem gleichen Ausdruck, unter anderem durch: erkannt haben, in Erfahrung gebracht haben, festgestellt haben, herausgefunden haben, zum Schluß kommen, sicher sein, überzeugt sein, der Überzeugung sein, sich darauf verlassen, wissen, daß ...

Es ist bedauerlich, daß die Feinheiten der deutschen Sprache in dieser Hinsicht verlorengehen, daß sie verarmt. Jeder, der sich sprachlich äußert, sei es in der Unterhaltung, bei Vorträgen, in Büchern oder in einem der Medien, sollte um der Schönheit und Genauigkeit der Sprache willen sich bemühen, statt dieses Modeausdrucks die jeweils passenderen Verben zu gebrauchen.

W. Kuhl, Hamburg 67

Fragen an Albertz

„Grass setzt auf ‚Wehrkraftzersetzung'"; WELT vom 19. Dezember

Nicht genug, daß ich, wie viele tausend andere auch, von Randgruppen permanent belästigt und behindert werde in der Ausübung meines Berufes und sogar in der Gestaltung meiner Freizeit, nein, jetzt werde ich von Herrn Pfarrer Albertz ganz pauschal auch noch für schuldig erklärt.

Welche Schuld meint der Herr Pfarrer? Gegenüber wem bin ich schuldig? Gehet hin und mehret euch – ich habe 3 Kinder gezeugt, davon zwei Jungen – bin ich schuldig?

Mein Vater wurde 1939 eingezogen, 1949 war er rechtzeitig zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland wieder in der Heimat, ich war nie Soldat, mein ältester Sohn leistet seinen Wehrdienst ab, der zweite Sohn will den Wehrdienst verweigern – in unserer Familie herrscht Harmonie, jeder vertraut dem anderen und jeder kann sich auf den anderen verlassen.

Und plötzlich, wie ein Gottesurteil = schuldig!

Ist der Herr Pfarrer vielleicht der liebe Gott? Wenn ja, bin ich bereit meine Schuld zu tragen bis ans Lebensende. Sollte aber der Herr Pfarrer nicht der liebe Gott sein, dann bitte ich den Herrn Pfarrer auf diesem Wege mir doch auch die Strafe für meine Schuld zu nennen, damit ich, wie jeder Verbrecher, meine Strafe ableisten kann und dann wieder als unschuldiger Vater unter anderen unschuldigen Vätern leben kann.

Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Bilges, Nienhagen/Celle

Interessenkonflikt

„Im AA wächst Kritik an Genschers Personalpolitik"; WELT vom 28. Dezember

Der aufschlußreiche Bericht von Herrn Schell bedarf einer Ergänzung. Die Entsendung problematischer Diplomaten als Botschafter und die schnellen Beförderungen im Ministerbüro verdienen Kritik, ebenso auch die fragwürdige Verquickung von Lobbyismus und Ministeramt, wie sie in der Person von Außenamts-Staatsminister Möllemann (FDP) zum Ausdruck kommt. Außenminister Genscher (FDP) hat diese Verquickung leider ausdrücklich gebilligt.

Möllemann ist nicht nur Staatsminister, sondern zugleich Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, einer arabischen Lobby-Gruppe in Bonn. Diese Gesellschaft wird von Einzelmitgliedern und Firmen finanziert, sie erhält aber auch finanzielle Hilfe von der Arabischen Liga und von arabischen Botschaften (FAZ vom 11. August). Weiter in der FAZ: „Die Araber schätzen diese Organisation als getreue und verläßliche Partnerin". Und im Magazin „Middle East", London, heißt es im Oktoberheft: „This group of influential German und Arab politicians and industrialists exercises a discreet influence over policy-makers in Bonn".

Als Staatsminister hat Herr Möllemann Bundeskanzler Kohl nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien begleitet und an Verhandlungen und geheimen Gesprächen teilgenommen. Als Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, teilweise finanziert von Botschaften dieser Länder in Bonn, konnte er die Mitglieder vor und nachher über die Kohl-Reise informieren und beraten. Da in Riad über Waffenlieferungen gesprochen wurde, ist es wohl nicht unbedeutend, daß in der Person des Staatsministers und FDP-Landesvorsitzenden von NRW auch ein hochkarätiger Vertreter deutsch-arabischer Interessen am Verhandlungstisch saß. Das muß nichts Schlechtes sein. Aber wenn es um Waffen und Finanzen geht? In den USA ist diese gefährliche Verquickung eines offiziellen hohen Amtes mit Lobby-Interessen untersagt, in Bonn wird sie von Außenminister Genscher geduldet.

Marianne Kuehne, München

Wort des Tages

„Sei freundlich zu allen, jedoch intim mit wenigen. Aber prüfe jene wenige gründlich, bevor du ihnen dein Vertrauen schenkst. Wahre Freundschaft ist eine Pflanze, die langsam heranwächst. Sie muß den Unbilden standhalten, ehe sie mit dem Namen der Bewährung ausgezeichnet wird."

George Washington, amerik. Staatsmann (1732–1799)

TODESFÄLLE

Karl Immer, der frühere Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland (1971 – 1981), ist am Dienstag in Düsseldorf gestorben. Der 67jährige hatte schon seit Jahren ein Herzleiden. Als Repräsentant der zweitgrößten evangelischen Landeskirche in der Bundesrepublik hatte sich Immer unter anderem auch stets um enge Zusammenarbeit mit Glaubensbrüdern in der „DDR" ebenso wie in der Dritten Welt bemüht.

Als Sprecher von Theologiestudenten, welche der Bekennenden Kirche nahestanden, war er im Kirchenkampf während des Dritten Reichs engagiert. In der Gemeinde seines Vaters in Wuppertal fand 1934 die Synode der Bekennenden Kirche statt. Seit 1968 war er als Oberkirchenrat in der Leitung seiner Kirche.

Aufsehen erregte Immer 1979 als Präses durch eine gemeinsame Studie mit dem katholischen „Ruhrbischof" **Franz Hengsbach** (Essen), die sich für ein differenziertes Ja zur Kernenergie aussprach, ebenso wie durch seine Weigerung, im November 1980 an der Papstmesse im Kölner Dom teilzunehmen, weil mit dem Amtsantritt von **Johannes Paul II.** den Protestanten in Polen und in Italien „ein kalter Wind" entgegenwehe.

*

Der Freiburger Wirtschafts- und Sozialhistoriker Prof. **Clemens Bauer** ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war seit 1938 an der Universität Freiburg als Ordinarius tätig, zuerst als Professor für mittlere und neuere Geschichte, seit 1962 als Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bauers Hauptarbeitsgebiete lagen in der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert sowie in der Wirtschaftsgeschichte des späten Mittelalters und des 16. Jahrhunderts. Er war der erste Träger des Ehrenrings der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft. In ihrem Auftrag leitete er den Redaktionsausschuß zur Herausgabe der sechsten Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft, das von 1957 bis 1970 bei Herder/Freiburg erschien. Bauer, der als junger Gelehrter dem „Hochland"-Kreis um **Carl Muth** angehört hatte, war Komtur des päpstlichen Gregoriusordens und Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland.

*

Elisabeth Kaiser-Nebgen, in der Weimarer Zeit engagierte christliche Gewerkschafterin und im Dritten Reich aktiv im „Goerdeler-Kreis", der den Sturz Hitlers plante, ist im Alter von 93 Jahren gestorben. Die Ehefrau des früheren Bundesministers **Jakob Kaiser** und Gründerin der „Sozialen Ordnung", des Organs der Sozialausschüsse, deren Herausgeberin sie bis in die 60er Jahre war, war nach 1945 gemeinsam mit ihrem Mann aus der späteren „DDR" ausgewiesen worden.

Personalien

IMMOBILIEN - KAPITALIEN

Liebhaberobjekt

Historisches Gasthaus

in Bodenseegemeinde in zentraler Lage, 30 ar Grundstück, komplett renoviert, alle Zimmer mit DU/WC, 30 Betten (ausbaufähig), großes Restaurant mit Gartenterrasse. Auch als Tagungsstätte für Verbände bestens geeignet, von Privat zu verkaufen. VB 3,2 Mio.

Anfragen unt. S 3195 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

SCHAYK Noord Brabant HOLLAND; reizende FERIEN-BUNGALOWS, sehr schöne Lage nahe Autobahn, in ruh. Park „Laytenbroek" oder im Ferienort „Parcival", für 6 Pers. u. kpl. Einrichtung. Bereits ab 45 000 DM. Besichtigung nach tel. Vereinbarung (auch am Wochenend). P. COOLEN VASTGOED B. V., Smidse 29, SCHAYK (Holland), Tel. 00 31 / 88 66 / 23 49

Ingrid Vahle ab **15%** p. a. Vermögensberatung

Zuschriften unter S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

---

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl W 117

Wunderschöner Landsitz

zu verkaufen, auf der Veluwe in HOLLAND, ca. 36 ha, Nadel- und Laubholzwald, Alter 50 bis 100 Jahre, teilweise 25 Jahre. Kein Haus. Preis 425 000 DM.

F. Peters, Postfach 3 21, NYMEGEN (Holland) Telefon 00 31 / 88 95 / 33 51

GELEGENHEIT mit Ausländergenehmigung

MORCOTE – Luganer See, neue 82 m² gr. Luxus-Eigentums-Wohnung mit Terrasse in Parkanlage, unverbaub. Seesicht, Anteil: Schwimmbad, Seeparzelle, Tiefgarage. Von Innenarchit. eingerichtet. Sfr 389 000 inkl. kompl. Einrichtung. 50% besteh. Hypothek.

Telefon 02 21 / 48 72 50 oder Bellino AG, Lugano 00 41 91 54 54 88

---

130 000 DM – Sonderangebot

Nähe Meppen/Emsland, 1 Eigt.-Whg. mit 83 m² Wfl. in einem 4-Fam.-Haus, Erstbezug, herrl. ruh. Lage, von Wald u. Wiesen umgeben, ohne Fabrikschornsteine, in reiner Luft. Das Haus ist eine architekt. Schönheit. Gr. Wo.-Zi. mit Terr. u. Garten, 2 Schl.-Zi., Kü., Diele, farbiges Bad, Abstellr., Keller, Garage oder Einstellpl., Marmortreppenhaus, Teppich- u. Keramikböden, Türen Eiche rustikal, allerbeste gepr. Isolierungswerte um rundherum sich wohlzufühlen. Besichtig. jederzeit. Rufen Sie uns an: Telefon 0 59 51 / 3 17 oder 24 20

Nähe Montreux und Top-Skigebieten

3-Zi.-Appts., 77 m², ab sfr 138 650; 4-Zi.-Appts., 97 m², ab sfr 177 200. Küche kompl. einger., Spannteppiche, gr. Balkon, Bad, sep. Gäste-WC, Parkpl., Keller, ruhige Lage. Ferner: wunderschöne Chalet-Bauparzellen (800 m²), voll erschl. mit phantastisch schöner Aussicht, ab sfr 48 000; 5-Zi.-Chalets (96 m²) ab sfr 252 000, inkl. Land. Nötiges Kapital ca. 30%, Hypotheken zu 6½ %.

PC-IMMOBILIER SA, TOUR-GRISE 6, CH-1007 LAUSANNE Telefon 00 41 / 21 / 25 28 11

Makler

möchten Sie nicht Ihren Kunden eine Geldanlage, an der ein bedeutendes Geldinstitut beteiligt ist, zu einer hohen garantierten Rendite anbieten?

Hätten Sie etwas dagegen, wenn Ihre Kunden schließlich Gewinne von jährlich 100% erzielten, die über Jahrzehnte weiterfließen?

Wir suchen angesehene Makler, die ihren Kunden ein gesundes Investitionskonzept anbieten. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt: Globe Plan SA, Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne (Schweiz), Telefon (00 41 21) 22 35 12, Telex 25 185 MELIS CH

Holland: Luxusbungalow direkt am Veerse See, Wohnzi., Kü., 2 Schlafzi., Badezi., Zhzg., Sonnenterr., Bootssteg.

S. A. v. d. Plasse, Hoofdstr. 31 Kortgene NL 00 31 / 11 08 / 14 40 od. 15 60

GEWERBLICHE IMMOBILIEN



Wir vermieten in **WALDBRÖL** / Bergisches Land

In dem bestehenden Objekt **Kaiserstraße 62**

Ladenlokal 320 m² Verkaufsfläche

Nebenräume 250 m²

in unserem Neubau **Kaiserstr./Ecke Karl-Barth-Weg**

Nutzfläche 840 m². Planungswünsche können noch berücksichtigt werden. Großer Kundenparkplatz steht zur Verfügung.

Auch Maklerangebote sind erwünscht. Interessenten wenden sich bitte an:

ALDI GmbH & Co.KG, Theodor-Heuss-Straße 80-86 · 5000 Köln 90 · Tel. 0 22 03/3 10 10

ALDI 623

LADENLOKAL für **Schuhe / Lederwaren** **Augsburg**

Bahnhofstraße, vom Eigentümer zu vermieten.

Fa., 0 89 / 72 60 – 2 39 (–2 31)

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Vertreter gesucht für „DIPLOMAT SAFE"

Nun ist Deutschland an der Reihe! DIPLOMAT SAFE AB sucht eine gut eingeführte Gesellschaft, die ihre Safes und Daten-Kabinette in dynamischer Weise vertreibt.

Sie sollten bereits Erfahrungen auf diesem Sektor besitzen und möglichst über eine starke Verkaufsorganisation, Verkaufskanäle, Lager und gute Vertriebswege verfügen.

Wir bieten erstklassige Produkte – feuerfeste Safes und Daten-Kabinette. Die Safes sind geprüft und erprobt, die Preise außerordentlich konkurrenzfähig.

Wir sind bereits in verschiedenen Ländern Europas, des Mittleren und Fernen Ostens sowie in den USA eingeführt.

Ist das etwas für Sie?

Wenn ja, nehmen Sie bitte Verbindung mit uns auf und informieren Sie sich über unsere Erzeugnisse.

Bitte schreiben Sie in englischer Sprache an:

DIPLOMAT SAFE AB, KARBINGATAN 17 S-25255 HELSINGBORG – SCHWEDEN. Telex: 72 484

SCHWEIZ: MARKETING-MANN MIT KAPITAL

Ein Schweizer Unternehmen mit zwei patentierten Produkten, die ein bedeutendes Potential darstellen und jetzt weltweit lizenziert werden, sucht einen erfahrenen Marketing-Mann. Er soll für die Abwicklung seiner internationalen Geschäfte verantwortlich zeichnen.

Bei den Produkten handelt es sich um neue Systeme für den Fertigteilbau sowie um ein revolutionäres Zusammenbaumöbelsystem (Abholmöbel). Wir bieten dem erfolgreichen Bewerber eine attraktive Position als gleichgestellter Geschäftspartner. Ansichtsmaterial vorhanden. Weitere Einzelheiten durch:

Inventor, c/o Globe Plan SA, Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. 00 41 21 / 22 35 12, Telex: 25 185 melis ch

---

Beratungsfirma

vermittelt Ihnen Kontakte mit spanischen Firmen und bietet wirtschaftliche, finanzielle und juristische Beratung mit besonderer Berücksichtigung der Zollbestimmungen.

Angeb. u. PO 47 395 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.

Informationen: VIC GmbH, Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22, Tel. (0 89) 22 91 31 · Telex 5 216 534 inda d

---

Wir kaufen u. verkaufen

fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich.

Tel. 06 81 / 5 78 11; FS 4 421 283

Verkaufe bis zu 20% einer GmbH

Herstellung u. Vertrieb hochwert. zukunftsorient. med. elektron. Geräte. Gute Exportmögl. Gern aktiv. Teilhaber, evtl. stille Beteiligung ges.

Ang. u. L 3102 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

● Steuerspezialisten ●

auf Erfolgsbasis, nehmen noch Mandanten – Gewerbeunternehmen – an. Duch sinnvolle Steuerplanung werden erhebliche Liquiditäts- und Nettoertragssteigerungen *planmäßig* realisiert.

Anfr. u. U 2823 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vertretung/Vertrieb

medizinischer Artikel für Spanien gesucht.

Angeb. u. PM 47 394 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.

Handelswaren-Vertrieb Schubach GmbH, Daimlerstraße 7, 3150 Lehrte, Tel. 0 51 32 / 40 43, FS 9 23 450

Für eine Vertriebsgruppe, die in den Bereichen tätig ist:

Haushaltwaren, Geschirr, Kupfer-, Messing-, Geschenkartikel, Plastikerzeugnisse, Blumen- u. Gartenzubehör, Werkzeuge,

suchen wir per Januar 84

Handelsvertreter

die gut eingeführt sind oder sich in diesen Bereichen einen Kundenstamm aufbauen wollen. Nachwuchskräfte sind willkommen. Bearbeitungsbereich: Einkaufszentralen, GH, EH, Baumärkte, Waren- und Kaufhäuser.

Neben guten Provisionen wird zusätzlicher Versicherungsschutz *geboten*.

Angebote an **Egor Deutschland GmbH**, Kronprinzenstraße 62, 4000 Düsseldorf 1, zu. Hd. Herrn Dr. Michael Messerschmidt, Tel.: 02 11 / 37 46 02.

Media-Agentur-Auflösung

Festbestand an abzuwickelnden Aufträgen ca. 5 Mio. DM, Medien TV/Funk/Print/Outdoor/Sponsor-Verträge New Zeeland u. a. m. Angebote bitte von fachlich qualif. Kollegen, mgl. BDW-Mitgl., und abgesichertem *Eigenkapitalnachweis bei 1 Mio. lfd.* Bankkredit. Bankzusicherung beigefügt. Übernahmemöglichkeit per 27. 5., spätestens jedoch 3. 6. 84. Diskretion. Notariat treuhänderisch.

Eilangebote u. U 3109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir suchen für unser Ingenieurbüro Abteilung Tierkörperverwertung und Thermochemische Industrie:

Einen

Verfahrensingenieur

oder

Betriebsingenieur

für die Projektierung für Anlagenbau, Montage und Betriebsüberwachung.

Wir bieten ein vielseitiges und interessantes Aufgabengebiet, Fachrichtung allgemeiner Maschinenbau und Wärmetechnik.

Wir bitten um schriftliche Bewerbung mit den entsprechenden Unterlagen.

W. UDE MASCHINEN GmbH UMAG®

Anlagenbau – Umwelttechnik – Wärmetechnik

Verwaltung: Siemenstr. 10–12 · 2250 Husum Telefon: (0 48 41) 7 10 25

Gross-Top-Verdienst

DM 2000,- und mehr pro Woche ***als Anzeigenvertreter*** wöchentliche Auszahlung. Als Nebentätigkeit nicht geeignet. Information durch T. Pelz, Scheppallee 57, 6100 Darmstadt

---

Heim-/Nebenbeschäftigung zu vergeben. Tel. 0 44 41 / 59 54

Kanada

Sekretärin mit engl., franz. (span.) Sprachkenntn. – internat. Messen – f. deutsch-kanad. Firma gesucht. Bewerb. mit Bild unter M 31 03 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gesucht werden

Free Lance Vertreter

für das Suchen/Betreuen von Asp. Käufer für spanische Immobilien. Hohe Verdienste.

Inf. unter P 3083 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spitzenverdienst

Damen / Herren

durch ein neues Spiel-Lernsystem (von Kultusmin. empfohlen) an Kindergarten und Schule. Bestehender Kundenstamm/Einarbeitung in der Praxis.

Kontaktaufnahme: **Fröhling Spieleverlag, Rommerscheider Str. 72, 5060 Bergisch Gladbach 2, Tel. Nr. 0 22 02 / 3 00 01/2**

Wir sind ein bekannter Hersteller von Kunststoff-Fenstern (für den Wohnungsbau) und Industrie-Rolltoren. Der Sitz unseres mittelgroßen Unternehmens ist das westliche Ruhrgebiet. Wir suchen als

Leiter des Verkaufsinnendienstes

einen stark verkaufsorientierten, technischen Betriebswirt, Dipl.-Wirtschaftsingenieur oder Diplom-Kaufmann mit fundierten betriebswirtschaftlichen Kenntnissen. Wenn Sie zu überzeugen verstehen, würden wir auch einem *ehrgeizigen, jungen Hochschulabsolventen eine Chance einräumen.*

Wir erwarten von Ihnen den vollen Einsatz, denn Ihr Aufgabengebiet ist umfangreich, vielfältig und abwechslungsreich. Darüber hinaus sollten Sie sich aber auch fachlich weiterbilden, so daß Sie hier mit Sicherheit nicht auf eine 35-Stunden-Woche hoffen können.

Bei Bewährung bieten wir Ihnen allerdings auch weitere Aufstiegsmöglichkeiten.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an Herrn Dipl.-Ing. Horst G. Steuff, Manderscheidtstraße 27, 4300 Essen 1.

STELLENGESUCHE

Verkaufsprofi/Vertriebsleiter

38 J., dynamisch, flexibel, 10 Jahre erfolgreich im Vertrieb bei amerikanischem multinationalen Büromaschinenkonzern/Dienstleistung, fundierte Kenntnisse der Immobilien-Branche, sucht Führungsaufgabe/-position, Raum NRW, kurzfristig frei. Zieleinkommen DM 90 000–100 000.

Angeb. erb. u. Z 3224 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Langjähriger Pharmareferent

in Berliner Praxen und Apotheken bekannt und eingeführt, sucht auf Provisionsbasis Tätigkeit ab 1. 2. 1984.

Angeb. u. H 3100 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ingenieur

(Maschinenbau u. Schiffsbetriebstechnik CI)

39 J., Deutscher m. int. Mentalität, weltweite Erf. (3 Fremdsprachen), überdurchschn. Intelligenz, Verhandlungsgeschick, abschlußsicher, absolut universal, z. Zt. Geschäftsführer einer Vertr.-Org. med. Elektronik, übernimmt weltweit kurzfristige Geschäfte jeder Art.

Angeb. erb. unt. Z 3092 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Finanz- und Rechnungswesen

Bilanzbuchhalterin IHK, 45 J., firm EDV, Konzernberichtswesen, Kostenrechnung, sucht neuen Wirkungskr., a. Steuerberatungsbüro.

Ang. erb. u. PE 47 444 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Volljurist Dr. jur.

37, verh., mehrj. Berufserf. als RA u. im Versicherungswesen, besondere Kenntnisse im Bereich Transport u. Nebensparten, sucht neue Tätigkeit, Raum Hamburg bevorzugt.

Angeb. erb. u. PZ 47 440 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Kfz-Kaufmann

37 J., tätig z. Zt. i. Kfz-Zulieferer-Industrie, m. 13j. Außendiensterf. i. d. Branche, sucht zum 1. 4. 84 od. später selbst. Position i. Außendienst. Gebiet: nördl. Nieders., Hambg., Schlesw.-H. (Standort HH), sehr gute Kontakte z. Handel u. Industrie vorhanden. Angeb. erb. u. PK 47430 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Diplom-Ökonom

25, ledig, Examen 9/83, Gesamtnote „gut", Studienschwerpunkte: Wirtschaftspolitik, Finanzierung, Bilanzanalyse und Revision; sucht Anfangsstellung in Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung, Norddeutschland bevorzugt.

Zuschr. erb. u. K 3101 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Sozialpädagoge (30 J.)

sucht neuen Wirkungskreis in Touristikbranche. Führerscheinkl. 1, 2, 3 sowie Sportbootführerschein (intern.) Küste vorhanden.

Angeb. u. F 3098 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Export-Verkaufsleiter

dynamisch, vollengagiert m. nachweisbaren Exporterfolgen sucht neue herausfordernde Aufgabe bei expandierendem Unternehmen.

Zuschr. u. M 3081 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ingenieur Holztechnik

sucht Anfangsstellung. REFA A, SifA, AdA.

Angeb. erb. unt. A 3093 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Medienprofi

Jung an Jahren und reich an Erfahrung, sucht neue Aufgabe als Presse-PR-Referent od. Pressesprecher v. Unternehmen/Organisation i. Raum Hamburg. Gebot. werd. Ausbildung u. Erfahr. in Konzeption, Text, Umsetzung, Spaß a. d. Arbeit u. Kontakte. Auch Aufbau einer sog. Pressestelle ist möglich.

Angeb. erb. u. PA 47 447 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Technisch-wissenschaftliche Beratung

Dipl.-Physiker, Dr. rer. nat., 51 J., kurzfristig verfügbar, sucht verantwortliche Tätigkeit. Hauptfachgebiet: Materialprüfung mit Röntgenstrahlen, Strahlenschutz und insbesondere Dokumentation für Ausbildung u. Werbung. Vielseitige Grundausbildung u. hohe Einsatzfreudigkeit garantieren schnellste Einarbeitung, auch auf neuen Sachgebieten.

Ang. unter N 3104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

MAURER

mit Führerschein, m. sämtl. Bauarbeiten u. Maschinen vertraut, sucht Arbeit jegl. Art im Ausland.

Zuschr. erb. u. Y 3223 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Abteilungsleiter

(Warenannahme, Expedition), 39 J., mit guten griechischen Sprachkenntnissen, handwerklich in vielen Bereichen versiert, in der jetzigen Firma seit 11 J. tätig, sucht zum 1. 3. 84 neuen Wirkungskreis.

Zuschr. erb. u. V 3220 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

FV AKTUELL

Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

sucht Stelle für:

Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Industrie-Designer

28, Maschinenschlosser, Erfahrung in techn. Zeichnen und Konstruktion, gute Modellbaufertigkeiten, Auslandspraktika, Englisch;

sucht Anfangsstellung im Designbüro, in der Industrie im Bereich Investitionsgüter und Arbeitsplatzgestaltung.

Auskünfte erteilt: Herr Haase

Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19, 4800 Bielefeld 1, ☎ 05 21 / 5 87-3 45-3 56, FS 932 344

Elektromeister

37 J., langj. Praxis in Instandhaltung einer Großwerft, Erfahrung in Mitarbeiterführung, Elektronik, NC- u. CNC-Steuerungen, Schalt-, Steuer-, Regeltechnik, Elektroakustik u. Funk, sucht neuen Wirkungsbereich, bevorz. Großraum Bremen/Oldenburg, evtl. auch längerfr. Auslandsaufenthalt. Angeb. erb. u. PK 47449 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Immob.-Verkäufer

42 J., 15 J. Leiter eines mittelständig. Immobilienunternehmens s. ab 1984 verantwortungsv. Aufgabe, z. B. Auf- o. Ausbau einer Immobilienfirma. Versiert i. a. Frag. u. Belangen d. Immobiliengeschäftes.

Baldmögl. Kontaktaufnahme erb. u. W 3221 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Spezialist

Dipl.-Kfm., 25 J., EDV-Erfahrung, vor keinem Betriebssystem, Anwenderproblem, Programmiersprache bange, erfahren in Mitarbeiterführung, Vertrieb, Rechnungswesen, sucht verantwortungsvolle Aufgabe, evtl. auch freiberuflich.

Zuschr. erb. u. A 3225 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Biete:

Fachabitur, abgeschl. Berufsausbildung, 4 J. Praxis. Engagement, Engl. fließend, gute Schreibm'kenntn., attr. Erscheinung, Bereitschaft zur Weiterbildung. PKW.

Suche:

abwechslungsreiche, interessante Tätigkeit mit der Möglichkeit, im In- u. Ausland zu reisen, gern Verkauf/Messe/Touristik – Dauerstellung.

Angeb. u. P 3105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Techniker

Maschinenbau, 37 Jahre, verh., Sitz in Köln, 10 J. Erfahrung als Projekt- u. Verkaufsingenieur Bereich Investitionsgüterindustrie, Schwerpunkt Innendienst mit Außendiensttätigkeiten, Projektierung u. Verkauf industrieller Entstaubungsanlagen, alle Verkaufsaktivitäten von Markterkundung u. Akquisition über Angebotserstellung u. -verfolgung bis Auftragsverhandlung, sucht verantwortungsvolle Position in der Kombination Innen-/Außendienst mit Schwerpunkt Außendienst, Niederlassungsrepräsentanz, regionale Verkaufs- oder Vertriebsleitung, auch Kooperation als selbständiger Handelsvertreter.

Angebote u. S 3107 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Volkswirt

Dr. rer. pol., 40 J., mehrjährige Praxis in Lehre und Forschung, über fünfjährige leitende Tätigkeit in der Immobilienverwaltung (WEG- und Mietverwaltung), sucht neuen Wirkungskreis in Grundstücks-/Gebäudeverwaltung oder verwandten Bereichen.

Ang. u. T 3108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Heizungs- und Lüftungsmeister

Außendiensterfahrung in Sanitär und Heizung, Bau- und Maschinenschlosser, sucht Dauerstellung, evtl. Gebietsverkaufsleiter oder ähnlich. PLZ 52.

Zuschr. erb. u. Y 3179 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfolgsgewohnter, kostenbewußter

Großkunden-Verkaufsleiter national

will wechseln, auch Nielsen I.

Angeb. erbeten unter E 3097 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage *DM 5,59*.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

101-801

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_____ mm hoch; _____ spaltig zum Preis von DM _____ zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorwahl/Telefon: _____

Unterschrift: _____

Der Anzeigentext:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Durchbruch in Beziehungen USA–China?

DW. Peking/Bonn

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang wird bei seinem Washington-Besuch in der kommenden Woche nicht die Forderung nach einer sofortigen und totalen Einstellung der amerikanischen Waffenlieferung an die Regierung Taiwans erheben. Vor Journalisten in Peking signalisierte Zhao gestern den USA, daß Peking das Verhältnis der USA zu Taiwan zwar als störend empfindet, daß er diese Frage aber nicht in den Vordergrund seines Besuches stellen möchte.

Zhao betonte zugleich, daß China nicht beabsichtige, die USA und die UdSSR gleichzusetzen. Nach wie vor bedeute die Sowjetunion für die Sicherheit der Volksrepublik China eine unmittelbare Gefahr. Bei einer Reihe großer Weltprobleme seien die Ansichten Pekings und Washingtons „identisch oder ähnlich". Zhao wiederholte jedoch die chinesische Verurteilung der amerikanischen Politik gegenüber Grenada, im Nahen Osten in bezug auf Südafrika, Taiwan, Korea und die Dritte Welt.

Vor einer Woche hatte sich bereits der amerikanische Präsident Ronald Reagan in der Zeitschrift „US-News and World Report" positiv über die Beziehungen zwischen den USA und China geäußert. Reagan sprach von einem großen Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen.

Wie die „Washington-Post" meldete, wird der chinesische Ministerpräsident bei seinem Besuch eine Reihe von technologischen Abkommen mit den USA unterzeichnen. Amerikanische Beobachter sprechen von einem Durchbruch in den Handelsbeziehungen, seitdem die USA im Juni 1983 eine Reihe von Exportrestriktionen auf dem Gebiet der Technologieausfuhr für Peking aufheben ließen. Die Vergabe von Exportlizenzen ist nach Auskunft des Handelsministeriums seit 1981 (1500 Genehmigungen) erheblich gestiegen: 3300 Genehmigungen im Werte von 1,2 Milliarden Dollar wurden im Jahre 1983 erteilt. Washingtoner Beamte werten daher den Besuch von Zhao vom 9. bis zum 12. Januar und die beabsichtigte Reise Reagans im Frühjahr nach Peking als ein Zeichen für die Wiederherstellung stabiler chinesisch-amerikanischer Beziehungen nach einer dreijährigen Phase der Ungewißheit seit 1980.

Berlin: Wurde Zelle nach Brandstiftung versperrt?

Aussage eines Häftlings belastet das Wachpersonal

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gestern auch ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Wachpolizisten eingeleitet, die für die Sicherheit der bei dem Brand in der polizeilichen Abschiebehaftanstalt ums Leben gekommenen sechs Ausländer verantwortlich waren. Nach Informationen der WELT wird gegen die Beamten wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung ermittelt, während weitere Verfahren gegen Abschiebehäftlinge wegen Gefangenenmeuterei und Brandstiftung laufen.

Die Staatsanwaltschaft will prüfen, ob die Beamten versäumten, die Gefangenen bei Ausbruch des Brandes rechtzeitig aus der Zelle herauszulassen. Auch Innensenator Heinrich Lummer (CDU) schloß gestern menschliches Versagen als eine Ursache der Vorgänge in der Silvesternacht nicht mehr aus. In einem Rundfunk-Interview sagte Lummer, es müsse geprüft werden, ob die Behörden alles getan hätten, „um so etwas zu verhindern".

Für ein mögliches Versagen der Aufsichtsbeamten spricht vor allem die aufsehenerregende Aussage eines überlebenden Abschiebehäftlings. Er erklärte gestern bei seiner Vernehmung, die wachhabenden Polizisten hätten nach Bemerken der Brandstiftung die zu diesem Zeitpunkt unverschlossene, von den sechs Häftlingen aber mit Matratzen und Handtüchern verbarrikadierte Zellentür abgeschlossen, da sie offenbar statt einer Protestaktion einen Ausbruchversuch vermuteten. Erst nachdem sie erkannten, daß sie dem Feuer allein nicht beikommen konnten, hätten sie die Feuerwehr alarmiert, die dann die durch die Hitze verzogene Zellentür aufbrechen mußte.

Diese Version wird noch erhärtet durch den zeitlichen Ablauf. Während die Polizeibeamten um 21.15 Uhr das von den Häftlingen gelegte Feuer bemerkten, ging bei der Feuerwehr erst 16 Minuten später, um 21.31 Uhr, das Hilfeersuchen ein.

Eine Minute später rückte der Feuerwehrzug aus und traf nach rund fünf Minuten Fahrzeit am Brandort ein – rund 20 Minuten nach Ausbruch des Feuers. „Auch diese zeitlichen Unterschiede werden zu überprüfen sein", hieß es dazu aus dem Hause des Innensenators. Die Zellentür war dann auch bei Eintreffen der Löschmannschaft durch die Hitze bereits so verzogen, daß sie mit Brecheisen geöffnet werden mußte. Zu diesem Zeitpunkt waren die sechs Ausländer schon erstickt.

Bekannt wurde gestern ebenfalls, daß es in der Abschiebehaftanstalt bereits am 20. Oktober 1983 gebrannt hatte. Damals hatten zwei Ausländer in ihrer Zelle ebenfalls Matratzen angezündet. Das Feuer konnte von drei Wachpolizisten gelöscht werden, die später mit leichten Rauchvergiftungen in ärztliche Behandlung mußten. Nach Informationen der WELT ist einer der beiden damaligen Brandstifter unter den sechs Toten des Feuers in der Silvesternacht.

Die sechs Ausländer starben, so zeigt das vorliegende Obduktionsergebnis, an hochgiftigen, kaum wahrnehmbaren Cyanidgasen, die sich aus den brennenden Schaumstoffmatratzen entwickelten. Der Brand am 20. Oktober 1983 war glimpflicher ausgegangen, weil die Füllung der Matratzen damals noch aus Seegras bestand, das bei dem Feuer weniger heimtückische Kohlenstoffgase freisetzt. Nach der Brandstiftung im Oktober ersetzten die Behörden die Matratzen durch neue Unterlagen aus Schaumstoff. „Offensichtlich in der irrigen Annahme, diese seien bei einer erneuten Brandstiftung weniger gefährlich", verlautete gestern aus Justizkreisen.

Innensenator Heinrich Lummer nahm gestern vor den Parlamentsausschüssen für Inneres und Ausländerfragen zu kritischen Fragen von Abgeordneten aller Fraktionen Stellung. Lummer betonte, er sei mit den Bedingungen in der Abschiebehaftanstalt seit langem unzufrieden gewesen. Der Senat habe deshalb schon im vergangenen Jahr Geld für Baumaßnahmen bewilligt, so daß in diesem Jahr mit dem Bau einer neuen Abschiebehaftanstalt begonnen werden könnte.

Der Innensenator wiederholte seine Auffassung, die Gefahr einer Brandstiftung sei jedoch in Abschiebehaftanstalten aller Art gegeben. Die Gewerkschaft der Polizei wies gestern darauf hin, daß sie bereits mehrfach auf die „situationsbedingten Schwierigkeiten und personellen Überforderungen" in der Abschiebehaftanstalt hingewiesen hätte.

Arafat will Gegner isolieren

Widersacher des PLO-Chefs uneinig / Beratungen über eine Neuorganisation in Tunis

DW. Tunis

Der Vorsitzende der PLO und der Guerrillagruppe Al Fatah, Yassir Arafat, soll nach einem arabischen Pressebericht in der Führung dieser Guerrillagruppe mit seiner derzeitigen Politik isoliert sein. Die in den Vereinigten Arabischen Emiraten erscheinende Zeitung „Al Kalidsch" berichtete aus Tunis, auf der Sitzung des elfköpfigen Fatah-Zentralkomitees sei Arafats Treffen mit dem ägyptischen *Staatspräsidenten* Mubarak auf einhellige Ablehnung gestoßen. Trotz aller Rechtfertigungsversuche Arafats sei die Unterredung mit Mubarak mit zehn zu einer Stimme als falsch bezeichnet worden, meldete die Zeitung.

*

PETER M. RANKE, Kairo

Arafat will sich wieder als anerkannter Führer der PLO in der arabischen Welt etablieren, das ist nach Meinung politischer Beobachter das Ziel der Beratungen Arafats in Tunis mit dem Zentralkomitee seiner Fatah-Organisation.

Bis Februar, wenn in Algier der PLO-Nationalkongreß (Delegiertenversammlung) zusammentreten soll, will Arafat eine neue PLO-Spitze ohne die „Agenten der syrischen und libyschen Regime" gebildet haben. Einer Teilnahme von PLO- und Fatah-Rebellen in Tunis und Algier will sich Arafat nicht widersetzen, er rechnet dennoch mit einer dauernden Spaltung, aber er riskiert sie, um den Rest seines Einflusses zu retten.

Arafat selbst erklärte, eine Neuorganisation der PLO mit ihren acht Unterorganisationen sei vordringlich. Von einer kollektiven Führung, wie sie von den Rebellen in Damaskus gefordert wird, will er offenbar nichts wissen.

In Tunis sagte Arafat, der „Widerstand" in den von Israel besetzten Gebieten müsse mit allen Mitteln, auch militärischen, angeheizt werden. Er lehnte von neuem den Reagan-Plan ab, da er für die Palästinenser keinen eigenen Staat, sondern nur eine autonome Föderation mit Jordanien vorsehe. Arafat befürwortet dagegen den im Februar vergangenen Jahres auf dem Araber-Gipfel gebilligten Fes-Plan Saudi-Arabiens, der einen unabhängigen Palästinenser-Staat fordert.

Arafat hat in Tunis keinen leichten Stand und muß lavieren. Berichte sprechen davon, daß ihm ZK-Mitglieder der Fatah ein Ultimatum gestellt hätten, wegen der Begegnung mit Mubarak in Kairo zurückzutreten. Einer seiner Vertrauten, Khaled el Hassan, versicherte jedoch, es gebe keine Schwierigkeiten.

Es ist noch völlig ungewiß, ob die von Arafat geplante Sitzung des 15-köpfigen *PLO*-Exekutivkomitees und des Zentralkomitees in Tunis stattfinden kann, denn nach dem Treffen mit Mubarak lehnen nicht nur die bisher neutralen Terror-Chefs, Habasch von der „Volksdemokratischen Front" Arafat als PLO-Chef und Verhandlungspartner ab, sondern auch der als gemäßigt geltende Khalid el-Fahoum, der Präsident des PLO-Nationalrates.

Arafat kann auf seiner Seite nur noch mit Abu Jihad, dem Militärchef, und – bedingt – mit Abu Iyad, dem Sicherheitschef der Fatah, rechnen. Auch auf seiten der Rebellen zeichnet sich bisher keine klare Führung ab, zu groß sind die Differenzen und die Vorbehalte gegen eine syrisch kontrollierte PLO. Habasch und Hawatmeh sind bislang dazu nicht bereit, für Damaskus eine neue PLO zu führen. Doch auch aus den prosyrischen Elementen könnte Damaskus eine neue PLO-Gruppe für Terror-Einsätze und Sabotage aller Friedenspläne bilden.

Als politischer Rädelsführer der Fatah-Rebellen ist Abu Saleh hervorgetreten, der lange der Mann Syriens in Arafats Fatah-Gruppe war, zu deren Gründern er zählt.

Unter den „Politikern" der Rebellen-Chefs sind noch die links stehenden Chaled el Amleh und Abu Kadri zu nennen. El Amleh war ebenfalls jordanischer Offizier, muß also eine Annäherung zwischen Arafat und König Hussein fürchten. Abu Kadri war der Vertreter Arafats in Amman, als die Wiederannäherung begann. Als sich Arafat und Hussein trafen, lief Abu Kadri im vorigen April zu Abu Mussa über.

Experiment stößt auf Passivität

▲ Fortsetzung von Seite 1

ferer mit dem Kennwort „Experiment" zu versehen und damit eine höhere Verantwortlichkeit zu verbinden. Außerdem verfielen sie auf das probate Mittel verstärkter Kontrolle über die Einhaltung dieser Verpflichtungen.

Ob solche Maßnahmen ausreichen werden, ist zweifelhaft, zumal das volle Funktionieren der Unternehmen nicht nur von den Lieferanten abhängt, sondern auch von anderen Partnern wie Transport- und Baubetrieben sowie von einer Vielzahl von Verwaltungsinstanzen. Am entscheidenden Geburtsfehler des Experiments ließ sich allerdings nichts ändern. Er liegt in der Beschränkung auf die Bereiche der zwei gesamtstaatlichen Ministerien sowie von jeweils einem Ministerium in den Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrußland und Litauen. In allen anderen Branchen wird weitergewirtschaftet wie bisher.

Von Reformen ist auch nie die Rede gewesen. Es gehe nicht darum, „den existierenden wirtschaftlichen Mechanismus zu ersetzen", sagte Woronin. Er sprach sogar von einer „weiteren Festigung der zentralisierten Leitung". Unter dem Patronat des vorsichtigen Partei- und Staatschefs Andropow, der ausdrücklich siebenmal zu messen empfahl, bevor man einmal abschneide, soll lediglich mehr Initiative an der Basis geweckt werden. Selbst dieses bescheidene Ziel steht noch im Widerspruch zum überragenden Interesse des extrem konservativen Systems: Nichts dürfe sich ändern. Bessere Methoden der Lenkung, eine bessere Einstellung zur Arbeit, bessere Leute und mehr Überwachung – nach diesen Gesichtspunkten wird der Versuch unternommen, höhere Leistungen zustandezubringen. Ihre Bewertung bleibt eine Sache der Planbürokratie.

Die in mehreren Schüben zwischen 1965 und 1979 unter Breschnew verfügten Veränderungen reichten vor allem anfangs weiter als das gegenwärtige „Experiment". Trotzdem führten sie nicht zum erhofften Erfolg. Doch unbeirrt erwartet die heutige Führung von ihren Maßnahmen Erkenntnisse, die mit Beginn des nächsten Fünfjahresplanes auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden sollen.

Ausnahmezustand in Tunesien ausgerufen

DW. Tunis

Der tunesische Präsident Habib Bourguiba hat gestern abend nach mehrtägigen blutigen Zusammenstößen den Ausnahmezustand verhängt. Außerdem wurde eine Ausgangssperre (sechs Uhr abends bis fünf Uhr früh) angeordnet. Gestern hatten die nach Preiserhöhungen für Brot ausgebrochenen Gewalttätigkeiten zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften auch auf die Hauptstadt Tunis übergegriffen.

Die tunesische Regierung hatte am Vortag im Anschluß an eine Kabinettssitzung Berichte von einer Demonstrationswelle in den Armutsgebieten Tunesiens gegen die Preissteigerung bestätigt. Bei den Auseinandersetzungen habe es bisher mindestens 20 Tote und zahlreiche Verletzte gegeben, hieß es gestern abend.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen illustrieren das Problem, vor dem die Regierungen nordafrikanischer Länder stehen, wenn sie von ihrer Politik der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln als Instrument gegen die Inflation und zur Abwehr von hohen Lohnforderungen Abstand nehmen wollen. Der Preis des Brotes, das in Ländern wie Tunesien Grundnahrungsmittel der Armen ist, gilt als Symbol für die Höhe der Lebenshaltungskosten.

Die tunesische Regierung hatte die Verteuerung von Getreideprodukten lange im voraus angekündigt und mitgeteilt, daß sie die für die Ärmsten entstehenden Lasten mildern werde.

Von dem Ausmaß dieser schwersten Unruhen seit der gewerkschaftlichen Revolte vom Januar 1978 ist die Regierung unter Staatspräsident Habib Bourguiba überrascht worden. Sie hatte offenbar gehofft, daß die Preiserhöhungen, die von der mächtigen Gewerkschaftszentrale UGTT gebilligt worden waren, bei den Bürgern auf Verständnis stoßen werden. Befürworter der Preiserhöhungen hatten damit argumentiert, daß sich das Einkommen in den zurückliegenden 20 Jahren verdreifacht hätte, während der Brotpreis nur einmal erhöht worden sei. Die Maßnahmen waren beschlossen worden, nachdem Subventionen für die Getreideprodukte 1983 in der Staatskasse ein Defizit von umgerechnet rund 130 Millionen Mark hervorgerufen hatten.

Leerlauf in Brüssel

Ha (Brüssel) – Es ist leicht, über die Schwerfälligkeit der europäischen Behörden zu spotten. Gelegentlich aber kann einem schon der Hut hochgehen. Was der Europäische Rechnungshof als Beispiele für bürokratischen Leerlauf zitiert, läßt sich jedenfalls nicht mit den erschwerten Bedingungen entschuldigen, unter denen eine internationale Verwaltung arbeitet.

Wie die Kontrollbehörde ermittelte, brauchte ein Vermerk der für Messen zuständigen Dienststelle der Kommission 1982 über zwei Monate, um den zuständigen Generaldirektor im eigenen Haus zu erreichen. Bevor dieser Beamte seine Zustimmung zu einem Programm geben konnte, mit dem den Assoziationspartnern der Gemeinschaft eine Teilnahme an der Berliner Internationalen Handelsmesse ermöglicht werden sollte, hatten 24 Bedienstete der „Generaldirektion Entwicklung" das Papier *mit einem Sichtvermerk* versehen.

Auch die Bearbeitung eines zweiten „Vorganges" zeugt von ähnlicher Gründlichkeit. Es fragt sich nur, ob sie den antragstellenden Ländern der Dritten Welt als Vorbild dienen sollte: Ein am 22. Dezember vorgelegter Vorschlag über die Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme an der Messe benötigte nicht weniger als zehn Sichtvermerke. Erst am 1. März – fünf Tage vor Beginn der Veranstaltung – erhielt er das administrative Plazet.

Man kann nur hoffen, daß die Kommission der Aufforderung des Rechnungshofes folgt, „die notwendigen Schlußfolgerungen aus dieser wenig erfreulichen Situation zu ziehen".

Fast ein Boom

Wb. – Der Maschinenbau, mit einer runden Million Mitarbeiter auch nach seiner Schrumpfphase noch der größte deutsche Industriezweig, spürt wieder Rückenwind. Ist schon eine Steigerung des Auftragseingangs im November um preisbereinigte sieben Prozent Grund zur Freude, so dürfte der Blick hinter diese Pauschalangabe die Branchenoberen noch um einiges fröhlicher stimmen. Ein Grund dazu ist gewiß, aber nicht einmal in erster Linie, die Erholung der Auslandsnachfrage um 17 Prozent – gegenüber einem November *1982*, in dem der Pegel der Exportaufträge bei minus 27 Prozent gelegen hatte. Viel größer dürfte indessen die Begeisterung darüber sein, daß das Volumen der Inlandsorders in denselben *zwölf Monaten* nur um ein Prozent zurückgegangen ist. Das ist keineswegs so widersprüchlich, wie es auf den ersten Blick aussieht: Der Inlandsmarkt des Novembers 1982 war schon deutlich vom Endspurt auf die Finanzierungshilfen der auslaufenden Investitionszulage geprägt, brachte ein Auftragsplus von 28 Prozent. Wenn nun ohne staatliche Brechstange kaum weniger in die Bücher geschrieben wurde, dann deutet das vielleicht noch nicht ganz auf einen Boom, wenigstens aber auf ein „Büümchen".

UMWELTSCHUTZ / Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird eingehalten

Stromwirtschaft will 15 Milliarden in die Entschwefelung investieren

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung werden in den nächsten Jahren schätzungsweise zehn bis 15 Milliarden Mark zur Rauchgasentschwefelung in Kohlekraftwerken investieren. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt gestern erklärte, würden die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) die in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung gesetzten Fristen sogar vielfach unterschreiten.

Dieses Mammutinvestitionsprogramm wird nicht nur die Luft entlasten, sondern auch die Stromverbraucher belasten. In der Bundesrepublik werden knapp zwei Drittel des für das öffentliche Netz bestimmten Stroms aus Kohle erzeugt (1982: 33 Prozent Steinkohle und 30 Prozent Braunkohle). Der Kohlestrom dürfte um zwei bis drei Pfennig je Kilowattstunde verteuert werden.

Da – bundesweit gesehen – gut ein Drittel der Stromerzeugung auf anderen Primärenergieträgern basiert (vor allem Kernenergie), liegt die durchschnittliche Verteuerung entsprechend niedriger. Allerdings ist der Kohleanteil bei den einzelnen EVU unterschiedlich hoch. Infolgedessen fällt auch *die durchschnittliche* Verteuerung unterschiedlich aus.

Entscheidend für das Preisgefüge ist, daß Großabnehmer künftig relativ stärker belastet werden. Denn die absolute Verteuerung (in Pfennig je *Kilowattstunde) soll* für alle Abnehmer – gleich ob Haushalt oder Industrie – identisch sein. Wer also bisher als Großabnehmer einen niedrigeren Strompreis hatte, wird den Zuschlag stärker spüren.

Legt man einen Stromtarif für private Haushalte von 23 Pfennig zugrunde, so ergeben sich als Folge der Umweltschutzinvestitionen in den nächsten Jahren Tariferhöhungen zwischen 3,5 und 5,2 Prozent, wenn das betreffende EVU einen Anteil von *40 Prozent Kohle an seiner* Stromerzeugung hat. Liegt dieser dagegen bei 80 Prozent, so werden die durchschnittlichen Steigerungen des Strompreises auf bis zu mehr als zehn Prozent veranschlagt.

Mit einem Anteil von rund 45 Prozent der Schwefeldioxidemission ist die öffentliche Stromversorgung derzeit der größte Umweltverschmutzer mit diesem Schadstoff. Wenn jedoch alles fahrplanmäßig verläuft, wird sie Anfang der neunziger Jahre, so die VDEW, „zur kleinsten Emittenten-Gruppe". Knapp 80 Prozent aller Steinkohle- und Braunkohle-Kraftwerke des öffentlichen Netzes mit einer Gesamtleistung von rund 37 500 Megawatt sollen mit Anlagen zur *Rauchgasentschwefelung* nachgerüstet, gut 20 Prozent der Altanlagen mit rund 10 000 *Megawatt* stillgelegt werden.

Was das für die Luft bedeutet, läßt sich mit eindrucksvollen Zahlen sagen: Die Schwefeldioxidemission in der Bundesrepublik liegt derzeit (1982) bei knapp 3,5 Millionen Tonnen. Davon entfallen 1,6 Millionen auf die EVU. Bis 1988 soll der Ausstoß um rund zwei Drittel, also um etwa eine Million Tonnen, verringert werden. Bis Anfang der neunziger Jahre werde die Emission auf „höchstens ein Viertel des heutigen Wertes zurückgehen", also eine Größenordnung zwischen 300 000 und 400 000 Tonnen.

Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung war am 1. Juli 1983 in Kraft getreten. Sie setzt den betroffenen Unternehmen eine Erklärungsfrist bis zum 1. Juli 1984. Auch wenn daher heute noch nicht alle Daten vorliegen, lassen sich zwei Faktoren nennen, die die Terminplanungen der EVU *maßgeblich* beeinflussen:

- Auf die Zulieferanten kommt ein gewaltiger Auftragsstoß zu. Eine Rauchgasentschwefelungsanlage für ein neues 750-MW-Steinkohlekraftwerk kostet 160 bis 200 Millionen Mark. Bei Nachrüstung von Altanlagen liegen die Kosten etwa bei einer Viertelmilliarde. Engpässe im Bau dieser Anlagen könnten zu Verzögerungen führen.
- Ob dies auch für die Genehmigungsverfahren gilt, bleibt abzuwarten. *Offen ist, ob die Regierungen, die* die verschärften Umweltschutzauflagen setzen, die Genehmigungsverfahren für die Rauchgasentschwefelung so zügig behandeln, daß hier nicht ein weiterer Engpaß entsteht.

MINERALÖLMARKT

Der Verbrauch liegt wieder unter 100 Millionen Tonnen

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Strukturveränderungen am deutschen Mineralölmarkt haben sich im vergangenen Jahr noch *beschleunigt. Der Verbrauch ist weiter* zurückgedrängt, die Verarbeitungs- und Vertriebseinrichtungen sind dem geringeren Bedarf angepaßt worden. Infolge niedrigerer Durchschnittspreise für Benzin und leichtes *Heizöl sowie eingeschränkten* Verbrauchs dürfte die Ölrechnung der Deutschen 1983 um fast vier Milliarden Mark niedriger als 1982 ausgefallen sein.

Nach Angaben der Esso AG, Hamburg, ist der Mineralölverbrauch in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit 15 Jahren unter die 100-Millionen-Tonnen-Grenze gefallen. Mit 99,2 Millionen Tonnen sind rund zwei Prozent weniger als 1982 verbraucht worden. Im Vergleich zu 1979 ist der Konsum um mehr als ein Viertel gesunken.

Bei den wichtigsten Produktgruppen gab es nur bei Vergaserkraftstoff einen Zuwachs. Der Absatz von Motorenbenzin stieg um knapp ein Prozent, der von Dieselkraftstoff um rund 3,7 Prozent. Der dennoch sparsame Umgang mit Vergaserkraftstoff wird bei einem Vergleich der Nachfrage in den vergangenen zwölf Monaten zum Jahr 1979 deutlich: Einem *um sechs Prozent höheren* Pkw-Bestand steht ein um knapp zwei Prozent geringerer Verbrauch an Vergaserkraftstoff gegenüber.

Die Nachfrage nach leichtem und schwerem Heizöl hat sich seit 1979 um fast ein Drittel reduziert. Dabei ist der Absatzrückgang von leichtem Heizöl 1903 zum Stillstand gekommen. Mit 33,1 Millionen Tonnen lag *der Verbrauch fast auf* Vorjahreshöhe. In unvermindertem Tempo sank dagegen der Bedarf an schwerem Heizöl. Die 1983 verbrauchten 11,1 Millionen Tonnen entsprechen einem Rückgang gegenüber 1982 von fast 21 Prozent.

Im Verarbeitungsbereich ist die Destillationskapazität um zehn auf knapp 116 Millionen Jahrestonnen abgebaut worden. Sie liegt nicht mehr weit von der Kapazität 1968 entfernt, die rund 113 Millionen Tonnen betragen hatte. Die durchschnittliche Auslastung der deutschen Raffinerien hat sich trotz des Abbaus nur unwesentlich von 56 auf 59 Prozent verbessert. Voll ausgelastet waren dagegen die Konversionsanlagen mit einer von 31,6 auf 33,6 Millionen Tonnen gestiegenen Jahreskapazität. Auf der Vertriebsseite ist das Tankstellennetz weiter geschrumpft, ebenso wie die Zahl der Handelsunternehmen.

Keine wesentlichen Veränderungen, so heißt es bei der Esso, habe es 1983 hinsichtlich der Ertragslage im Mineralölgeschäft gegeben. Da die Preissenkungen bei Rohöl an den Verbraucher weitergegeben werden *mußten, sei die Rentabilität nach wie* vor unbefriedigend. Im Durchschnitt des Jahres 1983 waren Vergaserkraftstoffe um rund einen und Heizöl um rund sechs Pfennig je Liter billiger als 1982.

Gas aus dem Osten

Von HANS BAUMANN

Die Franzosen sind die ersten, die Erdgas aus den Regionen des ewigen Frosts in Sibirien beziehen, aus dem Raum Urengoy östlich des Urals und von der Halbinsel Yamal, nördlich des Urals. Über eine fast 5000 Kilometer lange Leitung wird das Gas herangeführt und bei Waidhaus an der deutsch-tschechischen Grenze in das deutsche Netz eingespeist und nach Frankreich weitergeleitet. Aus den gleichen Quellen werden sich vom Herbst an die Schweiz, Österreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland versorgen.

Doch mit dem ersten Kubikmeter *Gas aus dem Permafrost* werden auch wieder Stimmen laut, die mit Argumenten, die vor zwei Jahren schon widerlegt wurden, das ganze Russengas-Geschäft als den größten ökonomischen Flop aller Zeiten darstellen *möchten.*

Meisterschaft in der Wiederholung falscher Argumente und in der Taubheit gegenüber sachlicher Aufklärung, wie sie von Experten der europäischen Gaswirtschaft immer wieder versucht wurde, bewies „Wall Street Journal Europe". Auch jetzt wieder behauptet das Blatt, Sowjetgas sei für Europa unwirtschaftlich. „Politisch und wirtschaftlich" habe man Erdgas aus der Nordsee, aus Nordafrika und aus den Niederlanden beziehen können.

Wenn das richtig wäre, dann hätten seit 1981 die westeuropäischen Länder kaum mit den Sowjets über Anschlußverträge verhandelt, deren Ergebnis jetzt die ersten Kubikmeter Gas für Frankreich sind und aus denen vom Herbst an langsam steigend 1989 die vereinbarten 10,5 Milliarden Kubikmeter in die Bundesrepublik fließen werden.

Dieses *Zusatzgas* aus der Sowjetunion ist von der *Erdgaswirtschaft* immer als eine Menge verstanden worden, die die Versorgung von den neunziger Jahren an sichern soll. Die Verträge reichen bis zum Jahr 2008. Mit Ende dieses Jahrzehnts beginnen sich nämlich die Quellen in den Niederlanden zu erschöpfen. Daher werden heute schon die Rohre in die Nordsee geschweißt, der Kontakt zu Norwegen intensiviert, einem Land mit großen Vorräten im Meer und geringem Eigenverbrauch.

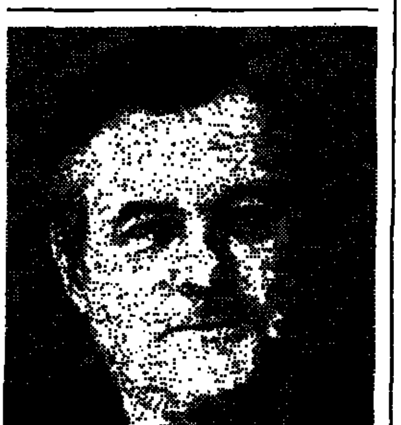
Immerhin bediente sich die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr schon zu fast einem Drittel aus den Gasfeldern der Nordsee, ein weiteres Drittel kam aus eigener Erde, der Rest aus den Niederlanden und aus der Sowjetunion, die einen Anteil von rund 16 Prozent hielt.

Die Verträge mit den Sowjets gleichen denen mit den Niederlanden aufs Haar. Die Preise sind für den Importeur an einen Mischpreis aus schwerem und leichtem Heizöl gekoppelt. Idee dieser Vereinbarung: Erdgas läßt sich nur verkaufen, wenn es im Anbieterland wettbewerbsfähig ist. Die Sowjets wie die Niederländer bekommen also immer nur *den Preis, der sich am Energiemarkt der Bundesrepublik für Heizöl ergibt.* Zudem kommen jährlich Kommissionen zusammen, die die Preisvereinbarungen überprüfen, da beide Seiten daran interessiert sind, den Fluß des Gases nicht durch Wettbe*werbsunfähigkeit zu unterbrechen.*

Daß auch bei den Mengen die Partner aufeinander *Rücksicht* nehmen *müssen*, kommt in der Mindestabsatzformel des Vertrages zum Ausdruck. Sie schreibt eine Abnahme von mindestens 80 Prozent der vereinbarten Mengen vor. Das ist den Sowjets sehr recht, denn es hat Winter gegeben, in denen sie wegen des starken Frostes 15 Prozent weniger liefern konnten.

Umgekehrt ist ein Haus wie die Ruhrgas AG daran interessiert, möglichst viel Gas aus der Sowjetunion zu importieren, dafür aber seine niederländischen oder norwegischen Mengen zu strecken. Diese Flexibilität hat es der deutschen Gaswirtschaft ermöglicht, problemlos 16 Prozent Absatz zu verlieren, weil in der Flaute das Erdgas von der heimischen Steinkohle aus den Kraftwerken verdrängt wurde. Generell: Neue Verträge mit der Sowjetunion sind von der *europäischen Gaswirtschaft* nicht geplant. Die niederländischen Reserven nehmen ab. Kompensiert werden können sie vielleicht von Norwegen. Wenn die deutsche Gaswirtschaft ihr Ziel von 18 Prozent an der Primärenergiebilanz erreichen will, dann muß sie einen Flüssigerdgas-Terminal in Wilhelmshaven bauen und Erdgas per Schiff aus aller Welt importieren. Das ist nicht nur kostspielig. Es gefährdet auch den schönen Brauch, daß man bisher Gas frei deutscher Grenze kaufte – die Investitionen für den Herantransport anderen überließ.

AUF EIN WORT



„Wir sind ein rohstoffarmes und weltmarktabhängiges Land. Nur überdurchschnittliche Leistung, hohe Qualität, Zuverlässigkeit und großes technisches Können werden unsere Stellung auf dem Weltmarkt sichern. Wenn dies gelingt, können wir auch in Zukunft den Wohlstand für alle sichern und den sozialen Aufgaben wie unseren Verpflichtungen in der Dritten Welt gerecht werden."

Horst Elfe, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin
FOTO: KLAUS MEHNE

Weniger Steuerstrafsachen

AP, **Bonn**

1982 wurden weniger Bürger wegen Steuerhinterziehung verurteilt als im Jahr zuvor. Dies geht aus der Statistik der Steuerstrafsachen hervor, deren Ergebnisse das Finanzministerium in Bonn am Dienstag veröffentlichte. Danach ergingen bei den Besitz- und Verkehrssteuern (darunter vor allem die Lohn- und Einkommensteuer) 11 036 Urteile und Strafbefehle und 8363 Bußgeldbescheide. Dies entspricht einer Abnahme von 6,5 und 10,0 Prozent. Wegen der Hinterziehung von Verbrauchsteuern, Schmuggel, Steuerhehlerei und Schwarzbrennen wurden 13 643 Menschen verurteilt, 1,6 Prozent weniger als vor einem Jahr.

EINZELHANDEL

Conzen rechnet mit einem Umsatzplus von drei Prozent

hg, **Bonn**

„Die Erholung im Einzelhandel wird sich 1984 weiter fortsetzen." Fritz Conzen, Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), ist sicher, daß viele Verbraucher ihre persönliche wirtschaftliche Situation mittlerweile optimistisch genug einschätzen, „um ihre Verbrauchsausgaben über die Zunahme der verfügbaren Einkommen hinaus zu steigern".

Conzen rechnet für den gesamten Einzelhandel mit einem Umsatzzuwachs von rund drei Prozent, der bei einer voraussichtlichen Preissteigerungsrate zwischen zwei und zweieinhalb Prozent einem realen Zuwachs von einem halben bis einem Prozent gleichkomme. Dabei unterstellt er, daß der private Verbrauch nominal um mindestens vier Prozent steigen wird.

Strukturprobleme werden den Einzelhandel nach Ansicht des HDE-Präsidenten auch in diesem Jahr bewegen. Sie resultierten vor allem aus der „*seit nunmehr zwei Jahrzehnten* anhaltenden Unternehmens- und Umsatzkonzentration", vor allem im Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Conzen befürchtet, „daß sie auch in den nächsten Jahren kaum an Intensität verlieren wird".

Trotz karger Renditen, „die keine großen Sprünge erlauben", habe die technologische Entwicklung verstärkt Einzug in die Betriebe gehalten, stellt Conzen fest. Er meint vor allem die neuen elektronischen Kassen- und Warenwirtschaftssysteme. Gleichwohl glaubt er nicht daran, daß die Investitionen in diesem Jahr höher ausfallen werden als die des Jahres 1983. Nachdrücklich warnt der Präsident vor der Einführung der *35-Stunden-Woche bei vollem Lohn*ausgleich.

AGRARSUBVENTIONEN

Verbraucherverbände: Neun Milliarden nur für Milch

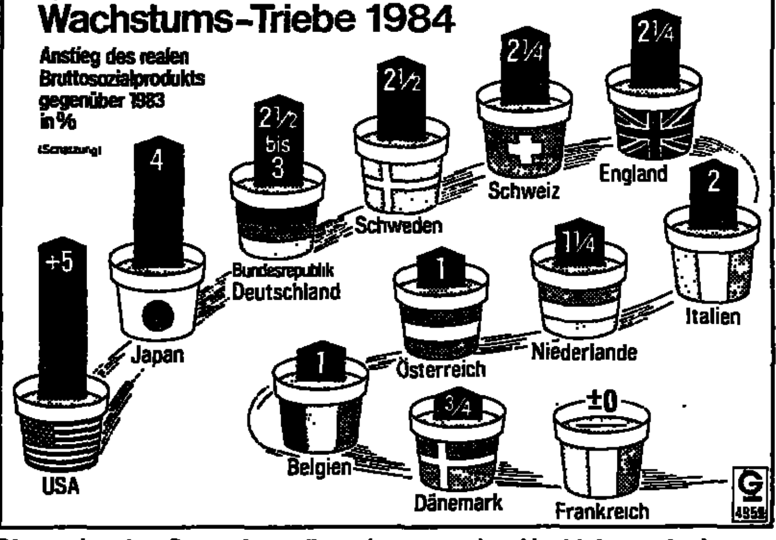
HEINZ HECK, **Bonn**

Die deutschen Milchverbraucher wurden 1983 mit der Rekordsumme von über sechs Milliarden Mark vom Finanzamt zur Kasse gebeten. Mindestens drei Milliarden zahlen sie zusätzlich in Form überhöhter Preise. Dieses vernichtende Fazit zieht die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in ihrem gestern veröffentlichten Bericht zur Milchpolitik des vergangenen Jahres. Aufgrund des Grenzausgleichs sei die deutsche Milchproduktion inzwischen die teuerste der Gemeinschaft und damit eine der teuersten der Welt. Von den Steuern, so die AgV, die für Ausbau und Erhalt von Überkapazitäten in der Milchproduktion ausgegeben werden, ließen sich jedes Jahr 30 000 *neue Arbeitsplätze finanzieren.*

Auch für die EG insgesamt habe 1983 mit Rekordverlusten abgeschlossen: „Eine Million Tonnen Milchpulver und 900 000 Tonnen Butter im Wert von zwölf Milliarden Mark liegen unverkäuflich auf Halde." Sie ließen sich, wenn überhaupt, allenfalls zu einem Viertel des Preises verkaufen, so daß neun Milliarden Mark Verlust für 1984 im voraus abzuschreiben seien.

Nie zuvor sei der Anteil der Subventionen in der Milchbranche so hoch gewesen: Bei einem EG-Milchumsatz von rund 70 Milliarden Mark werden sie – ohne die im Preis *versteckten Summen* – auf *mindestens* 25 Milliarden Mark beziffert. Davon werde nur die Hälfte aus dem EG-Haushalt finanziert. Die andere Hälfte errechne sich aus dem Anteil der Milchproduktion von 20 Prozent an den nationalen Agrarsubventionen, die inzwischen rund das Doppelte des Brüsseler Agraretats (35 Milliarden Mark) ausmachten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die weltweite Rezession, die schwerste der Nachkriegszeit, ist nun endgültig überwunden. In fast allen westlichen Industriestaaten stehen die Signale auf „grün". Vorreiter der Belebung sind die USA. Sie können 1984 mit einem Anstieg des Bruttosozialproduktes um fünf Prozent rechnen. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Wachstum auf mindestens zweieinhalb Prozent geschätzt. QUELLE: GLOBUS

Kreditvereinbarungen in Kraft getreten

Bonn (HH) – Die im Frühjahr beschlossene Erweiterung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) ist termingerecht vor Jahresende in Kraft getreten. Finanzminister Stoltenberg begrüßt die damit verbundene Stärkung des finanziellen Rückhalts des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Erweiterung der AKV werde zusammen mit der kürzlichen Erhöhung der Mitgliederquoten den IWF in die Lage versetzten, Ländern mit Zahlungsbilanzdefiziten bei unabweisbarem Kreditbedarf auch künftig wirksam bei Anpassungsprogrammen zu helfen und seine stabilisierende Rolle in den internationalen Finanzbeziehungen zu spielen. Die AKV sind eine seit 1962 bestehende Refinanzierungslinie, die Zentralbanken und Regierungen großer Industrieländer dem IWF eingeräumt haben. Im Frühjahr *1983* wurden sie um den Gegenwert von rund elf auf rund 18 Milliarden Dollar erhöht und damit fast verdreifacht.

Gegen Autobahngebühren

Bonn (HH) – Gegen die Einführung von Autobahngebühren in der Bundesrepublik hat sich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) ausgesprochen. Die Existenz dieser Gebühren in den Nachbarländern sollte auf EG-Ebene bekämpft werden. Zugleich rät der *DIHT*, in der Bundesrepublik die Zweckbestimmung der Verkehrsabgaben (Kfz- und Mineralölsteuer) „nicht zu vergessen". Der Zusammenhang mit der Verkehrsfinanzierung werde hier immer lockerer. Daher sei es nicht angebracht, die Einführung einer dritten Abgabe zu betreiben. Auch der Bonner FDP-Fraktionschef Mischnick hat sich gegen den Vorschlag des CSU-Politikers Jobst gewandt. Dagegen hat dessen Parteifreund Bötsch erklärt, in Europa „sollte man den Willen der deutschen Seite ernst nehmen, daß die Ungleichbehandlung auf europäischen Autobahnen nicht länger hingenommen werden wird".

Amtlicher Index gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Aktienindex des Statistischen Bundesamtes ist 1983 um 35,8 Prozent gestiegen. Wie das Bundesamt dazu mitteilte, wurde diese Steigerungsrate nur in den Jahren 1959 mit 70 Prozent und 1967 mit 37 Prozent übertroffen. Spitzenreiter waren nach dieser Statistik die Automobilindustrie mit plus 76,5 Prozent, Eisenbahnen/Straßenverkehr/Luftfahrt mit plus 71,8 Prozent, Steine und Erden mit plus 58,5 Prozent; Kunststoff- und Gummi-Industrie mit plus 52,1 Prozent, Großchemie mit plus 51,4 Prozent, Zementindustrie mit plus 47,6 Prozent, Elektroindustrie mit plus 46,8 Prozent und Warenhäuser mit plus 42,7 Prozent. Einen Rückgang weisen lediglich die Indices für Schiffbau mit minus 9,1 Prozent und Bauindustrie mit minus 3,6 Prozent aus.

Münzen-Besteuerung

Bonn (DW.) – Für die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für die Umsätze von Sammlermünzen (Paragraph 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG, Nr. 47 der Anlage und Paragraph 28 UStDV) kann bei der Ermittlung des Metallwertes von Goldmünzen aus Vereinfachungsgründen der für die Monate Januar bis November ermittelte Durchschnittsgoldpreis für das gesamte folgende Kalenderjahr angesetzt werden. Für das Jahr 1984 ist hierbei ein *Durchschnittsgoldpreis* (ohne Umsatzsteuer) von 34 900 Mark für den Kilogramm-Goldbarren zugrunde zu legen. Bei Silbermünzen kann bei der Ermittlung des Metallwertes von Silbermünzen (Paragraph 28 UStDV) der lezte im Monat November ermittelte Silberpreis für das gesamt folgende Kalenderjahr angesetzt werden. Für das Kalenderjahr 1984 ist hierbei ein Silberpreis (ohne Umsatzsteuer) von 834 Mark je Kilogramm zugrunde zu legen (DEGUSSA-Silberpreis am 30. November 1983).

Nigeria zahlt pünktlich

London (rtr) – Nigeria hat die erste fällige Rate von rund 50 Millionen Dollar im Rahmen einer 1983 vereinbarten *Refinanzierung* von 1,6 Milliarden Dollar Bankenschulden nach Angaben der Barclays Bank International gezahlt. In Bankenkreisen war befürchtet worden, die Rückzahlung könnte wegen des Militärputsches am Samstag verschoben werden.

Kopenhagen-Anleihe

Frankfurt (DW.) – Die Stadt Kopenhagen begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG und der Privatbanken A/S eine 100-Millionen-DM-Anleihe. Die Teilschuldverschreibungen sind mit einem Kupon von 8½ Prozent ausgestattet, haben eine Gesamtlaufzeit von zehn Jahren und werden *zu einem Emissionskurs* von 100 Prozent angeboten. Die Tilgung beginnt nach fünf Freijahren durch Käufe im Markt oder Serienauslosungen zum Nennwert. Die Anleihe soll an den Wertpapierbörsen in Frankfurt und Hamburg eingeführt werden.

SPARSCHUTZGEMEINSCHAFT

Sanierung der Staatsfinanzen besitzt weiterhin Priorität

DW. **Bonn**

Damit die Wirtschaft wieder Tritt faßt, bedarf es nicht zusätzlicher Staatsausgaben und hoher Etatdefizite, sondern einer konsequenten Fortsetzung der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Daß eine weitere Eindämmung der Staatsverschuldung einer Konjunkturerholung nicht im Wege steht, habe das vergangene Jahr *bewiesen.* Zu diesem Ergebnis kommt die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer in einer gestern veröffentlichten Mitteilung. Von einer Überkonsolidierung könne bei einer öffentlichen Neuverschuldung von *voraussichtlich drei* Prozent des Bruttosozialprodukts kaum die Rede sein.

Entscheidend sei die Konsolidierung vor allem auch für die weitere Sicherung des Geldwerts, der die Gemeinschaft größte *Priorität* einräumt – trotz der hohen Kosten, die Inflation und Inflationsbekämpfung zweifelsohne verursachten. Aber die Abschwächung des Kosten- und Preisauftriebs habe die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich gebessert. Vor allem konnten die Unternehmenserträge wieder auf ein zwar nicht ausreichendes, so doch erträgliches Niveau angehoben werden. Aber damit nicht genug: Die Inflationsbekämpfung habe ebenfalls gewährleistet, daß Entscheidungen über Preise, Löhne und Investitionen auf einem festen Fundament fußten.

Arbeitgeber und Gewerkschaften hätten sich auf situationsgerechte Erhöhungen der Tariflöhne verständigen können. Die Sparer blickten wieder auf eine attraktive Realverzinsung von zwei bis 2½ Prozent – ein Niveau, das zuletzt in den Stabilisierungsjahren 1967 bis 1969 bestanden habe.

EG / Rechnungshof kritisiert bürokratische Schwerfälligkeit

„Fehlleistungen und zahlreiche Mängel"

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Fehlplanungen und bürokratische Schwerfälligkeit hat der Europäische Rechnungshof erneut in der Entwicklungspolitik der EG moniert. In seinem Bericht über das Haushaltsjahr 1982 kritisiert er außerdem Widersprüche in der Beihilfenpolitik der Gemeinschaft und „zahlreiche Mängel" bei den Nahrungsmittelhilfeprogrammen der Brüsseler Kommission.

Ursache für den wenig effizienten Einsatz des Europäischen Entwicklungsfonds ist nach Meinung der Kontrollbehörde unter anderem die vorwiegend paritätische Struktur des Lomé-Abkommens. Dieses System *bringe die Einschaltung einer* Vielzahl von Instanzen mit sich und führe zu einer so starken Aufsplitterung des Entscheidungsprozesses, daß schließlich nur noch sehr schwer festzustellen sei, bei wem jeweils die Verantwortung liege.

Als besonders abschreckendes – *wenn auch nicht repräsentatives* – Beispiel schildert der Hof das Schicksal eines von der EG finanzierten Straßenbauvorhabens in der Volksrepublik Kongo:

- Statt der geplanten 75 Kilometer langen Straße wurde lediglich eine Teilstrecke von 20 Kilometern fertiggestellt, die zudem zu drei Viertel wieder zerstört ist.
- Die Prüfung des Projekts, die Studien, der Bau der Straße, „die Feststellung ihres raschen Verfalls" und die noch bevorstehende Neuanlage werden letztlich einen Zeitraum von 22 Jahren (1962 bis 1985) beanspruchen.
- Die EG mußte viermal die Studien und zweimal den Bau der Straße sowie die Überwachung der Bauarbeiten finanzieren. Statt der ursprünglich vorgesehenen 3,7 Millionen Ecu *(8,32 Millionen Mark)* wird das Projekt insgesamt 34,3 Millionen Ecu *(77,1 Millionen Mark)* kosten.

Der Hof zitiert ein Gutachten vom Juli 1982, wonach es nur „auf Grund der zahlreichen Fehlleistungen, die von allen an dem Vorhaben Beteiligten in sämtlichen Phasen seiner Durchführung begangen wurden, zu einem derartigen katastrophalen Ergebnis kommen" konnte. Er selbst knüpft daran die Bemerkung, die mangelhaften Leistungen der Beteiligten seien erst dadurch möglich geworden, daß in den Verträgen keine ausreichenden Sicherheiten vorgesehen waren, daß es die Kommission versäumt habe, Konventionalstrafen zu verhängen und daß die Überwachung des Projekts „schwerwiegende Lücken" aufwies.

Die von Brüssel geförderten Industriezonen seien ebenfalls „weitgehend ungenutzt" geblieben und würden teilweise sogar noch von Landwirten bewirtschaftet.

SCHUTZVEREINIGUNG / WELT-Gespräch

Gefährliche Dynamisierung

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Kosten für die betriebliche Altersversorgung sind ein sozialpolitisches Thema von erheblicher Tragweite. Zu hohe Versorgungszusagen könnten sich leicht als Zeitbombe für manche Unternehmen entpuppen. Es gehört zu den Versäumnissen manchen Managements, daß die betrieblichen Versorgungswerke nicht rechtzeitig an die verschlechterten wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt worden sind. Gesetzgebung und Rechtsprechung haben die Situation noch verschärft. Dies erklärte Hans Peter Schreib, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, in einem Gespräch mit der WELT.

Die Schutzvereinigung, mit 8500 Mitgliedern größte Aktionärsvereinigung in der Bundesrepublik, will sich in diesem Jahr gegenüber dem Gesetzgeber dafür einsetzen, daß Pensionsrückstellungen gebildet werden müssen. Ein Passivierungswahlrecht entspricht nach Ansicht Schreibs nicht mehr der geltenden Gesetzgebung. Die Abschlußprüfer müßten ihre Testate einschränken, soweit Pensionsrückstellungen nicht in ausreichender Höhe gebildet worden seien. Freilich dürften die Rückstellungszuführungen nicht aus dem versteuerten Ergebnis erfolgen, was auf die Abschaffung des steuerlichen Nachholverbots hinausläuft.

Die Schutzvereinigung fordert zur Entschärfung der „gefährlichen Dynamisierung" die Abschaffung der gesetzlich verankerten Anpassungsverpflichtung für Pensionszahlungen. Schließlich will sich die Institution gegen die Verpflichtung des Pensions-Sicherungs-Vereins (PSV) wenden, für Pensionszahlungen bis zur dreifachen Beitragsbemessungsgrenze und auch im Fall einer sogenannten Überversorgung eintreten zu müssen. Der Hauptgeschäftsführer: „Denn die vielen zumeist auch kleinen Betriebe, die sich mit Pensionszusagen zurückhielten, müssen die Konsequenzen dafür tragen, daß andere Unternehmen sich genau umgekehrt verhalten."

„Mit kritischer Wachsamkeit" wird die Schutzvereinigung die Haushalts- und Steuerpolitik des Bundes beobachten. Seine Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft würden zu mehr Wertschöpfung führen und damit Wachstum und Investitionen fördern. Auf dem Gebiet der ertragsunabhängigen Steuern sei mit der Senkung der Vermögenssteuer unter anderem Sonderabschreibungen für Forschung und Entwicklung, die Verdoppelung des Höchstbetrags für den Verlustrücktrag zusätzliche Impulse geben.

Im politischen Raum wie auch auf den Hauptversammlungen wird man sich mit einem „vergessenen Problem" beschäftigen: dem Zwang, die während der Dauer des Verlustvortrags gestundete Körperschaftssteuer auf die Vermögenssteuer bei wiedergewonnener Ertragskraft nachzahlen zu müssen. Schreib: „Damit werden Unternehmen, die sich aus eigener Kraft aus einer schwierigen Ertrags*situation mit hohem Aufwand* herausgearbeitet haben, bestraft und an einem kontinuierlichen Aufschwung gehindert. Solche Unternehmen können ihre wiedergewonnene Ertragskraft zur schnelleren Aufnahme von Dividendenzahlungen nutzen."

ITALIEN / Erstmals seit fünf Jahren Haushalt wieder fristgerecht verabschiedet

Kassendefizit immer noch zu hoch

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die Regierung Craxi hat das Jahr haushaltspolitisch mit einem Sieg und einer Niederlage zugleich beschlossen. Ein großer Erfolg – vor allem der neuen parlamentarischen Geschäftsordnung – ist zweifellos die noch vor Weihnachten erfolgte Verabschiedung des Finanz- und Haushaltsgesetzes durch beide Kammern. Damit gelang es der Regierung, erstmals seit dem Inkrafttreten der Finanzgesetzpraxis vor fünf Jahren die Verabschiedungsfrist einzuhalten und den Übergangshaushalt zu vermeiden. In der haushaltspolitischen Stabilisierung wird dadurch zum erstenmal keine Verzögerung eintreten wie in den vergangenen Jahren, in denen das Finanzgesetz oft erst im Frühjahr oder gar im Sommer verabschiedet wurde, wenn es zum Bremsen längst zu spät war.

Die strengere Geschäftsordnung, mit der die Haushaltsdebatte neuerdings im Rekordtempo durchgezogen werden kann, verhinderte jedoch *nicht, daß das Parlament auch dies*mal wieder viel Wasser in die von der Regierung bereitete Medizin schüttete. Statt das Kassendefizit, wie in dem Ende September vorgelegten Finanzgesetzentwurf vorgesehen, innerhalb des von der Regierung vorgeschlagenen Limits von 90 000 Milliarden Lire zu halten (rund 144 Milliarden Mark) und damit auf der Höhe des diesjährigen Fehlbetrages einzufrieren, brachten die zahlreichen Änderungswünsche der Abgeordneten aller politischen Schattierungen den Defizitvoranschlag auf 96 000 Milliarden Lire. Rechnet man auch die in dem Haushaltsgesetz ausgeklammerten, weil noch nicht quantifizierbaren Mehrausgaben der staatlichen Sozialversicherung hinzu, und berücksichtigt man, daß der vom Parlament genehmigte Mehrwertsteueransatz von Experten des Schatzministeriums als zu hoch eingeschätzt wird, so erhöht sich das mit Sicherheit zu erwartende Defizit sogar auf 102 000 Milliarden Lire. Das heißt, daß dem Staat jetzt eine zwölfprozentige Steigerung des Kassenfehlbetrages ins Haus steht bzw. eine real zweiprozentige, wenn die Inflationsrate im kommenden Jahr – wie beabsichtigt – zehn Prozent nicht überschreiten sollte.

Um eine solche Aushöhlung ihrer Haushaltspolitik zu verhindern, will die Regierung noch im Laufe des Monats Januar neue Maßnahmen zur Stabilisierung beschließen. Unklar ist lediglich, wo der Hebel angesetzt werden soll. Während ein Teil der Regierungsparteien mit den Christdemokraten an der Spitze für eine Beschneidung überflüssiger Sozialausgaben eintritt, befürworten die linken Koalitionspartner neue Eingriffe auf der Einnahmeseite. Im Visier sind dabei vor allem die freiberuflichen Erwerbstätigen, für die eine steuerliche Zwangsveranlagung geplant ist. Zur Diskussion steht außerdem Ende Juni und nicht – wie bisher – Ende November als Termin für die Vorauszahlung der Einkommenssteuer: Ein Vorschlag, der den Vorzug besitzt, nicht nur das sommerliche Etatloch zu füllen, sondern auch von allen Parteien akzeptiert zu werden.

Die von immer mehr Parteien befürwortete schärfere Besteuerung der freiberuflichen Einkommensempfänger entspricht der durch die letzte Haushaltsdebatte erhärteten Erkenntnis, daß im Parlament gegenwärtig keine Mehrheit zugunsten einschneidender Interventionen auf der Ausgabenseite vorhanden ist und höchstens dadurch mobilisiert werden kann, daß sozial- und einkommenspolitische Gegenleistungen geboten werden. Diese gleichen Gegenleistungen fordern auch die Gewerkschaften; andernfalls sind sie nicht gewillt, Regierung und Arbeitgebern Zugeständnisse bei der Abkühlung der Lohn- und Lohnkostendynamik zu machen.

Der Konsens von Parteien und Arbeitnehmerorganisationen wird für die Regierung damit die Voraussetzung, *um das Wachstum von Lohn*kosten und Haushaltsdefizit auf den erstrebten Nullwert zurückzuführen. Im Falle der Gewerkschaften, mit denen schon Anfang Januar die zweite und endgültige Verhandlungsrunde über die Neuordnung der Lohnpolitik einschließlich der Abkühlung des Indexmechanismus der Gleitenden Lohnskala beginnt, sieht sich die Regierung hauptsächlich vor Investitions- und Beschäftigungsforderungen gestellt.

National-Bank sieht Dividende gesichert

Py. **Düsseldorf**

Die National-Bank AG, Essen, erwartet für 1983 einen höheren Zins- und Provisionsüberschuß, der neben angemessener Risikovorsorge und Stärkung der Reserven die Ausschüttung einer „Dividende auf hohem Niveau" auf das im Vorjahr auf 22 (20) Mill. DM aufgestockte Grundkapital zuläßt. Für 1982 hatte die einzige konzernunabhängige Regionalbank im Ruhrgebiet 10 DM je 50-DM-Aktie gezahlt. *Das Institut weitete 1983 seine* Bilanzsumme um 3,3 (5,8) Prozent auf 1,43 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 3,4 (6,3) Prozent auf 1,69 Mrd. DM aus. Das Wachstum beruhte primär auf den um 6,4 Prozent auf 1,19 Mrd. DM gestiegenen Kundeneinlagen.

Autos mit hohem Rabatt angeboten

dpa/VWD, **Paris**

Die Franzosen konnten in dieser Woche erstmals Markenautos zu Rabatt-Preisen kaufen. Der mit seinem erfolgreichen Kampf für Benzinpreissenkungen bekanntgewordene Betreiber einer Billigtankstellen-Kette, Michel Leclerc, bot in Paris die ersten acht Neuwagen mit Preisnachlässen zwischen zehn und 20 Prozent an. Leclerc hat die acht Autos französischer Fabrikate aus Belgien reimportiert. Dort werden sie *erheblich billiger* verkauft als in Frankreich. Weitere Autotransporte aus dem Nachbarland sind nach seinen Angaben bereits unterwegs. Er könne jede Marke besorgen, „notfalls auch einen Rolls-Royce", erklärte Leclerc.

Rekordernte beim fränkischen Wein

lz. **München**

Der milde Herbst 1983 brachte den fränkischen Winzern eine noch nie erreichte Rekordernte von 67,4 Millionen Litern Mostaufkommen, rund zehn Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr '82. Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik wurde mit 148,2 Hektolitern zugleich der bisher höchste Hektarertrag erzielt. Außerdem gab es gegenüber der Vorjahresernte Qualitätssteigerungen: *Das durchschnittliche Most*gewicht lag bei den in Franken vorherrschenden weißen Sorten bei 77 Öchslegrad (Vorjahr 71), weshalb 45 Prozent (22) Prädikatsweine und nur noch 54 Prozent (75) Qualitätsweine erwartet werden.

SÜDWESTSALZ / Absatz steigt langsam

Kapazitätsabbau gebremst

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Die Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn, will weitere Planungen zum Kapazitätsabbau nicht realisieren und begründet dies mit der verbesserten Situation beim Absatz von Industriesalz sowie mit der unvorhersehbaren Wetterlage für den Bedarf an Auftausalz. Vielmehr seien die für 1983 vorgesehenen Investitionen planmäßig in Angriff genommen und durchgeführt worden. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres investierte das Unternehmen 12,7 (8,1) Mill. DM.

Der vergangene schneearme Winter hat die Umsatzentwicklung deutlich beeinflußt. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden nach Angaben von Südwestsalz konsolidiert knapp 122 Mill. DM umgesetzt, das sind 14 Prozent weniger als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Zwar sei der ausgefallene Absatz an Auftausalz (minus 44 Prozent) nicht mehr hereinzuholen gewesen, doch wird positiv angemerkt, daß sich die allmähliche Erholung in der chemischen Industrie langsam auch im Industriesalz-Verkauf niedergeschlagen habe. Hier erhöhte sich der Mengenabsatz in den ersten drei Quartalen um 4 Prozent. Der Absatz von Speise- und Gewerbesalzen sei im Volumen nahezu konstant geblieben.

Im Geschäftsjahr 1982 war der Konzernumsatz um 10,2 Prozent zurückgegangen. Der gleichzeitige Ertragsrückgang führte zu einer Kürzung der Dividende von 15 auf 10 Prozent. Am Aktienkapital der Südwestdeutschen Salzwerke, die in diesem Jahr auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken konnten, von 30 Mill. DM sind die Stadt Heilbronn und das Land Baden-Württemberg mit jeweils 45 Prozent beteiligt. Eine Änderung in den Anteilen steht bevor: Das Land will seine Beteiligung auf 26 Prozent reduzieren. Dem Vernehmen nach zeigt sich die Stadt Heilbronn interessiert daran, die freiwerdenden 19 Prozent zu übernehmen und ihren Anteil damit auf 64 Prozent auszubauen. Südwestsalz beschäftigt derzeit etwa 660 Mitarbeiter. Wie es in einer Firmenmitteilung weiter heißt, seien die Finanzen geordnet. Bankkredite habe man auch in 1983 nicht in Anspruch nehmen müssen.

GRIECHENLAND / OECD: Wirtschaftspolitik gescheitert

Inflation beschleunigt

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die wirtschaftliche Lage Griechenlands hat sich seit dem Ende der siebziger Jahre vor allem unter dem Eindruck der von der sozialistischen Regierung verfolgten Volksbeglükkungspolitik fortschreitend verschlechtert. Während die Produktion vier Jahre lang stagnierte, beschleunigte sich die Inflation auf über 20 Prozent. Gleichzeitig stiegen Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzdefizit in fast unerträglicher Weise, heißt es im Griechenland-Bericht der OECD.

Dieser desolate Zustand ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die griechische Regierung – ähnlich der französischen – gegen den internationalen Strom schwimmen wollte. Eine solche Situation ist für eine so kleine Volkswirtschaft aber unerträglich. Demzufolge konnte das Land auch kaum Vorteile aus seinem 1981 erfolgten Beitritt zur EG ziehen. Im Gegenteil hat sich dieser Schritt zunächst einmal als Belastung dargestellt.

Zwar hat Athen inzwischen gewisse Sanierungsmaßnahmen ergriffen. Das Budgetdefizit, das sich zwischen 1979 und 1982 auf 285 Milliarden Drachmen verdreifachte, wurde durch Steuererhöhungen etwas eingedämmt. Demzufolge und wegen des leicht begrenzten Lohnanstiegs könnte deshalb wohl bis zum Ende dieses Jahres mit einer Rückführung der Inflationsrate auf 17 Prozent gerechnet werden, was aber den OECD-Experten immer noch als viel zu hoch erscheint. Auch halten sie den leichten Rückgang des Leistungsbilanzdefizits auf zirka zwei Milliarden Dollar angesichts der hohen griechischen Auslandsverschuldung (8,2 Milliarden Dollar) für unzureichend.

Empfohlen wird Athen von der OECD insbesondere, den als „exzessiv" bezeichneten Kreditbedarf des öffentlichen Sektors, der zu drei Vierteln für die Auslandsschuld des Landes verantwortlich ist, rigoros zu beschneiden. Außerdem müßte die Lohn-Preis-Indexierung aus den Angeln gehoben werden. Denn nur durch eine Entlastung der Lohnkosten könnte die griechische Wirtschaft international wieder wettbewerbsfähig werden.





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klaus Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.







SPARKASSE WUPPERTAL / Ergebnis verbessert

Kredite wieder gefragt

HARALD POSNY, Wuppertal

Im zurückliegenden Jahr ist im Kreditsektor manches anders gelaufen als es in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern steht. So beobachtete der Vorstand der Stadtsparkasse Wuppertal fast übers gesamte Jahr eine Umkehrung früherer Konsumenten-Verhaltensweisen. Vorstandsvorsitzender Günther Knorr: „Trotz noch unsicheren Umfelds zeigte der Verbraucher Mut zum Konsum und leistete seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Besserung." Dabei werde der Wunsch, den Lebensstandard zu halten, ebenso eine Rolle gespielt haben wie sein Gespür für positive Perspektiven.

Das hatte 1983 freilich auch seine Folgen für die Sparbilanz des Instituts. Die Kapitalbildung fiel mit 129 (188) Mill. DM niedriger aus als im Jahr zuvor. Außerdem verschoben sich deutlich die Akzente vom Kontensparen hin zu hauseigenen Wertpapieren, bei denen sich über eine Verdoppelung des Zuwachses (129 Mill. DM) fast das gesamte Sparaufkommen wiederfand. Die Spareinlagen schmolzen auf 1,95 (1,96) Mrd. DM, die Sichteinlagen auf 764 (823) Mill. DM ab, während die Anlage in Sparkassenbriefen und -obligationen auf 802 (673) Mill. DM stieg. Mit einem Plus von 60 (204) Mill. DM erreichten die gesamten Kundeneinlagen 3,51 Mrd. DM.

Die Dynamik des Kreditgeschäfts hielt dagegen an. Wieder erreichte das Neugeschäft ein Volumen von 1,1 Mrd. DM. Baufinanzierungen waren noch stärker gefragt als 1982. Der Bestand an Kundenforderungen wuchs um 4,7 Prozent auf 2,6 Mrd. DM, wobei die Bestandserhöhung ganz auf den langfristigen Bereich (1,96 nach 1,82 Mrd. DM) entfiel. Mit 127 (131) Mill. DM hielt sich das Investitionsvolumen der mittelständisch und exportorientierten Wirtschaft auf Vorjahreshöhe. Gleiches galt für den Konsumentenkredit.

Mit der Ertragslage ist Knorr sehr zufrieden. Das Betriebsergebnis lag um 2,2 Prozent höher als im Vorjahr, die Zinsspanne wurde nochmals auf 3,8 (3,7) Prozent ausgeweitet. Trotz Stärkung der Risikovorsorge wird der Jahresüberschuß auf rund 13,7 (10,4) Mill. DM steigen und die Eigenkapitalquote von 3,75 auf 4 Prozent der auf 3,8 (3,73) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme wachsen lassen.

GENERAL MOTORS / US-Konzern neu organisiert – Nur noch zwei Autogruppen

Rückkehr zur Strategie der 30er Jahre

H.-A. SIEBERT, Washington

Der berühmte Alfred P. Sloan, von 1927 bis 1956 zunächst Präsident und dann Vorstandsvorsitzer der General Motors Corporation, hat es in seiner Autobiographie, 1965 im Münchner Verlag Moderne Industrie erschienen, so beschrieben: Ein Autohersteller darf sich nicht selbst Konkurrenz machen; vielmehr muß er junge und alte, arme und reiche Käufer auf Lebenszeit an sich binden.

Diese Strategie setzte Sloan, der als „König von Detroit" das größte Automobilunternehmen der Welt schuf, in den 30er Jahren durch. Danach baute Chevrolet kleine und billige Wagen für junge Leute ohne viel Geld. Mit zunehmendem Einkommen und Alter erwarben Chevrolet-Fahrer Modelle von Pontiac, Oldsmobile, Buick und schließlich Cadillac. Grundsätzlich galt die Regel: je höher in der „GM"-Typenskala, um so größer die Autos.

Von Sloans Logik ist nicht viel übriggeblieben. Heute fährt jeder der fünf „divisions", aus denen der Autokern der General Motors Corp. (1982: 94 Prozent der Umsätze von 60 Milliarden Dollar) besteht, einen scharfen Wettbewerbskampf gegen die Schwesterabteilungen und bietet ähnliche Paletten an. So läßt Chevrolet den Caprice Classic von den Bändern rollen, der mit den Straßenkreuzern von Buick und Oldsmobile konkurriert. Alle „Fünf" montieren das Kleinwagenmodell „J" als Chevrolet Cavalier, Pontiac 2000, Oldsmobile Firenza, Buick Skylark und Cadillac Cimarron. Entsprechend groß ist die Verwirrung bei den „GM"-Kunden.

Wegen wachsender Verluste auf Teilmärkten will „GM" die Konfusion beenden und zu der Strategie des legendären Sloan zurückkehren. Wie in Detroit durchsickerte, beschließt der Verwaltungsrat des Konzern vielleicht schon am kommenden Montag eine Aufteilung der fünf „divisions" in zwei Gruppen: Die eine (Chevrolet und Pontiac) baut künftig kleinere, die andere (Oldsmobile, Buick und Cadillac) größere Autos.

Eine vor 15 Monaten in Auftrag gegebene Studie ist fertiggestellt. Danach würde Chevrolet als größtes Modell den Celebrity und Pontiac den 6000 anbieten. Für die andere Gruppe wäre dieser „A-Typ" mit Vorderradantrieb die Untergrenze. Die „GM"-Tochter Fisher Body und die Montagewerke sollen ihre Selbständigkeit verlieren und den beiden Gruppen zugeschlagen werden.

Worauf der Konzern zielt, ist, wie der Vorstandsvorsitzende Roger B. Smith kürzlich erklärte, eine größere Produktidentität. Nach seinen Vorstellungen soll Chevrolet zum Billigauto zurückkehren. So wird die Abteilung von 1985 an etwa 300 000 Wagen jährlich von den japanischen Partnern Suzuki und Isuzu importieren, die in den USA unter 5000 Dollar verkauft werden sollen. Pontiac konzentriert sich wiederum auf leistungsfähigere Modelle wie den 2000 mit Turbo.

Smith: „Es ist unsinnig, daß eine Abteilung der anderen Marktanteile abjagt." Die größte Pleite erlebte Cadillac, deren Cimarron seinem spanischen Namen („wild") keine Ehre machte. Er gilt als lahm und unverkäuflich.

PORTFOLIO MANAGEMENT / Acht Emissionen

Die Banken überrundet

DANKWARD SEITZ, München

Noch nie haben innerhalb eines Jahres so viele deutsche Unternehmen den Schritt an die Börse getan wie 1983. Elf Neueintragungen verzeichnete der Kurszettel. Eine ungewöhnlich hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß seit 1958 bis Ende 1982 lediglich 39 Emissionen durchgeführt wurden. Entscheidenden Anteil an dieser Trendwende hatte die Münchner PM Portfolio Management Gesellschaft für Wertpapierberatung mbH, die allein bei fünf Börseneinführungen als führendes Emissionshaus fungierte.

Lächelnd gesteht Bernd Ertl, einer der fünf persönlich haftenden PM-Gesellschafter, selbst ein, daß diese Tätigkeit für ein privates, bankenunabhängiges und mehr auf die Verwaltung von Wertpapierdepots ausgerichtetes Unternehmen etwas ungewöhnlich ist. Inzwischen hat man sich damit aber ein schon recht kräftiges „zweites Standbein" aufgebaut und den Banken – mit Ausnahme der Deutschen Bank, die 1983 die restlichen sechs Börseneinführungen managte – den Rang abgelaufen.

Den Entschluß zu dieser Diversifikation faßte PM 1981, weil, so Ertl, immer wieder das geringe Interesse der Unternehmen bemängelt wurde, sich einem breiten Anlegerpublikum zu öffnen. Eine genaue Analyse habe allerdings gezeigt, daß weder die Firmen noch die Banken selbst die genauen Modalitäten einer Börseneinführung gekannt hätten.

Daß bei einigen der acht Gesellschaften, die PM seit 1981 an die Börse gebracht hat (Emissionsvolumen: 64,02 Mill. DM), ein gewisses Risiko einhergeht, verkennt er nicht. Fünf von ihnen (Knürr, Electronic 2000, SM Software, Tewidata und GFC) sind der Computer-Branche zuzurechnen, während Rückforth, Kerkerbachbahn und Treuwo im Wohnungsbau tätig sind. Man lehne es aber ab, den Emissionskurs bis zum Letzten „auszureizen" und verpflichte die Neulinge zu einer hohen Publizität im Börsenprospekt, mit der Veröffentlichung von Quartalberichten und des DVFA-Gewinns.

Auch wenn etablierte Bankiers die Nase rümpfen, daß diese kleinen Unternehmen mit einem entsprechend bescheidenen Emissionsvolumen über einen Outsider den Weg zum Publikum und an den Freiverkehrsmarkt finden: Die Überzeichnungen bis zum 22fachen und die Kursentwicklung (per 27. 12. 83; plus 26 bis 148 Prozent gegenüber dem Ausgabekurs, Ausnahme: Knürr plus/minus null und Treuwo minus -12 Prozent) zeigen, daß es durchaus Anlegerinteressen gibt.

Ermutigt vom Erfolg – „wir müssen inzwischen nicht mehr selbst akquirieren, denn die Firmen kommen jetzt auf uns zu" – will PM 1984 zehn bis zwölf Neuemissionen mit einem Volumen von jeweils 5 bis 15 Mill. DM durchführen. Überwiegend sollen es Unternehmen aus Wachstums-Branchen oder mit neuen Technologien sein, deren Börsenkurs schnellere Wachstumschancen als der Durchschnitt verspricht. Insgesamt erwartet Ertl im kommenden Jahr 25 Börseneinführungen. Seiner Ansicht nach eine noch immer bescheidene Zahl, denn rund 1000 deutsche Unternehmen seien reif für die Börse.

Denkbare interne Konfliktsituationen zwischen der Emissionstätigkeit und der Wertpapierdepot-Verwaltung, die PM seit ihrer Gründung im Jahr 1967 betreibt, sind nach Ertl dadurch ausgeschlossen, daß solche Aktien nicht in die Depots wandern. 1983 verwaltete PM ein Vermögen von rund 400 (346 nach 240) Mill. DM. Etwa 75 Prozent davon entfallen auf Depots institutioneller Anleger, die ab 5 Mill. DM geführt werden, der Rest auf Private, für die eine Untergrenze von 0,5 Mill. DM festgesetzt wurde. Der durchschnittliche Depotwert betrug 1983 bei Institutionellen rund 30 Mill. DM und bei Privaten etwa 1,4 Mill. DM. Angelegt werden die Mittel ausschließlich in 30 bis 40 Aktienwerte, Renten sowie in Festgeld.

Unzufrieden zeigte sich Ertl mit der 1983 absehbaren Wertsteigerung, die weit unter der gegebenen Möglichkeit geblieben ist, nachdem in den letzten fünf bzw. drei Jahren trotz schlechter Börsen Zuwachsraten von durchschnittlich 10,4 bzw. 13,1 Prozent erzielt worden waren. Offen gesteht er ein, daß PM vor allem die Entwicklung des Aktienmarktes zu Beginn des Jahres unterschätzt hatte und daher hier nicht voll investiert war. Ärgerlich nicht nur für die Kunden, „sie werden uns auch weiterhin die Treue halten". Vielmehr für PM selbst, denn privaten Anlegern wird beispielsweise neben einer jährlichen Verwaltungsgebühr von 1 Prozent des durchschnittlich eingesetzten Kapitals ein Erfolgshonorar von 15 Prozent des erwirtschafteten Ertrages berechnet.

NAMEN

Dr. Richard Beckers, Düsseldorf, ist durch Beschluß des Amtsgerichts Kempen zum Mitglied des Aufsichtsrats der Girmes-Werke AG bestellt und von diesem zum Vorsitzenden gewählt worden. Dr. **Klaus Götte** ist nach der Übernahme des Vorstandsvorsitzes der Gutehoffnungshütte Aktienverein aus dem Girmes-Aufsichtsrat ausgeschieden. Dr. **Michael Goebel** (43), bisher Geschäftsführer im Kaufhof-Konzern und dort zuletzt bei der Touristiktochter ITS, ist seit 1. Januar 1984 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Horten AG, Düsseldorf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Interporc Ges. z. Anwendung u. Förderung moderner Tieraufzuchtmethoden mbH, Witzhave; **Kleve:** Hegmann & Co. GmbH Betonwerk, Emmerich; **Wuppertal:** Klaus Jung, Straßenbaumeister, Velbert 15.

Vergleich eröffnet: Aalen: Aprithan-Schaumstoff-GmbH, Abtsgemünd 1; **Köln:** Jan Weymar & Co. KG Teilzahlungsbank.

Vergleich beantragt: Hagen: Braun-Angott Ges. f. Maschinen- u. Anlagen mbH, Karlsruhe.

Horten verbessert Ertragslage deutlich

Py. Düsseldorf

Die Horten AG, Düsseldorf, hat im Kalenderjahr 1983 den Umsatz ihrer 57 Warenhäuser (ohne Lebensmittel, Reisen und die Peter-Hahn-Modehäuser) um 3,6 Prozent auf 2,94 Mrd. DM erhöht. In einer ersten Übersicht für den Zeitraum, der nicht mit dem Geschäftsjahr (29,2) identisch ist, wird die Verkaufsfläche mit unverändert 533 000 qm angegeben. Den Angaben zufolge hat sich die Ertragslage der Horten AG „durchgreifend verbessert". Nähere Angaben dazu macht der Vorstand – wohl auch mit Rücksicht auf das noch laufende Geschäftsjahr nicht. Auch Hinweise auf die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung – zuletzt wurden 2,50 je 50 DM-Aktie für 1981 gezahlt – fehlen. Eine Ausschüttung für 1983/84 ist nach der Ertragswende 1983 zumindest nicht ausgeschlossen. Die Horten-Reisebüros haben 1983 ihren Umsatz mit 81,4 Mill. DM gehalten, Peter Hahn setzte 90 Mill. DM sowie 12 Mill. sfr um. Die Horten-Beschäftigtenzahl verringerte sich um 8 Prozent auf 18 750 voll beschäftigte Mitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wieder zehn Prozent

München (sz.) – Aufgrund der Entwicklung in den ersten zehn Monaten 1983 erwartet die Fränkisches Überlandwerk AG, Nürnberg, für das Gesamtjahr 1983 ein Ergebnis auf Vorjahresniveau. Wie es im jüngsten Aktionärsbrief heißt, erscheine daher auch die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 10 Prozent je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 70,02 Mill. DM als gesichert. Der Umsatz per Ende Oktober erhöhte sich um 3 Prozent auf 474,2 Mill. DM bei einer um 1,4 (2,3) Prozent auf 2,48 Mrd. kWh gestiegenen nutzbaren Stromabgabe.

Schiffe für Hamburg-Süd

Hamburg (JB.) – Die Reederei Hamburg-Süd hat zwei bislang gecharterte Semi-Container von der dänischen Torm-Line gekauft. Dabei handelt es sich um die 1970 für die ehemalige DDG Hansa gebauten Schiffe „Gutenfels" und „Goldenfels". Die Container-Schiffe fahren weiterhin im Europa/Südpazifik-Dienst, den Hamburg-Süd seit 1982 gemeinsam mit der englischen Bank-Line betreibt. Ein Schiff wird unter der Flagge von Samoa, das andere unter der des Königreichs Tonga fahren.

Änderung bei Coutinho, Caro

Hamburg (JB.) – Das Hamburger Handelshaus Coutinho, Caro & Co KGaA hat im Rahmen einer Neuorganisation des Unternehmensbereichs Industrieanlagenbau zwei Fachgebiete in selbständige Tochterunternehmen ausgegliedert. Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 wird der Glas-Anlagenbau bei der Firma Coutinho Glass Engineering GmbH liegen und der Getränke-Anlagenbau bei der Firma Coutinho Food Engineering GmbH, beide Hamburg.

Stabile Strompreise

Hannover (dpa/VWD) – Die Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra) in Hannover, die weite Teile Niedersachsens, Hessens und einige östliche Randgebiete Nordrhein-Westfalens mit Strom beliefert, steigerte 1983 in der AG den Stromabsatz um 3,6 Prozent auf 22,5 Mrd. kWh. Wie das Unternehmen mitteilte, habe sowohl der Bedarf der privaten als auch der gewerblichen Stromabnehmer zu dieser Absatzsteigerung beigetragen. Es sei zu erwarten, daß auch 1984 wiederum mehr Strom verbraucht werde. Unter diesen günstigen Voraussetzungen sehe sich die Preußenelektra in der Lage, die seit dem 1. Januar 1983 geltenden Strompreise weiterhin stabil zu halten.

Anschlußkonkurs eröffnet

Eislingen (VWD) – Nach Ablehnung des Vergleichsantrags der Staufen Fahrzeugwerke Eislingen, Jakober GmbH & Co, Eislingen, vom 2. November 1983 hat das Amtsgericht Göppingen das Anschlußkonkursverfahren eröffnet. Wie Konkursverwalter Hans Ringwald und die Geschäftsleitung mitteilten, wird das Konkursverfahren jedoch nicht zur Schließung des Unternehmens führen, eine Anfang Dezember 1983 gegründete „Wartegesellschaft" mit 0,5 Mill. DM Gesellschaftskapital und dem Namen Staufen Fahrzeuge, Vertriebs- und Service GmbH werde während der Abwicklung des Konkursverfahrens der Altgesellschaft und bis zum Inkrafttreten einer neuen Unternehmenskonzeption die Kundenbeziehungen pflegen und das Neugeschäft betreiben.



Aktien stark schwankend

Gewinnmitnahmen hemmten den weiteren Kursanstieg

DW. – An der Dienstagbörse nahmen einige institutionelle Anleger sowie Teile des Berufshandels die zunächst noch auf breiter Front steigenden Aktienkurse zum Anlaß, Kursgewinne zu realisieren. Da andererseits aus dem Ausland für bestimmte Papiere wieder Kaufaufträge eintraten und das Interesse der privaten Bankenkundschaft an der Aktienanlage wächst, kam es im Verlaufe zu differenzierten Kursbewegungen, zum Schluß sogar wieder zu einer einheitlich widerstandsfähigen Tendenz. Gesucht waren auf der anderen Seite Maschinenbaupapiere.

Zu den bevorzugten Papieren zählten wieder die Bankaktien, bei denen die der Deutschen Bank im Mittelpunkt standen. Bayern-Hypo setzten ihren raschen Anstieg um 5 DM auf 297 DM fort; das Bezugsrecht erreichte mit 13,90 DM (plus 0,40 DM) einen neuen Höchststand. Im Chemiebereich waren die Titel der Großchemie nur knapp behauptet. Meinungskäufe, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Optionsanleihe gesehen werden müssen, ließen den Conti-Gummi-Kurs bei lebhaften Umsätzen erneut anziehen. Trotz der bevorstehenden Privatisierungsaktion setzten auch Veba-Aktien ihren Kursanstieg langsam fort.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verminderten um 5 DM, Audi NSU um 5 DM und Balcke Dürr um 6 DM. Dyckerhoff St. gaben ebenfalls um 6 DM nach. Gildemeister erhöhten um 2,90 DM und Leffers um 5 DM. Rheag stockten um 9 DM auf und KSB ST. um 3 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Vers. 24 DM und Aachen Münchner Vers. 5 DM.

Frankfurt: Frankfurter Hypotheken stiegen um 25 DM auf 575 DM, Cassella um 25 DM auf 545 DM, MAD Vorzüge um 15 DM auf 333 DM, Maschinenfabrik Mönus bei Plusankündigung um 7 DM auf 70 DM. Das Bezugsrecht Bayerische Hypotheken wurde mit 13,90 DM plus 0,40 DM bei 11 500 Stück Umsatz gehandelt.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden erneut fester mit 164 DM (plus 2,5o DM) gehandelt. Reichelt gingen zu 95 DM (plus 2,90 DM) aus dem Markt. HEW kamen auf 101 DM (plus 1 DM), während NWK-Vorzüge bei 177 DM unverändert bleiben. Beiersdorf wurden mit 359 DM sowie Haller Meurer mit 220 DM (je plus 1 DM) umgesetzt.

München: Agrob Vz. erhöhten um 9 DM und Dywidag um 2 DM. Etienne Aigner stockten um 10 DM auf, Ekatit um 0,50 DM und Flachglas um 2 DM. Gehe AG erhöhten um 2 DM und Leonische Draht um 3 DM. Verbessern konnten sich Süd Chemie um 15 DM und Wanderer um 10 DM.

Berlin: Orenstein verbesserten sich um 2,70 DM, Berliner Kindl um 2,50 DM, Herlitz Vorzüge, Kempinski und Schering um je 1 DM. Herlitz Stämme wurden um 3 DM, Rheinmetall um 2 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM zurückgenommen.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 3. 1.: 154,9 (154,8);
WELT-Umsatzindex vom 3. 1.: 3259 (3443)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Delta Airlines	40,375
Digital Equipm.	71
Dow Chemical	32,75
Du Pont	51,25
Eastern Gas-Fuel	23,75
Eastman Kodak	77
Exxon	36,625
Fabergé	28
Firestone	22,25
Fluor	17
Ford	42,375
Foster Wheeler	15,50
Fruehauf	46,375
GAF Corp.	16,875
General Dynamics	57,75
General Electric	57,50
Pfizer	36,125
Phibro	31,125
Philips Petroleum	33,50
Philip Morris	71,25
Pittston	14,125
Polaroid	33,625
Prime Computer	17,375
Procter & Gamble	57
RCA	34
Revlon	32
Reynolds Ind.	60,50
Rockwell Int.	32,875
Rorer Group	30,25
Schlumberger	49,125
Sears, Roebuck	56,50
Shell Oil	39,25

Toronto

Bluesky Oil	3,90
Bow Valley Ind.	25,875
Brenda Mines	15,75
Brunswick M. & Sm.	20,875
Cdn. Imperial Bk.	31,25
Cdn. Pacific Ltd.	50,50
Cdn. Pacif. Enterpr.	24,25
Cominco	59,125
Conwest Res.	4
Denison Mines	45,625
Dome Petroleum	4,15
Domtar	30,375
Falconbridge Ltd.	70,50
Great Lakes Forest	84
Gulf Canada	17,50
Gulfstream Res.	1,25

London

Geschlossen

Amsterdam

Tokio

Zürich

Geschlossen

Madrid

Paris

Geschlossen

Mailand

Hongkong

Wien

Kopenhagen

Brüssel

	3. 1.	2. 1.
Arbed	1250	1240
Brux. Lambert	2360	2390
Cockerill Ougrée	179	178
Ebes	2425	2460
Gevaert	3055	3080
Kreditbank	6380	6310
Pétrofina	4050	4000
Soc. Gén. d. Belg.	1695	1680
Sofina	5550	5460
Solvay	3480	3540
UCB	4350	4470
Index	136,61	–

Singapur

	3. 1.	2. 1.
Cycle + Car.	6,35	Geschlossen
Cold Storage	5,10	
Dev. Bk. of Sing.	10,20	
Fraser + Neave	6,45	
Kl. Kepong	3,32	
Mal. Banking	9,40	
Nat. Iron	6,20	
OCBC	11,20	
Sime Darby	2,79	
Singapur Land	5,70	
Un. Overs. Bank	5,85	

Sydney

Brok. Hill. Prop.	14,40
Coles	3,85
CRA	6,96
CSR (Thales)	4,20
Metals Expl.	0,70
MIM-Holdings	3,98
Myer Emporium	2,08
North Broken Hill	3,32
Oakbridge	1,10
Peko Wallsend	4,10
Poseidon	4,70
Thomas Nat. Tr.	2,48
Waltons	–
Western Mining	4,45
Woodside Petr.	1,21
Index	782,9

Geschlossen

Optionshandel

Frankfurt: 3. 1.: 1106 Optionen = 56 475 (34 400) Aktien, davon 116 Verkaufsoptionen = 5850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-70/16, 4-75/11, 4-80/8,6, 4-85/5,9, 4-90/4, 7-80/13, 7-85/9,5, 7-90/6,5, 10-80/17, BASF 4-160/19, 4-170/12,3, 4-180/7, 7-170/17,8, 7-180/10,6, 7-190/7, 10/170/21, Bayer 4-150/30, 4-170/14, 4-180/7,4, 4-190/3,5, 7-180/10,6, 7-190/7, BMW 4-450/13,4, Commerzbank 4-170/13,5, 4-180/7,5, 4-200/2,4, 7-170/21, 7-180/13,9, 7-190/8,9, 7-200/7,2, Conti 4-100/30,5, 4-110/21, 4-120/14,9, 4-130/9, 4-140/5, 7-120/15,6, 7-130/13, 7-140/9, 10-120/21, Daimler 7-720/25, Dt Babcock St. 4-180/15,4, 4-200/8, 7-190/22, Dt. Babcock Vz. 4-180/22,5, Deutsche Bank 4-310/43, 4-320/34, 4-340/20,1, 4-350/14, 4-370/5,4, 7-330/34, 7-340/28,5, 7-370/15,4, Dresdner Bank 4-170/15,5, 4-200/2, 7-190/9,9, GHH St. 4-140/28, GHH Vz. 4-130/20,8, Hoechst 4-160/27, 4-170/19,2, 4-180/11,6, 4-190/9,4, 7-190/15, 7-200/8,1, Hoesch 4-90/23,8, 4-95/20, 4-100/15, 4-110/8, 4-120/5,5, 7-100/18,1, 7-110/14,6, 7-120/7,85, KHD 4-280/10, Klöckner 4-40/9,6, 4-50/4,9, 4-55/1,6, 7-40/11,5, 7-50/6,6, Lufthansa St. 7-160/5, Lufthansa Vz. 4-150/13, M.A.N. 4-140/13, Mannesmann 4-140/15, 4-150/7, 4-160/3,5, 7-140/17,6, 7-150/15, Siemens 4-380/20,8, 4-380/20,8, 4-400/13, 7-480/20, Thyssen 4-80/13, 4-85/7, 4-90/4, 7-80/13,9, 7-90/6, Veba 4-170/9,8, 4-180/5, 7-170/14, 7-180/9, 7-190/5, VEW 7-130/7, VW 4-210/30, 4-220/18,8, 4-230/13, 4-240/9, 4-250/4,3, 7-200/42, 7-210/35, 7-230/23,2, 7-240/17,7, 7-250/13,4, Alcan 7-110/14,4, Chrysler 4-70/11, 4-75/9, Philips 4-40/4,8, 4-44,5/2, 4-45/1,75, 7-35/9,2, 7-40/6,6, Royal Dutch 7-120/12,4, 7-130/8,55, Sony 4-40/7. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-80/2,5, BASF 4-180/8, 7-170/4,8, 7-180/9,8, Bayer 7-170/3,5, Bekula 4-85/4,9, Commerzbank 4-170/2,8, 4-180/7, 7-180/8, Conti 7-120/2, Daimler 4-680/20,5, 7-650/21,8, Dresdner Bank 4-180/4,5, 7-170/2,4, Hoechst 4-190/7,6, 7-180/4, Hoesch 4-100/1,5, 4-110/4,6, 7-100/5,45, 7-110/5,9, Klöckner 7-40/3, Mannesmann 4-140/1, Siemens 7-380/6, 10-370/6,4, Thyssen 7-85/4, Veba 7-160/1,8, 7-170/3, VW 4-210/2,5, 4-220/3,5, 4-230/5,2, 7-210/4, 7-220/6, Royal Dutch 7-120/5,4 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

1 Monat	9⅝–9⅞	5⅝–5⅞	3⅝–3⅞
3 Monate	9⅞–10⅛	5¾–6	3⅞–4
6 Monate	10–10⅜	6⅛–6⅜	3⅞–4⅛
12 Monate	10¼–10⅝	6¼–6½	4–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. Januar folgende Goldmünzpreise genannt (in DM):

Devisen und Sorten

Devisen

Die Nachfrage nach US-Dollar entwickelte sich am 3. Januar 1984 mit Aufnahme des Interbankenhandels kontinuierlich, so daß nach ersten Kursen um 2,7360 ein Anstieg bis 2,7525 zu verzeichnen war. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,7458 festgestellt, wobei die Bundesbank 7,4 Mio. Dollar verkaufte. Mit Eintritt des New Yorker Marktes wurden die Dollar-Zinssätze um 1/16 Prozent höher bezahlt und die Kasse-Basis bei 2,7490 abgestützt. Der Schweizer Franken fiel um 19,5 Pf auf 125,035 zurück. Der Japanische Yen zog auf 1,1845 weiter an. US-Dollar in: Amsterdam 3,0850; Brüssel 56,08; Paris 8,4010; Mailand 1669,00; Wien 1936,50; Zürich 2,1960; Ir. Pfund/DM 3,097; Pfund/Dollar 1,4353; Pfund/DM 3,941.

Ostmarkkurs am 2. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,75; Verkauf 20,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar/DM-Swapsätze wurden am 3. Januar erweitert gestellt, nachdem aus New York die Nachfrage für Dollar-Deposits zunahm.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,77/2,67	5,29/5,09
Pfund/Dollar	0,08/0,10	0,25/0,28	0,47/0,51
Pfund/DM	1,80/0,40	3,80/2,40	6,80/5,40
FF/DM	26/ 10	68/ 52	131/115

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 1.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,90–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,00 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 3. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,25 (7,41)–9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,21)–8,25 (7,49)–9,50 (7,83)–9,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99; 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Enttäuschung bei den Renten

Initiiert durch den wieder steigenden Dollar, nahm der Handel am Rentenmarkt Positionslösungen vor. Da aber andererseits der Wiederanlagebedarf für Kaufaufträge sorgte, war die Tendenz nicht einheitlich schwächer. Es kam zwar zu Kurseinbußen bis zu einem halben Punkt; in Einzelfällen wurden die Kurse aber auch bis zu 0,25 heraufgesetzt. Am Pfandbriefmarkt herrschte Enttäuschung darüber, daß der am Jahresbeginn übliche Abfluß von Material in die Kundschaft bisher noch auf sich warten läßt. Man versuchte aber die Kurse auf dem bisherigen Niveau zu halten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		3. 1.	2. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100G	100
8 dgl. 72	9/84	100,8G	100,8
8½ dgl. 76	9/84	101,05	100,95
6 dgl. 78 III	11/84	99,55G	99,65

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Zu deutlichen Abschlägen kam es am Dienstag bei den Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der der New Yorker Comex. Schwächer in allen Sichten notieren auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	3. 1.	30. 12.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	354,00	363,75
Mai	350,75	360,50
Juli	340,00	346,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	3. 1.	30. 12.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	248,65
Amber Durum	geschl.	259,35
Roggen Winnipeg (can. $/t)		

Kakao

	3. 1.	30. 12.
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2701	2753
Mai	2680	2725
Juli	2670	2710
Umsatz	6207	2495

Zucker

	3. 1.	30. 12.
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,86	8,17
Mai	8,24	8,52
Juli	8,60	8,83
Sept.	8,83	9,05

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

TENNIS / Der Fall des Guillermo Vilas oder Wie die ganze Profi-Szene ins Gerede gekommen ist

Rätselraten um 60 000 Dollar: Hat sie Ion Tiriac wirklich nicht bekommen?

H.-J. POHMANN, Bonn

Die Anhörung im Berufungsverfahren gegen Guillermo Vilas und dessen Manager Ion Tiriac fand in zwei Etappen und auf zwei Kontinenten statt. Vilas, der im Spätsommer 1983 vom „MEN's International Professional Tenniscouncil" zu 20 000 Dollar (umgerechnet rund 55 000 Mark) Strafe und einer einjährigen Sperre wegen unerlaubter Annahme von Startgeldern in Rotterdam (März 1983) verurteilt wurde, ging in die Berufung. Unter großer Anteilnahme der Tennis-Öffentlichkeit und der Medien traf man sich zur ersten Runde am 8. und 9. Dezember im Rotterdamer Hilton-Hotel, bevor in New York die letzten Zeugen vernommen wurden. Das endgültige Urteil wird in der kommenden Woche während des Masters-Turniers in New York erwartet.

Was aber das dreiköpfige Schiedsgericht mit dem ehemaligen Wimbledon-Sieger Vic Seixas, dem Turnierdirektor der US-Open, Bill Talbert, und Forest Hainline, einem Rechtsanwalt aus Detroit, aufdeckte, ist erschreckend. Auf über 2000 maschinengeschriebenen Seiten wird ein Blick in die Profi-Szene freigegeben und dabei bewiesen, in welch tiefem Sumpf sich die gesamte Branche befindet.

Daß es dabei ausgerechnet den Argentinier traf, der als erster Star wegen unerlaubter Garantieforderungen angeklagt wurde, mag ein weiteres Beispiel für die schmutzige Szene sein. Denn Vilas ist der einzige der Top-Ten, der sich nicht den Managern von McCormick und Pro-Serve angeschlossen hat. Dafür band sich der 31jährige zusammen mit seinem Manager und Freund, dem Rumänen Ion Tiriac, an Lamar Hunts WCT-Turnierserie. WCT (World Championship of Tennis) jedoch trennte sich Ende 1981 vom internationalen Grand-Prix-Circuit.

Anlaß also genug, für die dollarhungrige Meute der Manager und die eitlen Funktionäre der International Tennis Federation (ITF), nur darauf zu warten, daß sich Vilas und Tiriac einen Fehler erlauben. Der stellte sich dann im vergangenen März beim Grand-Prix-Turnier in Rotterdam ein. Da wollte der holländische Turnierdirektor Peter Bonthuis unbedingt den Vorjahressieger Vilas in seinem Teilnehmerfeld sehen. Also setzte er sich am 11. März ans Telefon und sprach mit Tiriac in dessen Pariser Wohnung. Die ersten Forderungen für einen Start waren leicht zu erfüllen. Einsatz von Vilas erst am zweiten Turniertag (15. März), Trainingsplätze zu jeder gewünschten Zeit sowie ein zusätzlicher freier Tag (17. März) für eine Pressekonferenz in Hamburg.

Doch dann kam's zur Sache, und an dieser Stelle wird es sogar kriminell. Zuerst forderte Tiriac 75 000 Dollar (ca. 200 000 Mark!) neben dem eigentlichen Preisgeld. Doch der Turnierdirektor konnte nur 60 000 Dollar offerieren, und diese Summe wurde von dem Manager des „AHOY-Sportpalastes", Cock Holkwater, Bonthuis zur Verfügung gestellt. So traf man sich am 15. März im Hotelzimmer von Ion Tiriac im Hilton-Hotel, und Bonthuis zahlte dem Rumänen laut eigener Aussage 60 000 Dollar in bar. Tiriac dementierte später jegliche Annahme von Handgeldern. Wie es aussieht, hat er auch Erfolg mit dieser Aussage, denn eine Quittung haben er und Vilas nicht unterschrieben. Dafür sorgte bereits am 14. März Wim Buitendijk, ein weiterer Mitarbeiter des AHOY-Sportpalastes. Zwar nicht mit seiner eigenen Unterschrift, sondern mit einer erwiesenermaßen gefälschten Unterschrift von Guillermo Vilas. Die Verwirrung ist komplett. Die eigentliche Frage bleibt offen: Wer hat denn nun das Geld? Den Schwarzen Peter hat zur Zeit der ehemalige Turnierdirektor Peter Bonthuis, der sich inzwischen selbständig gemacht hat. Bonthuis sprach nun von einer weiteren Zusammenkunft mit Tiriac am 28. Juli im Meridian-Hotel in Paris. Zwei Möglichkeiten seien dort besprochen worden: 1. Beide zahlen das Geld an den AHOY-Sportpalast zurück. Tiriac aber paßte, denn dies wäre einem Schuldeingeständnis gleichgekommen. 2. Bonthuis würde alle Schuld auf sich nehmen und erklären, daß er das Geld nicht an Tiriac gezahlt hat. Dafür sollte dann Tiriac fünf Jahre lang das jährliche Gehalt von rund 180 000 Mark des voraussichtlich arbeitslosen Managers bezahlen.

Für Marshall Happer, Verwalter und Aufpasser des Pro-Councils, liegt der Fall klar auf der Hand. Er erhielt, in Vertretung der AHOY-Sportpalast-Manager, einen offiziellen Brief der Stadt Rotterdam. Darin wird zugegeben, daß die Grand-Prix-Regeln durch die Garantiezahlung von 60 000 Dollar per Scheck, der auch eingelöst wurde, verletzt worden sind. Zuspruch erhielt Vilas bis jetzt vor allem von seinen Kollegen, die allesamt verdächtigt werden, regelmäßig Garantiezahlungen anzunehmen. John McEnroe sen., Anwalt in New York und Berater von Vilas und Tiriac, formulierte seine Gedanken recht deutlich. „Warum sollen die Stars keine Sonderzahlungen erhalten, wenn die Veranstalter ohnehin hohe Summen für die Werbung ausgeben?"

Für das Schiedsgericht ergeben sich nun drei Möglichkeiten: Entweder wird die Bestrafung durch das Pro-Council aufrechterhalten, und die Karriere von Vilas wäre so gut wie beendet. Oder aber die Strafe wird auf ein Mindestmaß reduziert (sofortige Starterlaubnis), und Vilas muß eine geringe Dollarsumme zahlen. Die dritte Möglichkeit scheint die wahrscheinlichste zu sein: Die Strafe wird ganz aufgehoben. Die Experten sind sich einig darüber, daß in Rotterdam gezahlt worden ist. Doch es sieht so aus, als ob Vilas und besonders Tiriac wieder einmal schlauer waren und nicht zu fassen sind. Ins Gerede gekommen ist die gesamte Profi-Szene ohnehin.

Klaus Bednarz, der neue Leiter von „Monitor"

Eine Menge Hausaufgaben


Will sich nicht in eine parteipolitische Ecke drängen lassen: Klaus Bednarz FOTO: WDR

„Es ist für mich eine sehr attraktive Lehrstelle. Ich muß erst eine Menge Hausaufgaben machen, um mich in die innenpolitische Szene reinzufinden." Klaus Bednarz erklärt dies an seinem ersten Arbeitstag als neuer Leiter des politischen Magazins „Monitor". Ja, er verhehlt nicht, daß es für ihn „ein bißchen berufliches Abenteuer ist" und daß es seinen Reiz hat, mal in die Innenpolitik zu wechseln nach 15 Jahren Auslandsarbeit. Dazu rechnet er das letzte Jahr als Leiter des Auslandsstudios (und als Tagesthemen-Moderator), wie seine Jahre als TV-Korrespondent in Moskau (1977–82) und zuvor in Warschau (1971–77) und ebenso die Zeit, da er – erst für das „Spektrum" im 3. WDR-Kanal und dann für „Titel, Thesen, Temperamente" in Frankfurt – vorwiegend über die kulturelle Szene des europäischen Auslandes berichtete.

Doch als völliges innenpolitisches Greenhorn möchte Bednarz nun auch wieder nicht gelten. Er verweist darauf, daß er Ende der 60er Jahre beim WDR im 3. Programm das politische Magazin „Zum Tage" moderiert hat. Auch als Warschau- und Moskau-Korrespondent habe er sich von der innenpolitischen Szenerie der Bundesrepublik nicht loslösen können *wie ein Mann in der Raumkapsel*. Und im Ausland habe er sie doch alle kennengelernt – die wichtigsten Akteure der deutschen Innenpolitik. Zwar fehle ihm – wie er gerne einräumt – die hautnahe Beziehung mancher alteingesessener Bonner Kollegen. Aber die Ferne habe auch Vorteile. Bednarz im Originalton: „Auf der anderen Seite ist das nicht schlecht, wenn man mit einem hoffentlich unverstellten Blick als Außenseiter und Newcomer jetzt mal in diesen Bereich geht. Man sieht vieles frischer und vielleicht naiver, anders als diejenigen, die ihr Leben lang Innenpolitik gemacht haben."

Der neue Job kam für ihn überraschend. Es war Ende November, als sich Bednarz auf einer Dienstreise in den Vereinigten Staaten und zufällig auch im WDR-Studio in New York befand. Da läutete das Telefon, an der Strippe WDR-Programmdirektor Heinz Werner Hübner, der Bednarz fragte, ob er die Nachfolge von Gerd Ruge antreten wolle. Bednarz sagte nicht nein, doch er äußerte ein paar Vorstellungen. „Ich habe dem Programmdirektor gesagt, daß er sich keinen bequemen Mann für die Stelle einkauft. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß sich die politischen Magazine totgelaufen haben. Im Gegenteil, sie müssen beim allgemeinen Rückgang der politischen Sendungen einen größeren Stellenwert haben als bisher. Ich habe dann gesagt, daß das Redaktions-Team personell aufgestockt werden und daß eine stärkere Einbindung der Auslandskorrespondenten erfolgen sollte. Der zweite Aspekt, der mir ganz wichtig erscheint, ist die Ausweitung des *Politikbegriffes auf Kulturpolitik*, Gesellschaftspolitik und noch ein stärkerer Akzent auf den außenpolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik."

Wie sieht sich Klaus Bednarz als Chef? Er blickt eine Weile zur Decke und meint dann: „Ich könnte mir vorstellen, daß ich selbst unter mir arbeiten könnte." Gerne betont er seine Distanz zu allen politischen Gruppierungen: „Ich möchte mich nicht in eine parteipolitische Ecke drängen lassen. Denn ich bin 41 Jahre meines Lebens parteilos gewesen, und ich habe vor, es zu bleiben. Ich bin auch kein Nahesteher. Ich stehe höchstens verschiedenen Parteien verschieden fern. Ich habe das Problem gehabt: Als ich in der Sowjetunion war, sollte ich wegen antisozialistischer Berichterstattung ausgewiesen werden. Als ich hierher zurückkam und Tagesthemen moderierte, gab es einige, die mir bezahlte Propaganda für Moskau vorwarfen."

Wird er wohl auch mit „Monitor" anecken? Bednarz antwortet schnell: „Ein Magazin, das nicht irgendwann irgendwo aneckt, hat keine Existenzberechtigung." Und auf die Frage, wie lange er das Magazin leiten wolle, meint er im Hinblick auf die zwei Jahre seines Vorgängers und die 17 Jahre des Vorvorgängers: „Ich hoffe, nicht so kurz wie Ruge und nicht so lange wie Casdorff. Sicherlich nicht bis zur Pensionsgrenze."

GISELHER SCHMIDT

SPORT-NACHRICHTEN

Fünfter Sieg für UdSSR

Winnipeg (sid) – Bei der fünften von insgesamt zehn Begegnungen der beiden Eishockey-Rekordweltmeister UdSSR und Kanada kam der amtierende Titelträger UdSSR in Winnipeg mit einem 7:6 (1:3, 3:0, 3:3) zum fünften Sieg.

Bunges Comeback mißlang

Düsseldorf (sid) – Nach einer sechsmonatigen Pause begann das neue Jahr für Bettina Bunge, Ranglisten-Zweite des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), mit einer Niederlage. Beim Turnier in Washington verlor Bettina Bunge in der ersten Runde gegen die Amerikanerin Bonnie Gadusek mit 1:6, 4:6.

Boxer gestorben

Mailand (dpa) – Der 25 Jahre alte Leichtgewichtsboxer Salvatore La Serra aus San Ferdinando di Puglia ist Montag nacht in Mailand nach 23 Tagen Koma gestorben. La Serra war am 10. Dezember 1983 nach seinem Punktsieg im Halbfinale um den italienischen Titel gegen Maurizio Lupino im Ring zusammengebrochen.

Drei Bobs vorgeschlagen

München (dpa) – Der Deutsche Bob-Schlittensport-Verband (DBSV) hat dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) mit Anton Fischer, Klaus Kopp und Andreas Weikenstorfer drei Piloten und ihre Mannschaften für die Olympischen Spiele in Sarajevo vorgeschlagen. Diese Bobs hatten die gestellte Olympia-Norm erfüllt.

Leichte Besserung

Salzburg (sid) – Der Gesundheitszustand der ungarischen Skiläuferin Csilla Apjok hat sich nach Auskunft der behandelnden Ärzte in der neurochirurgischen Klinik von Salzburg leicht gebessert, ist aber dennoch weiterhin sehr ernst. Seit ihrem Sturz beim Training zur Weltcup-Abfahrt in Haus am 21. Dezember 1983 ist die 17 Jahre alte Läuferin aus Budapest ohne Bewußtsein.

Neuer Trainer für Essen

Essen (dpa) – Neuer Trainer des Fußball-Zweitligaklubs Rot-Weiß Essen wurde der Sportlehrer Burkhard Schacht. Er löst damit Janos Bedl ab, der künftig nur noch als Manager in Essen tätig sein wird.

Rudolf hört auf

Darmstadt (sid) – Dieter Rudolf, Torwart des Fußball-Zweitligaklubs Darmstadt 98, wird seine Karriere im Sommer beenden. Der Elektroingenieur, seit elf Jahren in Darmstadt, stieg bei der Hessischen Elektrizitäts AG zum Abteilungsleiter für Nachrichten- und Steueranlagen auf und hat jetzt nur noch wenig Zeit für den Profi-Fußball.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Junioren-Weltmeisterschaft in Schweden, sechster Spieltag: Deutschland – USA 2:10, Kanada – UdSSR 3:3, Schweiz – Finnland 4:12, Schweden – CSSR 2:5.

RADSPORT

Internationales Amateur-Querfeldeinrennen in Hamm/Luxemburg, 30,6 km: 1. Dietzen (Deutschland) 1:10:12 Std., 2. Drucker 1:11:04, 3. Wirth (beide Luxemburg) 1:11:22.

32. Kölner Sechstagerennen (1697,2 km): 1. Kristen/Pijnen (Köln/Holland) 491 Punkte, eine Rd. zur. 2. Schütz/Dill-Bundi (Dortmund/Schweiz) 611, 3. Thurau/Fritz (Frankfurt/Bremen) 374, sieben Rd. zur.: Braun/Frank (Neustadt/Dänemark) 485.

FUSSBALL

Erste englische Division, 22. Spieltag: Birmingham – Everton 0:2, Liverpool – Manchester United 1:1, Luton – Nottingham 2:3, Norwich – Arsenal 1:1, Notts – West Ham 2:2, Queens Park – Wolverhampton 2:1, Southampton – Aston 2:2, Stoke – Leicester 0:1, Tottenham – Watford 2:3, Bromwich – Ipswich 2:1, Coventry – Sunderland 2:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 37:17 Tore/45 Punkte, 2. Manchester United 40:24/42, 3. West Ham 37:21/40, 4. Nottingham 41:29/39.

SKI NORDISCH

Nacht-Langlauf unter Flutlicht in Fischen/Allgäu, Herren (8 km): 1. Dotzler (Deutschland) 20:33,3, 2. Eriksen 20:50,8, 3. Hagen (beide Norwegen) 20:57,4, 4. Behle (Deutschland) 21:01,2. – Damen (5 km): Aönning (Norwegen) 15:19,2, 2. Buhl 16:17,3, 3. Wilke (beide Deutschland) 16:18,1.

VOLLEYBALL

Vier-Länder-Turnier in Hagen, Herren: Kuba – Deutschland 3:0. – **Damen:** Deutschland – Holland 3:1.

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Schwabing – Medvescak Zagreb 23:18.

TENNIS

Turnier in Washington (150 000 Dollar), Damen, erste Runde: Gadusek (USA) – Bunge (Deutschland) 6:1, 6:4, Vermaak (Südafrika) – Leand (USA) 6:4, 3:6, 6:1, Schäfer (USA) – Jolissaint (Schweiz) 6:4, 6:3.

Turnier in Adelaide/Australien (75 000 Dollar), Herren, Finale: Bauer (USA) – Mecir (CSSR) 4:6, 6:4, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 755 755, 2. 111 963,70, 3. 4657,90, 4. 86,50, 5. 7,40. – **Toto,** Elferwette: Klasse 1: 3049,90, 2. 137,70, 3. 13,40. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 238 979,75, 2: 40 188,10, 3: 6763,50, 4: 110,80, 5: 8,30. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 8, 2: 2,80. – Rennen B: 532,70, 2: 76,10. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 45 629,60. (Ohne Gewähr).

STAND●PUNKT / *Absahner*

Offenbar gibt es nichts, aber auch gar nichts, was die früheren Fußball-Profis hierzulande umsonst machen. Alles hat seinen Preis, für jeden und zu jeder Zeit – egal, ob er noch etwas kann, allein der Name zählt. Wem es Spaß macht, der kann ja einmal seinen Stundenlohn mit dem von Paul Breitner vergleichen. 6000 für eine Stunde oder 10 000 Mark für 100 Minuten Hallenfußball erhält der frühere Nationalspieler vom FC Basel, um das Schweizer Hallenturnier aufzuwerten.

Das ist ja wunderschön. Seit Wochen sitzt Paul Breitner zu Hause herum, lebt genüßlich in den Tag hinein, tut Dinge, die ihm Spaß machen. Wie jetzt etwa das Skilaufen in Österreich. Bestimmt hat er sich das alles verdient, also sei's ihm auch gegönnt. Nicht zuletzt hat Breitner auch dem Zuschauer seinen jetzigen Lebensstil zu verdanken, der sein Spiel sehen wollte und Geld in die Vereinskasse brachte, aus der Breitner bezahlt wurde. Niemand nahm es ihm übel, daß er als Profi so viel Geld mitnahm wie er kriegen konnte. Nun ist er aber kein Profi mehr. Und deshalb ist es Betrug am Zuschauer, wenn sich ein untrainierter Breitner in der Halle hinstellt, den Ball über wenige Meter befördert, dafür aber viel Geld kassiert. Schlimm genug, daß es Präsidenten gibt, die glauben, Attraktivität durch frühere Stars erkaufen zu können. Als Spieler legte Breitner stets so viel Wert auf seine Profi-Einstellung – jetzt in Basel sahnt er einfach nur ab.

DW.

SCHACH / Mäzen kann nicht mehr zahlen

Frankfurt will sich aus der Bundesliga zurückziehen

Nea. **Frankfurt**

In der Bundesliga wirft der Deutsche Fußball-Bund (DFB) ein Auge auch auf das Finanzgebaren der Vereine. Im Schach muß jetzt ähnliches in Erwägung gezogen werden. Mitten in der Saison will nämlich ein Verein nicht nur aussteigen, sondern sich sogar vollständig auflösen, um allen finanziellen Konsequenzen zu entgehen.

Jahrelang hing der Schach-Club Königsspringer Frankfurt an einem einzigen Sponsor, dem 74jährigen Kaufmann Kurt Hechinger. In der Bundesliga spielt Frankfurt – dank der Verpflichtung zum Teil ausländischer Großmeister – stets an der Spitze mit. Die zweite Mannschaft der Königsspringer schaffte den Aufstieg in die 2. Bundesliga, die dritte Mannschaft spielt in der hessischen Oberliga.

Nun ist Hechinger seit Monaten krank. Schon im Herbst wurde über wirtschaftliche Schwierigkeiten gemunkelt. Die halbe 1. Mannschaft, darunter der holländische Weltklassespieler Sosonko, wanderte ab. Insider rechneten bereits mit einem völligen Verzicht der Frankfurter.

Um so erstaunter war man, als Hechinger bei Saisonstart wieder mit neuen Cracks zur Stelle war, zum Beispiel dem jugoslawischen Großmeister *Ivkov und dem begabten jungen* Engländer Flear. Zwar langte es nach fünf Runden in der Bundesliga bisher nicht zu einem Spitzenplatz unter den 16 Vereinen. Aber jeder*mann glaubte doch,* die *wirtschaftlichen* Probleme seien gelöst.

Zwischen Weihnachten und Neujahr erreichte den Sportdirektor des Deutschen Schachbundes, Helmut Nöttiger (Bielefeld), dann ein Eilbrief aus Frankfurt mit verblüffendem Inhalt: Der Vorstand des SC Königsspringer habe mit Mehrheit beschlossen, den ganzen Verein mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Mit diesem Radikalmanöver wollte man offenbar verhindern, daß die ausstehenden Verpflichtungen (Spielerhonorare, Kosten an den DSB etc.) auf den Verein und seine Mitglieder zurückfallen, nachdem der Sponsor nicht mehr zahlungsfähig ist. Aber ein Vorstand kann einen Verein allein nicht auflösen. Die Mitglieder sind bisher noch nicht einmal zu der notwendig gewordenen Versammlung einberufen worden.

Schon regt sich Widerstand bei den Königsspringer-Mannschaften: Sie wollen notfalls auf eigene Kosten weitermachen. Und auch der DSB ist keinesfalls bereit, den aufgelösten Verein aus seinen finanziellen Verpflichtungen zu entlassen.

Daß in der Schach-Bundesliga mit ihren zahlreichen ausländischen Starts (zum Teil mit Honoraren bis zu 1000 Mark pro Partie) Klubs von nur einem Sponsor abhängen, ist durchaus nichts Ungewöhnliches. Nur die finanziellen Unterschiede sind horrend. In Frankfurt schätzt man den Etat der Bundesligamannschaft auf 50 000 Mark. In Solingen dürfte er mehr als doppelt so hoch sein. Andere Vereine müssen mit 10 000 Mark auskommen. Da kommt es vor, daß die Spieler selbst Geld mitbringen, in ihren eigenen Wagen reisen oder (wie im Fall des inzwischen wieder abgestiegenen Hamburger Klubs Johanneum) zu Saisonbeginn sogar eine Garantiesumme hinterlegen müssen.

Ende Januar kommen die Bundesliga-Präsidenten zu einer Sitzung zusammen. Das Thema Finanzgebaren wird auf der Tagesordnung stehen. DSB-Präsident Heinz Hohlfeld: „Bisher haben wir es immer vermieden, uns damit zu befassen. Es könnte sein, daß es jetzt nötig wird."

EISSCHNELLAUF

Schneller als zehn Männer

dpa, **Innsbruck**

Mit Miriam Heruth aus Berlin und der Münchnerin Angelika Hassmann deklassierten zwei deutsche 3000-m-Läuferinnen am letzten Tag der Internationalen Drei-Bahnen-Tournee der Eisschnelläufer in Innsbruck die gesamte Konkurrenz. Beide hoffen jetzt auf die Olympia-Teilnahme für Sarajevo. Im direkten Duell liefen sie bei stürmischen Winden gegeneinander 4:49,0 und 4:49,5 – und waren damit schneller als zehn der 27 Männer.

Jetzt ist in der Deutschen Eisschnellauf-Gemeinschaft (DESG) und im Bundesausschuß Leistungssport (BAL) guter Rat teuer: Werden die beiden und Fritz Gawenus, in Innsbruck bester deutscher 1000-m-Läufer, für Sarajevo noch nominiert? Dann würde die DESG-Olympiamannschaft vier Läuferinnen und sieben Läufer umfassen. Vierkämpfer Wolfgang Scharf drückte aus, was alle dachten: „Wenn man die eine nominiert, muß man auch die andere akzeptieren." Dr. Krüger vom BAL gab sich diplomatisch: „Wir müssen uns noch einmal zusammensetzen und alles gründlich überdenken. Sicher ist, der Eisschnellauf hat hierzulande große Fortschritte gemacht."

MOTORSPORT

Bombenalarm bei Rallye

sid, **Athen**

Ein Bombenalarm im französischen Mittelmeerhafen Sète, von dem aus die 397 Teilnehmer-Fahrzeuge der Rallye Paris–Dakar und ihre Servicewagen mit drei Fähren nach Algier verschifft wurden, hat den Ablauf des 11 000 km langen Wettbewerbs zum zweiten Mal erheblich verzögert. Die Schiffe konnten erst mit mehrstündiger Verspätung in See stechen. Das erste Motorrad startete deshalb gestern erst um 13 Uhr und nicht wie vorgesehen um 6 Uhr aus der algerischen Hauptstadt. Bereits auf der Anfahrt nach Sète hatte es wegen Nebels im Zentralmassiv Verzögerungen gegeben.

Zur Einstimmung auf die Sahara-Durchquerung fahren die etwa 800 Teilnehmer, darunter der in Monaco lebende Bad Dürkheimer Jochen Mass (Mercedes), Vorjahressieger Jacky Ickx (Belgien/Porsche) und der Franzose Jean-Pierre Jabouille (Lada), drei ehemalige Formel-1-Fahrer, eine 925 km lange Asphaltetappe nach El Golea. Heute, auf dem dritten Teilstück nach In Salah, steht die erste Sonderprüfung auf dem Programm. Die Rallye endet am 20. Januar.

KRITIK

Als James Bonds sehen sie sich nicht

Zum Auftakt der neuen Sendereihe „Reportage am Montag" nahm sich das ZDF Deutschlands renommierteste Antiterroreinheit, die GSG 9, vor: Eindrucksvolle Szenen über die Mogadischu-Truppe des Bundesgrenzschutzes, die in dieser Dichte und Länge bislang noch nicht zu sehen waren – wenngleich die ARD mit Dagobert Lindlau schon lange vor dem ZDF bei der Spezialeinheit war und so manches „Exklusive" eingefangen hatte.

Im ganzen: Ein Action-Film aus Sankt Augustin, wo die GSG 9 stationiert ist und damit werbewirksam für ein breites Fernsehpublikum. Besonders aufschlußreich die Antworten der GSG-9-Männer auf die Frage nach ihren Motiven, in dieser Truppe zu dienen. Keine James Bonds, keine Elite wollten sie sein – nur etwas besser als andere und somit ein selbstbewußter, besonders ausgebildeter Kreis. Das vor allem prägnant herausgestellt zu haben, war das Verdienst des Films. Das Drehbuch für den Einsatz der GSG 9 schreibe die Realität, hieß es im Kommentar. Sicherlich eine treffende Behauptung, doch die grundsätzliche Bedeutung der GSG 9 als Antwort auf Terror und Gewalt kam als ganzes etwas zu kurz – Aktion war Trumpf.

Und noch etwas: Was mag die Autoren dieser ansonsten gelungenen Reportage eigentlich bewogen haben, dem Gründer der GSG 9 und heutigen Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, Ulrich K. Wegener, nur einen Satz und ein Standbild zu widmen? Das grenzte schlichtweg an Geschichtsklitterung, denn immerhin stand Wegener acht Jahre lang an der Spitze der Truppe.

ROLF TOPHOVEN

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
10.35 August der Starke
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Festival
Preisgekrönte Industriefilme 1983
16.55 ... um 100stel Sekunden
Training, Freundschaft, Skirennen
Zweiteiliger Spielfilm
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Endstation Malibu
TV-Film nach dem Theaterstück „The Shadow Box" von Michael *Cristofer*
Mit Joanne Woodward, Christopher Plummer u. a.
Regie: Paul Newman
Es ist gleich, wann man stirbt, wenn man nie richtig gelebt hat. Deshalb sollte jeder sein Leben prüfen. Jetzt. Es leben. Jeder Augenblick zählt. Jetzt. Bevor es zu spät ist. – Das ist die wichtigste Botschaft dieses schmerzlichen, menschlichen, hoffnungsvollen Films.
21.45 Das Millionending
Politik und Kapital: Der Fall Flick
Zum Auftakt der aktuellen ARD-Sendereihe „Brennpunkt" will der WDR die Hintergründe und das politische Umfeld dieses Millionenhandels zusammenfassend darstellen. Dazu gehören Kurzporträts der betroffenen Konzerne, Interviews mit Beteiligten, Stellungnahmen von Kritikern und der Versuch einer politischen Wertung dieses in der Geschichte der Bun*desrepublik bisher einmaligen* Falles.
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Der neue Mann
Mit Tom Adams u. a.
Regie: *Gilchrist Calder* (Wh. v. 1981)
Chief Inspector Nick Lewis leitet das „Prisoners Property Office" in London. Dort werden nicht nur persönliche Besitzgegenstände von Strafgefangenen aufbewahrt, *sondern auch Beweismaterial und* Ermittlungsakten von zahlreichen ungelösten Kriminalfällen. Solchen Fällen geht Lewis nach.
23.45 Tagesschau

ZDF

13.30 Sport aktuell – aus Innsbruck
Internationale Vierschanzen-Tournee
Drittes Springen
15.35 heute
15.40 Charlie Brown
16.04 Rappelkiste
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Wiederholung von 26 Folgen
1. Der neue Trainer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Reinhard Mey und La Compagnia Creole
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
6. Rebellion in Carson Hill
19.00 heute
19.30 Vorsicht – Musik!
Hits mit Witz und Frank Zander
20.15 Kennzeichen D
Themen: „DDR" 2000 – In der „DDR" wagt der Wissenschaftler Erich Hanke eine optimistische Zukunftsprognose über das Jahr 2000 hinaus durch die marxistisch-leninistische Brille / Ohne Obdach im „goldenen Westen" – Manche der durch die „besonderen Bemühungen" der Bundesregierung freigekauften ehemaligen politi*schen Häftlinge aus der „DDR" sind heute* Nichtseßhafte in der Bundesrepublik / Städte als Staatssparkasse – die Zahl der Sozialhilfeempfänger nimmt durch die Bonner Sparbeschlüsse zu. Was Bonn für die Bundeskasse spart, *belastet zunehmend die* Stadtsäckel der Kommunen / Nach dem tragischen Tod von sechs Ausländern in Berlin: Was heißt Abschiebehaft?
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Der Denver-Clan
Die Entführung
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Songs und Lieder mit Angelo Branduardi
22.40 Das kleine Fernsehspiel
Variety
Mit Sandy McLeod, Will Patton, Richard Davidson u. a.
Regie: B. Gordon
00.15 heute


Joanne Woodward und Christopher Plummer spielen ein kultiviertes, inzwischen geschiedenes Ehepaar in dem Fernsehfilm „Malibu", um 20.15 Uhr in der ARD FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
21.45 Hobbythek
Wohnkultur als Miniatur: Puppenstuben
22.30 Vergiß Venedig
Ital. Spielfilm, 1979
Regie: Franco Brusati
00.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Wo Fische Schlange stehen
19.15 Antiquitäten in Serie
Kostbare Lampen von Louis C. Tiffany
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Anschl. Nachrichtentelegramm
21.00 Front in Eis und Fels (1)
Der Alpenkrieg 1915–1917
21.45 Der Film-Club
Sieben Tage im Mai
US-Spielfilm, 1964
23.40 Nachrichtentelegramm

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Eine Klassenreise (1)
19.15 Zwischen Zwiebel und Zwiefel
Das Ei
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Trend '84
Hessens Wirtschaft im neuen Jahr
21.30 Drei aktuell und Sport am Mittwoch
22.00 Das Kind Helen Keller
US-Fernsehfilm

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I
Englisch (8)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Galerie des Jahres
750 Jahre Ellwangen
20.15 Galerie des Jahres
Olaf Gulbransson
21.00 Der große Grieche
Amerik. Spielfilm, 1977
22.40 Galerie des Jahres
Gottfried Silbermann und seine Orgeln
23.10 Bachwerke auf Silbermann-Orgeln
23.20 Aus der Dresdner Kathedrale

BAYERN

18.00 Meine Lieblingsgeschichte
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Die Magier sind unter uns
Peter Lodynski und Chris Lohner
19.45 Heiße Ware „Swing"
20.45 Münchener Maler
Franz von Lenbach
21.30 Rundschau
21.45 Der steinige Weg zur Downing Street 10
22.45 Z. E. N.
22.50 Max Seidel
23.35 Rundschau

Wie gut, daß keiner weiß …

C. A. – Mit Entscheidungen tat sich schwer, wer immer in der deutschen Politik die Weichen für Großprojekte stellen sollte. Das Zögern kostete den deutschen Steuerzahler in manchen Fällen Milliarden; der schnelle Brüter in Kalkar ist dafür ein Beispiel. Zukunftsprojekte bergen nun einmal ein Risiko, aber auch die Chance, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Nun läßt sich sicher trefflich darüber streiten, ob dieses oder jenes Programm die Steuergroschen rechtfertigt. Die politische Entscheidung, die sich im nachhinein als falsch erweist oder durch die Entwicklung überholt wird, ist immerhin besser als das Herumkurieren an den Symptomen vergangener Fehler.

Den Politikern jedenfalls, steht ein umfangreiches Instrumentarium an Entscheidungshilfen zur Verfügung. Die Planungsabteilung im Bundeskanzleramt beispielsweise kann auf den Sachverstand der Fachministerien zurückgreifen, Wissenschaftler ihres politischen Vertrauens befragen – die Verantwortung wird den Regierenden trotzdem niemand abnehmen. Deshalb ist es gar zu billig, wenn sie sich hinterher auf den „Druck der Medien" oder einer angeblich mächtigen" „Lobby", herauszureden versuchen. Doch das geschieht morgen im ZDF um 22.05 Uhr in der Sendung „Wenn das die Leute wüßten".

Der Autor zeigt da mit dem Finger auf alle die Schuldigen, die Fehlentscheidungen trafen, für die wir alle teuer zahlen müssen. Daß *der Autor sachkundig ist, steht außer* Frage. Er heißt Albrecht Müller und war – Leiter der Planungsabteilung unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, als die milliardenschweren Entscheidungen für die jetzt von ihm attackierten Großprojekte fielen.

„Ach, wie gut, daß niemand weiß …", singt ein kleines, gieriges Männchen bei den Brüdern Grimm. Aber zum Schluß weiß doch jeder, daß es Rumpelstilzchen heißt.

M. Sladeks „Carmen"

Ein Fieber wird zur Pantomime

Auf japanisch klingt sie etwas ungewohnt, die Habanera aus Bizets „Carmen". Die zierliche Chieko Schäffer-Ikeda wird denn auch, kaum daß sie den letzten Ton gesungen hat, von der Bühne gejagt – sozusagen von sich selbst, denn, so verrät das Programmheft, sie war nur „irrtümlich" Carmen. Die echte ist zwar nicht schöner, auf jeden Fall aber kräftiger und behaarter. Kunststück: Milan Sladek hat sich vom Carmen-Fieber anstecken und es sich nicht nehmen lassen, selbst in die Rolle der sinnlichen Zigeunerin zu schlüpfen. Daß Don José sich in sie verliebt, ist eigentlich nur der Tatsache zuzuschreiben, daß er anmutig ist wie eine Frau (Stéphanie Schmidt).

Ein doppelbödiger Spaß mit Masken und Identitäten ist diese Carmen in der Bearbeitung von Sladek und Isidoro Fernandez, die vollmundig, aber nicht ohne Ironie, als Welturaufführung vom Kölner „Theater Kefka" angekündigt wurde. Eine frech-respektlose Revue ist daraus geworden, die mit den Klischees um die Figur genauso spielt wie mit den Erwartungen des Publikums, das immer wieder selbst eingreift: Sladek hat eine Statistengruppe engagiert, die auf der Bühne herumwuselt, einmal als Zuschauer beim Stierkampf, einmal als Besucher in der Zigarettenfabrik in Sevilla, in der sich Carmen mit ihren Kolleginnen prügelt.

Schließlich sorgt diese buntgemischte Truppe sogar für das „richtige" Ende: Als Don José seiner Carmen zum Schluß die Wahl läßt zwischen Dolch und Hochzeitsschleier, entschließt sich die herbe Schönheit für das Tüllgewebe. Aber da hat sie die Rechnung ohne das Publikum gemacht, das genau weiß, wie die untreue Carmen zu enden hat. So stirbt der/die Ärmste gleich mit einem halben Dutzend Messern im Leib, die ihr die aufgebrachte Menge in den muskulösen Körper steckt.

Sladek scheut diesmal weder Klamauk noch Klamotte, weder Derbheiten noch Banalitäten. Da wartet z. B. Micaela (sehr intensiv: die junge Eva *Schmitz* aus dem Ensemble) eines menschlichen Bedürfnisses wegen vor dem Herzhäuschen – und schließlich kommt „E. T." heraus. Witziger ist da schon Sladeks Einfall, aus dem Spiel herauszufallen und in die Kulisse zu rufen, er sei noch nicht fertig, worauf die *Mimen die gleiche* Szene zweimal wiederholen. Ein brillantes Kabinettstückchen liefern Isidoro Fernandez und Frank Meyer, die synchron vor einem „Spiegel" agieren – bis es dem einen zu bunt wird und er aus dem Rahmen steigt, um nachzusehen, was vorne eigentlich passiert. Das sind Höhepunkte eines Abends, an dem schenkelklatschendes Gelächter Trumpf ist.

Leise Töne sucht man in dieser „Carmen" vergebens. Aber die würden ja auch schlecht in Kölns Karnevalszeit passen. RAINER NOLDEN

In Slowenien geht der Geist Edvard Kocbeks um

Weißgardisten oder Kulturavantgarde?

Nicht nur Bücher, auch Zeitschriften haben ihre Schicksale, besonders in kommunistisch regierten Ländern und zumal dann, wenn es sich um Publikationen handelt, die sich mehr oder weniger deutlich von der Parteilinie distanzieren. In der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien ist jetzt auf diese Weise eine große Affäre um die Laibacher Zeitschrift „Nova Revija" (Neue Revue) entstanden.

Es begann damit, daß der Altkommunist und parteinahe kommunistische „Literaturpapst" Sloweniens, Josip Vidmar, in einem Interview für die Belgrader Parteizeitung „Borba" heftige Angriffe gegen Redakteure und Mitarbeiter der „Nova Revija" richtete. Die Zeitschrift, so Vidmar, versammle um sich alle jene Intellektuellen in Slowenien, die in „scharfer Opposition" zur KP und zu den Führungsgremien des Landes stünden. Der slowenischen KP warf Vidmar vor, „übertriebene Toleranz" gegenüber dieser Zeitschrift an den Tag zu legen.

Der denunziatorische Angriff Vidmars richtete sich gegen ein Kulturorgan von hohem Niveau. „Nova Revija" ist ein Monatsjournal. Bisher sind 18 Hefte erschienen. Gründer und Herausgeber ist die „Cankarjeva Zalozba", einer der angesehensten Literaturverlage slowenischer Sprache. Die Gründung der „Nova Revija" im Jahre 1982 geht auf eine Peti*tion zahlreicher slowenischer Intel*lektueller zurück, die eine unabhängige, freie periodische Publikation für das Geistesleben der nordwestlichen „kleinen, aber feinen" Teilrepublik Jugoslawiens verlangte. Mitja Ribicic, der spätere jugoslawische KP-Chef, damals Landesvorsitzender des „Sozialistischen Bundes" (Volksfront) in Slowenien, kam diesem Wunsch nach einigem Zögern entgegen. Hintergedanke war offenbar, den unruhiger werdenden slowenischen Intellektuellen ein literarisches und „nationales" Ventil zu schaffen.

Unter der Chefredaktion von Tine Hribar versammelten sich alsbald kritische slowenische Künstler und Schriftsteller der jüngeren und mittleren Generation, von denen einige bereits in der Vergangenheit Kollisionen mit der Partei erlebt hatten. Um so größer war die Aufregung nach dem Angriff Vidmars. Die Redakteure wollten die Beschuldigungen nicht auf sich sitzenlassen. In einer „Antwort an Vidmar" durchleuchteten sie dessen Vergangenheit. Er habe 1952 die „Hetze" gegen seinen ehemaligen *Partisanenkameraden Edvard Kocbek* angeführt – den bedeutenden, von Romano Guardini und dem französischen Personalismus geprägten linkskatholischen Dichter und Philosophen. Kocbek, dessen Lyrik und Prosa zu den hervorragendsten Werken slowenischer Sprache in diesem Jahrhundert zählen, wurde daraufhin auf Jahre zu einer Art Staatsfeind erklärt und mit Publikationsverbot belegt. Bis zu seinem Tode wurde er die Verfemung durch die Kommunisten nicht mehr los.

Für Vidmar, so heißt es weiter, seien *Begriffe* wie Selbstverwaltung und Pluralismus etwas völlig Fremdes. Allenfalls benutze er diese Worte als „Fassade" für die Einparteienherrschaft der Kommunisten. Dann kommt die Redaktion auf den Zweiten Weltkrieg und die Zeit des Partisanenkampfes in Slowenien zu sprechen. Die „Befreiungsfront", in welcher der Partisanenkrieg gegen die deutsche Okkupation organisiert wurde, habe damals „pluralistischen" Charakter gehabt. Dieser Pluralismus sei aber später von den Kommunisten zerstört worden. In dieser pluralistischen Phase des Partisanenkampfes aber habe eben jener Edvard Kocbek als Vertreter katholischer Kreise eine Schlüsselrolle gespielt, bis er und andere Nicht-Kommunisten von der KP brutal ausgeschaltet wurden. Die Verteidigung Kocbeks und der „ursprünglichen" (also pluralistischen) Prinzipien der seinerzeitigen Befreiungsfront gehörten zum Redaktionsprogramm der Zeitschrift, wird in der Antwort erklärt. Die Positionen Vidmars aber seien „reaktionär". Sein Standpunkt decke sich mit gewissen Bestrebungen, Jugoslawien gegenüber der Außenwelt „abzuschließen" und die freie Einfuhr von ausländischen Büchern und Zeitschriften zu verbieten.

In der nächsten Phase der Auseinandersetzung wurde der Ton der Angriffe auf die „Nova Revija" noch schärfer. Joze Javorsek, langjähriger Sekretär Vidmars, beschuldigte in der Laibacher Zeitung „Dnevnik" die Redakteure und Mitarbeiter der „Nova Revija", sie seien „Rechte" und bedienten sich „*faschistischer* Methoden", weil sie alle jene, die mit ihnen nicht einer Meinung seien, als „Halbintellektuelle, Karrieristen, Reaktionäre, Stalinisten und Paranoiker" abtäten. Die Methoden der „Nova Revija" deckten sich vollkommen mit jenen bekannter „rechtsstehender" Zeitschriften des Westens, besonders in Deutschland und Italien vor dem Zweiten Weltkrieg. Javorsek bringt dann die slowenische Zeitschrift überhaupt mit einer angeblichen „Offensive der Rechten" in Westeuropa in Verbindung. Gegenüber Vidmar verhalte sich „Nova Revija" ebenso wie seinerzeit die slowenischen „Weißgardisten".

Das Zitieren der „Weißgardisten" – der schärfsten Bürgerkriegsgegner der Kommunisten – ist in diesem Zusammenhang von ominösem Interesse. Weiter erklärt Javorsek, mit ihrem Bekenntnis zu Kocbek und dem „Kocbekismus" hätten die Redakteure der „Nova Revija" die Maske fallen lassen. Javorsek beschuldigt die Zeitschrift sogar, insgeheim einen neuen Bürgerkrieg in Slowe*nien herbeizuwünschen: „Wollen Sie* etwa, daß sich in Slowenien die Tragödie der spanischen Revolution oder die heutige Tragödie der Palästinenser wiederhole? Oder tut es Ihnen leid, daß wir uns nicht im Pluralismus veralteter westlicher Modelle wiedergefunden haben, gegen den heute alle Strömungen der fortschrittlichen westeuropäischen politischen Avantgarde kämpfen?"

Mit dieser letzten Frage allerdings hat Javorsek gezeigt, worum es bei den Attacken gegen „Nova Revija" wirklich geht: um die Furcht gewisser kommunistischer Kreise vor dem „westlichen" Pluralismus im eigenen Land.

CARL GUSTAF STRÖHM

Jerusalem: Zwei Ausstellungen im Israel-Museum

Engel auf Glanzpapier

Der Ruth-Flügel im Israel-Museum in Jerusalem ist vor allem ein Anziehungspunkt für Kinder und Jugendliche. Aber die beiden Ausstellungen, die gegenwärtig – und noch bis zum Sommer – zu sehen sind, locken auch Erwachsene an. Es sind zwei recht unterschiedliche Sujets. „Glanzbilder" heißt die eine. Das ist ein hübsches und umfangreiches *Sammelsurium aus aller Welt. Es* veranschaulicht die Geschichte und die Bedeutung des Glanzbildes, seitdem es zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland zum ersten Mal gedruckt wurde.

Neben den bekanntesten Motiven – Tiere, *Gestalten aus Märchen und* Sagen, technisch-wissenschaftliche Abbildungen und Glückwünsche – sind auch Porträts historischer Persönlichkeiten und kleine Andachtsbilder darunter. Und nicht zu vergessen: die beiden Engel vom unteren Bildrand der „Sixtinischen Madonna", die auch auf den Glanzbildern versonnen in die Wolken schauen.

Selbstverständlich fehlen auch jüdische Motive nicht. So sind beispielsweise Szenen aus dem jüdischen Familienleben in Deutschland auf Bestellungen aus New York gedruckt worden. Sie zeigen häusliche Szenen in einem naiven, aber doch realistischen Stil.

Die zweite Ausstellung ist dem Lebenswerk von Tom Seidmann-Freud – der Nichte von Sigmund Freud – gewidmet. Sie schrieb und illustrierte 14 Kinderbücher, die sie manchmal mit originellen „Manipulier"-Spielen versah, die der junge Leser durch Falten, Drehen, Auf- und Zuklappen usw. bewegen konnte. Tom kam in *Wien 1892 als Martha Gertrude Freud* zur Welt. Die Familie zog bald nach ihrer Geburt nach Berlin. Mit 15 Jahren gab sie sich den Vornamen Tom. In diesem Alter begann sie auch zu schreiben und Bücher mit ihren Zeichnungen zu illustrieren (damals noch im Jugendstil). 1918 wurde ihr Werk „Das neue Bilderbuch" in München als das „schönste in Deutschland erschienene Buch" ausgezeichnet. Erst 38jährig starb sie 1930.

Ihre Kinderbücher (z. B. „Das Zauberboot" und „Das Wunderhaus") waren außerordentlich beliebt. Aber sie schuf auch Zeichnungen zu den Geschichten bekannter Erzähler und illustrierte die hebräischen Texte von *Chaim Nachman Bialik*, die Toms Mann, der Verleger Janken Seidmann, in Berlin herausgab. Durch das Dritte Reich gerieten Tom Seidmann-Freud und ihre Bücher in Vergessenheit. Deshalb sind sie heute sehr selten.

Das Israel-Museum verdankt diese Ausstellung Toms und Jankews Tochter, die heute in Israel lebt. Außer den gedruckten Büchern und Zeichnungen stellte sie auch unveröffentlichte Zeichnungen und Skizzen sowie zwei Original-Bücher mit Toms Handzeichnungen zur Verfügung. Außerdem wurden Toms pädagogische Spiele ins Großformat übersetzt, damit die Besucher – jung und alt – diese hübschen Ideen ausprobieren können. (Zur Ausstellung gibt das Israel-Museum die „Kleinen Märchen" von 1922 nach Grimm und Andersen, umgeschrieben und illustriert von Tom, ins Hebräische übersetzt von Ch. N. Bialik, neu heraus. Die Kataloge zu beiden Ausstellungen sind noch in Vorbereitung.)

ILANA BRÜNELL



Ein Dichter wird nicht wiederentdeckt: Szene aus Max Herrmann-Neisses „Laube am Fluß" mit (v. l.) Christiane Leuchtmann, Hansi Jochmann, Anita Mickl und Helmut Zhuber, aus der Berliner Aufführung FOTO: BINDER/THIELE

Berlin: Max Herrmann-Neisses „Die Laube der Seligen" am Schiller-Theater

Verkorkste Liebende und eine Leiche

An dem Hause des unteren Kurfürstendamms, in dem er bis zu seiner Vertreibung aus Deutschland lebte, hängt eine Gedenktafel für Max Herrmann-Neisse. Sie hängt so hoch, daß nur wenige sie bemerken könnten. Er starb, 1941, im Londoner Exil. Seine Bücher sind vergessen, nur wenige sind noch greifbar. Er war eine rührende, immer etwas bizarre Randfigur des Expressionismus.

George Grosz hat ihn gemalt. Dix, Christian Schad und andere Maler der Epoche haben sich an seiner rüh*renden, verwachsenen Figur* geweidet. Er kam aus Schlesien. Er hatte den Ton der Echtheit. Er trat in den literarischen Kabaretts der zwanziger Jahre auf, der verhutzelte kleine Mann. Alfred Kerr, der ja auch ein schlesischer Patriot und Heimatkünder war, nahm ihn unter seine Berliner Fittiche. Max Herrmann durfte im alten „Berliner Tageblatt" monatlich über seine Streifzüge durch die Kleinkunstbühnen Berlins schreiben. Das war jedesmal entzückend.

Er ist verschollen. Er ist es geblieben. Seine Gedichtbücher, Romane, seine wenigen Bühnenversuche sind heute kaum mehr greifbar. Da war es sicher verdienstvoll, wenn die Werkstatt des Schiller-Theaters seiner gedenken wollte.

Aber man tut es sonderbar hämisch und verzerrt. Dem kurzen Gedenkabend wird der Titel „Gedichte, Lieder und eine komische Tragödie" angeheftet. Johannes Gruetzke, der Meister der Neuen Prächtigkeit, hat ein wirklich schönes, sozusagen immer wehmütig gekipptes Bühnenbild entworfen: Eine rührend vertrackte *Flußlandschaft*, die durchaus etwas von der schlesischen Heimat des schließlich Heimatlosen atmet.

Aber dann treten die rezitierenden Gestalten auf. Sie sind kostümlich verzerrt und veralbert. Matrosenanzüge. Backfisch-Kleider. Eine Geige schmalzt hämisch zu dem, was sie sprechen, so als ob Herrmann zu echten Tönen gar nicht fähig gewesen wäre.

Dann spielt man ein kleines, frühes Dramolett aus dem Jahre 1919: „Die Laube der Seligen". Drei bürgerlich verkorkste Liebespaare nähern sich der Laube am Fluß. Dort hängt schon schauerlich eine Leiche. Sie alle enden gräßlich und in extremer Dramatik.

Das Publikum lacht. Es wohnt einer Parodie an einem frühen Exzeß des Expressionismus bei. Es kichert bei jedem zweiten hochgezogenen, ausdruckswütigen Wort. Es findet, was da ausgegraben wurde, entsetzlich komisch. Fertig ist die Laube! Die irrige Ehrung für Max Herrmann geht entsetzlich in die Binsen.

Klaus Völker, Schiller-Dramaturg, führt Regie und führt sein Publikum immer nur auf die falsche Fährte. Von des armen, buckligen Dichters eigentlichen Qualitäten erfährt man an diesem Abend nichts. Man hat immer nur einen Spaß erlebt, zudem noch einen ganz falschen.

Die an sich so begrüßenswerte Unternehmung endet durchweg wie ein Schlag ins falsche Wasser. Der Zugang zu Herrmann-Neisses ernsthafteren Qualitäten wird hier gar nicht versucht. Die kleine Werkstatt-Urauf*führung (wie man den Abend, sicher* reichlich hochstaplerisch, nennt) endet nach neunzig Minuten völlig verkorkst. Wenn dieser Dichter so irrig exzentrisch, wenn er heute nur so albern und zum Zwecke einer hämischen Parodie gesetzt werden sollte – ach, man hätte ihn ruhen lassen sollen.

Dabei wäre aus seinem verschollenen Werk wirklich einiges Bleibende durchaus wieder zu retten. Man hat die Möglichkeit verspielt – und hat einen späten Nachruhm wieder blokkiert.

Die Leute in der kleinen Werkstatt schienen es nicht zu merken. Sie lachten. Sie mißverstanden. Sie mußten diesen Max Herrmann-Neisse verkennen und nur noch komisch finden. Das aber war er doch nicht.

FRIEDRICH LUFT

Die Höhlen von Dunhuang und Chinas Probleme mit der Kunstgeschichte

Des Affenkönigs Reise nach dem Westen

Unlängst meldete eine französische Nachrichtenagentur aus Peking, der chinesische Archäologe Duan Wenjie habe „die Rückgabe von antiken Schriftwerken, die vorwiegend von Franzosen und Engländern Anfang des Jahrhunderts aus dem *Buddhisten-Zentrum Dunhuang* in Nordwestchina ‚geraubt' worden waren", gefordert. So habe es in der englischsprachigen Zeitung „China Daily" gestanden. Das las sich, als würden sich die Chinesen dem Chor jener Länder aus der Dritten Welt anschließen, die ihre „von den Kolonialisten geraubten" Kunstwerke aus den bedeutenden Sammlungen in Europa und Amerika zurückverlangen.

Die Forderung überraschte um so mehr, als gerade die deutsche Ausgabe eines Buches über „Die Höhlentempel von Dunhuang", herausgegeben vom Dunhuang Institute of Cultural Relics (Klett-Cotta, Stuttgart, 260 S., 212 Abb., 178 Mark) erschienen ist, das recht genau die Geschichte der Mogao-Höhlen und ihre Wiederentdeckung um die Jahrhundertwende beschreibt, ohne anzudeuten, daß China darauf bestehen würde, alle Kunstschätze und Dokumente, die dort gefunden und in ausländische Museen gebracht wurden, zurückzugeben. Ein Vergleich mit der Originalausgabe von „China Daily" verrät denn auch, daß sich Duan Wenjie keineswegs so schroff ausgedrückt hat, wie AFP berichtete. Er hatte vielmehr gesagt, daß er hoffe, die im Ausland verstreuten Funde würden „früher oder später nach China zurückkommen" und daß Dunhuang ein Museum bekäme als Heimstatt der Kunstschätze und der Dunhuang-Forschung.

Dunhuang und seine Kunstschätze haben den Chinesen immer wieder Schwierigkeiten bei der historischen und kunstgeschichtlichen Einordnung bereitet. Das liegt daran, daß es sich um ein buddhistisches Heiligtum handelte, der Buddhismus aber in den offiziellen Annalen nie sonderlich geschätzt wurde, und daß es eine eher volkstümliche denn artistische Kunstform war, die sich nur schwer in die traditionelle Darstellung der schönen Kunst einfügen ließ.

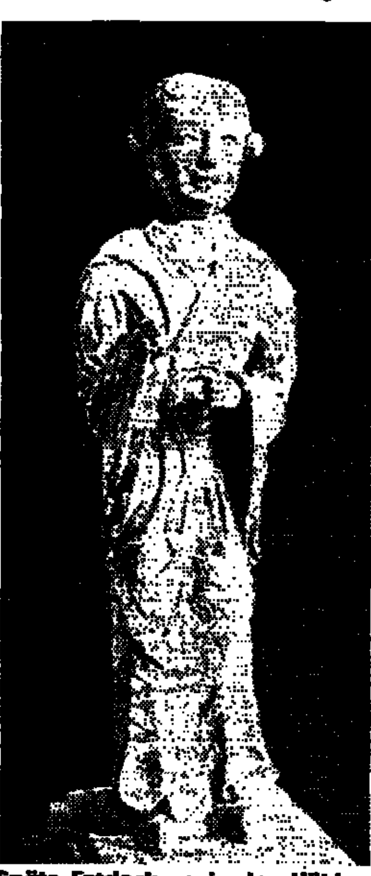
Dunhuang war eine wichtige Etappe an der Seidenstraße. Der Mönch Xuanzhuang (Tripitaka) machte auf seiner später von Legenden und Wundergeschichten um den Affenkönig Sun Wukung umrankten „Reise nach dem Westen" hier ebenso Station wie Marco Polo bei seiner Heimkehr nach Europa. Unweit der Stadt begann nach einer Überlieferung aus der Tang-Zeit der Mönch Lezun, im Jahr 366 eine Höhe aus dem weichen Gestein am Rande der Wüste Gobi zu *graben, um ein buddhistisches Hei*ligtum zu schaffen. Bis zur Jahrtausendwende entstand daraus ein weitverzweigtes Labyrinth mit Hunderten von Grotten, die alle ausgemalt und mit farbig gefaßten Lehmskulpturen geschmückt wurden. Denn im Nordwesten, am Ende der Chinesischen Mauer, wo starke Lokalherrscher die Macht ausübten, waren die Buddhisten vor den Verfolgungen, die 845 zur Schließung von 4600 Klöstern und der Laizierung von 260 000 Mönchen und Nonnen im direkten Machtbereich des Kaisers führten, geschützt.

Heute sind 492 Höhlen mit rund 45 000 qm Wandmalerei und zweitausend Tonfiguren registriert. In ihnen spiegelt sich die Lebensgeschichte Buddhas und der buddhistische Kosmos in höchst realitätsbezogener Weise, so daß für den Historiker Rückschlüsse auf den Alltag der Tang- und Song-Zeit möglich sind. Das wird in dem Band mit ausgewählten Bildbeispielen und ausführlichen Erläuterungen zu den Bildinhalten vorgeführt.

Da das Gebiet von Dunhuang 1227 von den Mongolen noch vor der Errichtung der mongolischen Yüan-Dynastie (1271–1368) erobert und wiederum 1516 vor dem Ende der Ming-Dynastie (1644) in die Hände der Tibeter fiel, gerieten die Heiligtümer in Vergessenheit. 1725 wurden sie zwar zum erstenmal wiederentdeckt, aber das blieb weitgehend ohne Folgen. Und als der taoistische Mönch Wang Yuanlu 1900 durch Zufall auf die Bibliothekshöhle stieß, verkaufte er diese Schätze an den aus Ungarn stammenden britischen Forscher *Marc Aurel Stein und später an den* französischen Sinologen Paul Pelliot, um Geld für einen taoistischen Tempel zu erhalten. So gelangten 7000 Schriftrollen und Schriftstücke sowie rund 500 Gemälde an das British Museum, etwa 6000 Dokumente und Bilder nach Paris sowie weitere Stücke nach Japan und (durch den Russen Oldenburg) nach Rußland (was die Chinesen erst 1963 durch eine Moskauer Publikation erfuhren).

Die politischen Krisen, die seit 1900 China erschütterten – Boxeraufstand, Sturz der Qing-Dynastie 1911, der *Kampf der Kommunisten gegen die* Republik, der Krieg gegen Japan und schließlich der Sieg der Kommunisten –, ließen eine wissenschaftliche Pflege der Dunhuang-Funde nicht zu, obwohl mehrfach der Versuch unternommen wurde. 1962/63 sollte endlich damit begonnen werden, doch die Kulturrevolution – geschichts- und erst recht religionsfeindlich – führte erneut zu einer Unterbrechung. So sind Ansätze für die intensive wissenschaftliche Aufarbeitung Dunhuangs erst seit kurzem zu registrieren. Dabei *stehen* die Bestandsaufnahme und Restaurierung vor Ort sowie die Publikation jenes Drittels der Schriftfunde, die 1910 nach Peking gebracht wurden, im Vordergrund. Bei alledem rangieren sozialwissenschaftliche Ansatzpunkte vor den religionsgeschichtlichen. Denn der Buddhismus war nicht nur den Herrschern der ausgehenden Tang-Zeit unheimlich, auch die Kommunisten haben noch immer ihre Probleme mit dem „Opium des Volkes".

PETER DITTMAR



Späte Entdeckung in den Höhlen von Dunhuang: „Weibliche Gottheit", aus der westlichen Xia-Dynastie FOTO: KLETT-COTTA

JOURNAL

Venedig bei Nacht zur 41. „Mostra"

AFP, **Venedig**

Zu ihrer 41. Ausgabe präsentiert sich die „Mostra" in Venedig in diesem Jahr vom 27. August bis zum 7. September. Die Filmfestspiele umfassen wie im vergangenen Jahr sieben Abteilungen. Die Reihe „Venedig junger Film" wurde durch den Nachwuchsautorenwettbewerb „Venezia '41" ersetzt. Außerdem sind im Programm „Venezia Genti" für Filme der Dritten Welt, „Venedig bei Nacht" (Mitternachtsvorführungen von Publikumsfilmen), „Venedig gestern" mit einer Retrospektive von Luis Buñuel sowie der Uraufführung seines bislang nie gespielten Stücks „Hamlet" aus dem Jahr 1927. Ferner gibt es „Venezia de Sica", das dem italienischen Film gewidmet ist, „Venedig TV" für Fernsehfilme und „Venedig für ein Jahr" über die Aktivitäten der Biennale. Erstmals wird in Venedig diesmal eine internationale Kritikerwoche veranstaltet.

Landesregierung erwirbt Krönungsdokument

AP, **Düsseldorf**

Für 180 000 Mark hat die nordrhein-westfälische Landesregierung aus Privatbesitz das kurkölnische Exemplar eines sogenannten „Krönungsordo" aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts angekauft. In dem aus 26 Pergamentblättern bestehenden Dokument sind das Zeremoniell und die Texte für die Krönung der deutschen Könige aufgezeichnet. Es handelt sich bei der Handschrift um eines von fünf weltweit erhaltenen Stücken gleicher Art. Die anderen befinden sich im Vatikan, in Wien, Paris und Darmstadt. Die Düsseldorfer Neuerwerbung wird im Hauptstaatsarchiv Platz finden.

Ägyptens Schätze nicht mehr ins Ausland

AFP, **Kairo**

Ägypten schließt große Kunstausstellungen im Ausland, vergleichbar der Wanderausstellung „Tut-ench-Amun", bei der die Grabschätze des Pharaos zwischen 1960 und 1979 in Europa, Nordamerika und Japan gezeigt wurden, in Zukunft aus, weil die anfallenden Kosten und Risiken zu hoch sind. Nur kleinere Ausstellungen sollen noch durchgeführt werden. So ist z. B. im März/April dieses Jahres in Japan eine Ausstellung zu dem Thema „Könige und Königinnen Ägyptens" geplant und 1985, ebenfalls in Japan, eine Ausstellung von Grabschätzen aus den Tempeln von Tanis im Nildelta, die 1986 auch nach Frankreich kommt.

Ältester Vorfahr von Mensch und Affe entdeckt

dpa/UPI, **Durham**

In einer Wüste südwestlich von Kairo sind die Überreste einer etwa 32 Millionen Jahre alten Tierart gefunden worden, die als frühester gemeinsamer Vorfahr von Mensch und Affe gilt. Es handelt sich im wesentlichen um Schädelreste des Ägyptopithecus zeuxis. Die Funde besitzen nach Elwyn Simons, Direktor des Primaten-Zentrums der Duke University in Durham, große Bedeutung, weil an den Knochen deutliche individuelle Merkmale nachweisbar sind. Außerdem zeige auch die Entwicklung des Gehirns, daß es sich um Verwandte des Menschen und der Menschenaffen handele. In ihrer Struktur weisen die Knochen bereits auf eine spätere Affenart (Proconsul) hin, die in 20 Millionen Jahre alten Gesteinen am Victoriasee in Kenia gefunden worden waren.

Jane Wyman 70

dpa, **Hollywood**

Die Schauspielerin Jane Wyman, von 1940 bis 1948 in zweiter Ehe mit ihrem damaligen Berufskollegen und jetzigen US-Präsidenten Ronald Reagan verheiratet, feiert heute ihren 70. Geburtstag. Jane Wyman versuchte sich zunächst vergeblich als Kinderstar. Den Durchbruch ins Showgeschäft schaffte sie als Sängerin Anfang der dreißiger Jahre. Später ging sie nach Hollywood, wo sie Dutzende von kleineren Rollen als hochnäsige Blondine spielte. 1945 gelang ihr dank ihrer Rolle in Billy Wilders Film über einen Alkoholiker „The Lost Weekend" („Das verlorene Wochenende") endlich die Anerkennung als wandlungsfähige Schauspielerin. 1948 erhielt sie für ihre Darstellung einer vergewaltigten Taubstummen in „Johnny Belinda" einen Oscar.

Eric C. Williams †

dpa/UPI, **Athen**

Der britische Schriftsteller Eric C. Williams ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am ersten Weihnachtstag in Griechenland im Alter von 72 Jahren verstorben und wurde auf dem Friedhof des Fischerdorfes Porto Heli begraben. Williams wurde einer größeren Leserschaft vor allem durch sein Buch „The Wooden Horse", das den Ausbruch britischer Offiziere aus einem Gefangenenlager im Deutschland des Zweiten Weltkrieges zum Thema hat, bekannt. Er schrieb auch Science-fiction-Literatur, von der in deutscher Sprache „Zukunft, nein danke" (Verlag Ullstein) erschien.

Sommerwetter nahm der griechischen Hauptstadt den blauen Himmel

Seit gestern gilt großer Smog-Alarm / Rigorose Maßnahmen für saubere Luft über Athen

E. ANTONAROS, Athen

Seit gestern morgen gilt in Athen der große Smog-Alarm: Zum erstenmal seit gut zwei Jahren hat eine giftige Smog-Wolke, die sich ausgerechnet im Laufe der letzten Feiertage über der Vier-Millionen-Hauptstadt bildete, die griechischen Behörden gezwungen, kurzfristig besonders rigorose Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Luftverschmutzung im Großraum Athen zu ergreifen. Davon erstmalig direkt betroffen sind auch die knapp 16 000 in Athen zugelassenen Taxen.

Die Hauptmaßnahmen richten sich vorwiegend gegen den in der Innenstadt ohnehin stark eingeschränkten Autoverkehr: Für 48 Stunden, also bis morgen früh, darf abwechselnd nur eine Hälfte aller Privatautos in einem großen um Athen gezogenen Ring verkehren. Dieses erweiterte Verbot – bisher galten die Restriktionen nur für einen kleinen Ring in der City – gilt jeweils von 6.30 bis 16 Uhr. Ähnliche Maßnahmen, allerdings nur für den inneren Ring, gelten für die Taxen – je nach gerader oder ungerader Zulassungsnummer. Athens Taxifahrer sind empört und drohen mit einem sofortigen Streik, weil sie überrascht wurden. „Diese Restriktionen kommen für uns einem Arbeitsverbot gleich", sagte ein Sprecher ihrer Gewerkschaft.

Zu den über das griechische Fernsehen erst am Montagmorgen verkündeten Sondermaßnahmen, die vor zwei Jahren von Experten des Umweltministeriums ausgearbeitet wurden, gehört auch die Anweisung an 113 im Großbereich Athen angesiedelte Industriebetriebe, den Verbrauch von Öl für die Dauer des Alarms um 30 Prozent zu drosseln. Diese Restriktionen bedeuten für die meisten Firmen eine drastische Senkung ihrer Produktion.

Darüber hinaus wurde mit sofortiger Wirkung beschlossen, daß alle öffentlichen Bauten – Krankenhäuser, Kinder- und Altersheime ausgenommen – nicht geheizt werden dürfen. Die Behörden richteten einen Appell an alle Athener, in den nächsten Tagen „möglichst wenig zu heizen", um die Auflösung der graugelblichen Giftwolke zu beschleunigen.

Zu frieren brauchen die hustenden Hauptstädter allerdings nicht: Denn seit gut zwei Wochen scheint in Athen fast ununterbrochen die Sonne. Sommerliche Temperaturen bis zu 20 Grad Celsius, die für diese Jahreszeit selbst im milden Hellas sehr ungewöhnlich sind, und eine Windstille haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die neue Smog-Wolke entstanden ist.

Im Laufe der letzten Tage haben die Gifte aller Art nach Angaben der Behörden Spitzenwerte erreicht: Der Rauchgehalt betrug 340 mg pro Kubikmeter, während der zugelassene Grenzwert knapp bei der Hälfte liegt; im Kubikmeter Luft werden zur Zeit 23,9 mg Kohlenmonoxyd gemessen. Auch die Werte für Schwefeldioxyd und Stickstoffdioxyd sind noch nie so hoch wie in dieser Woche gewesen. Die Wetterforscher sagen ein Andauern der Schönwetterlage voraus. „Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein starker Regen. Dann wird die Luft sauber sein", sagte ein Meteorologe. Aber an Athens gelblich-blauem Himmel war gestern nicht die Spur einer Regenwolke auszumachen.

Athens Luftverschmutzungsproblem gibt es spätestens seit 1978: Durch die Anhäufung von Dutzenden von Großbetrieben am Stadtrand und die Zulassung von immer mehr Autos wurde die griechische Hauptstadt fast über Nacht zur Stadt Europas mit der schmutzigsten Luft. Als die Sozialisten vor 26 Monaten an die Macht kamen, versprachen sie den smoggeplagten Athenern „eine baldmöglichste Bekämpfung" der Luftverschmutzung. Unter anderem erwogen sie die Entfernung aller luftverschmutzenden Industrien aus der Umgebung der Hauptstadt. Doch viel weiter sind sie mit ihren Plänen bisher nicht gekommen. Inzwischen sind auch sie nüchterner und realitätsbewußter geworden. Umweltminister Antonis Tritsis konfrontierte bereits vor einigen Monaten die Athener mit der bitteren Wirklichkeit: „Wenn alles gut geht und richtig geplant wird, kann mit einer Beseitigung der Luftverschmutzung erst in zehn Jahren gerechnet werden." (SAD)



Wenig Freude am Sonnenschein haben die Bewohner der griechischen Hauptstadt. Weil seit Tagen auch kein Wind weht, legte sich der Smog über den Kessel von Athen. FOTO: AP

ARD-Mann in Rio von Räubern erschossen

AP, München

Der langjährige Hörfunk-Korrespondent der ARD für Südamerika, Karl Brugger, ist nach Angaben des Bayerischen Rundfunks in der Nacht zum Dienstag in Rio de Janeiro von Straßenräubern erschossen worden. Der 41jährige habe zum Jahreswechsel auf eigenen Wunsch seinen Posten bei der ARD abgegeben, berichtete der Vorgänger Bruggers in Rio, Walter Hanf, in München. Brugger sei am Montagabend offenbar mit seinem Nachfolger Ulrich Encke noch einmal ausgegangen. Auf dem Heimweg sei er ermordet worden, während Encke bei dem Überfall unverletzt geblieben sei.

Brugger habe einen längeren Deutschlandurlaub geplant, bevor er nach Rio habe zurückkehren wollen, um sich dem Schreiben von Büchern und dem Drehen von Fernsehfilmen zu widmen. Brugger war neun Jahre lang als Hörfunkreporter in ganz Lateinamerika für die deutschen Rundfunkanstalten tätig. 1971 ließ er sich in Rio de Janeiro nieder. Brugger habe der ARD weiterhin als Stellvertreter Enckes für Berichte aus Lateinamerika zur Verfügung stehen wollen.

Stürme über Deutschland

AP, Frankfurt

Ein starker Südweststurm mit orkanartigen Böen tobte gestern über Norddeutschland. An der Küste wurden Sturmböen mit Geschwindigkeiten bis zu 120 Stundenkilometern gemessen. Wegen des Sturmes hatten die Fähren auf der Unterelbe bereits am Vormittag ihren Betrieb eingestellt. In Hamburg wurde mit einer Sturmflut gerechnet. Schon in der Nacht zum Dienstag waren Stürme mit Geschwindigkeiten um 135 km/h über die Mittelgebirge hinweggefegt. In England kamen bei dem Orkan mindestens vier Menschen ums Leben.

Führerschein ade

dpa, Münster

Autofahrer, die mehrfach betrunken am Steuer erwischt werden, können künftig ihre Fahrerlaubnis endgültig „abschreiben". Der 19. Senat des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts in Münster hat jetzt in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß „Trunkenheitstätern" nur dann die Fahrerlaubnis wiedererteilt werden darf, wenn Gutachter die „sichere Prognose" stellen, daß der Verkehrssünder nicht mehr rückfällig wird. (AZ: 19 A 1110/82)

Hase hatte Schuld

dpa, Nürnberg

Weil ein Hase über die Fahrbahn lief, kam es auf der Autobahn bei Nürnberg zu einem Auffahrunfall mit 18 Verletzten. Eine Autofahrerin hatte versucht, dem Tier auszuweichen. Sie schleuderte gegen die Leitplanke und blieb auf der Fahrbahn stehen. Drei andere Wagen prallten auf den stehenden Pkw.

Feuer im Vogelparadies

dpa, Wien

In Niederösterreich und im Schilf des burgenländischen Neusiedler-Sees an der ungarischen Grenze toben Flächenbrände. Das Feuer am Neusiedler See, ein wichtiges europäisches Vogelparadies, wurde am Montag wahrscheinlich von Brandstiftern gelegt. Es dehnte sich inzwischen über etwa zehn Quadratkilometer aus.

Tiefen-Rekord

AFP, Moskau

Sowjetischen Geologen ist es Ende Dezember gelungen, bei einer Bohrung im europäischen Teil der Sowjetunion auf der Halbinsel Kola bis in eine Tiefe von 12 000 Metern vorzudringen. Nach Angaben des Parteiorgans „Prawda" handelt es sich um einen „Weltrekord", den dieselbe Mannschaft bis zum Jahr 1990 auf eine Tiefe von 15 000 Metern verbessern will.

Rauschgift-Coup

AP, Madrid

Bei einem koordinierten Schlag gegen einen internationalen Rauschgifthändlerring sind nach Angaben der spanischen Polizei in Spanien und Frankreich 32 Kilogramm Kokain im Schwarzmarktwert von umgerechnet rund 32 Millionen Mark sichergestellt worden. Drei Kolumbianer, ein Venezolaner und zwei Spanier seien in Madrid festgenommen worden.

„Waldmenschen" auf der Flucht vor der Erinnerung

Vietnam-Veteranen helfen alten Kameraden zurück ins Leben

WOLFGANG WILL, New York

Marvin, der seinen Nachnamen nicht nennen will, aber sein Alter mit 33 Jahren angibt, hat die letzten zehn Jahre als „Waldmensch" gelebt, in den dunklen, unzugänglichen Wäldern um Forks und Tacoma im westlichen US-Bundesstaat Washington. Er hat von Beeren gelebt, die er suchte, von Wild, das er erlegte. Er schlief in Höhlen oder ausgehöhlten Baumstämmen; und er kleidete sich in Felle von Tieren, die er mit Fallen fing. Marvin wollte „der Welt aus dem Wege gehen", nachdem er 1971 verwundet aus Vietnam zurückgekehrt war. Vier Jahre hatte er bei einer US-Sondereinheit – den „Special Forces" – in Vietnam gedient. Erst „versteckte" er sich in den Wäldern und Bergen von Wyoming, Colorado und Montana, um schließlich in Washington südlich der kanadischen Provinz British Columbia, zu „landen".

Marvin ist oder war kein Einzelfall, sondern Teil eines Phänomens: Viele der Vietnam-Kriegsteilnehmer wurden mit dem Erlebten ebensowenig fertig wie mit der US-Gegenwart, in die sie zurückkehrten, in ein kriegsmüde gewordenens Land, in dem die Vietnam-Veteranen keineswegs immer so empfangen und aufgenommen wurden wie sie, die für dieses Land in diesen Krieg geschickt worden waren, es sich gewünscht, es sich vorgestellt hatten. „Ich wollte und konnte nicht in einer Welt leben", sagt einer der „Waldmenschen", „in der ich angespien wurde, in der man mir Tomaten ins Gesicht warf."

Das Thema „Waldmenschen" wurde jetzt in einer Artikelserie der „Tacoma News Tribune" aufgenommen. Dabei war das Phänomen keineswegs auf den US-Westen beschränkt: Etwa 1000 der 100 000 Kriegsteilnehmer des Bundesstaates New York bedurften psychiatrischer Hilfe, und eine Anzahl von ihnen führte in den Adirondack-Bergen ein Leben als Trapper – weil sie sich als „Aussätzige" vorkamen und deshalb der Zivilisation entfliehen wollten.

Dieser Männer nehmen sich staatliche und private Stellen an. 85 der „Waldmenschen" konnten im Staate Washington überzeugt werden, in die Zivilisation zurückzukehren: Sie erhalten Beistand jeglicher Art, werden psychiatrisch betreut, ihnen werden Arbeitsstellen vermittelt, ihnen wird sogar, wenn gewünscht, „Familienanschluß" beschafft. Mediziner und Psychiater diagnostizieren bei diesen „Ausreißern" „nach-traumatischen Streß", eine psychische Krankheit, die sich erst Jahre nach einem bestimmten Erlebnis einstellt.

„In Vietnam ist vieles passiert, wovon niemand eine Ahnung hat", sagt Marvin, der Mann ohne Familiennamen, „und hinzu kommt: Ich war doch nur noch fähig, mich als ‚Hit-Man' für die Mafia zu verdingen ... Etwas anderes hatte ich doch nicht gelernt." Er habe unter Alpträumen gelitten, habe jeglichen „Kontakt zu Menschen" gemieden – bis vor etwa einem Jahr: Da war auch er von einer der Organisationen, die sich dieser Menschen annehmen, „aufgelesen" und dem Leben zurückgegeben worden.

Vielfach „dienen" in solchen staatlichen oder privaten Organisationen und Programmen ehemalige „Waldmenschen". Zu ihnen gehört Mike McWaters, der sich zwei Jahre lang in den Adirondack-Wäldern von New York herumgetrieben hatte. „Ich kenne einen der Männer", sagt er, „der ging splitternackt in den Wald – aber später, als er sich wieder sehen ließ, war er völlig in Leder gekleidet, hatte er mehr als 20 Kilogramm zugenommen, war bewaffnet mit Waffen, die er sich selbst gebastelt hatte."

Einer der „Zurückgekehrten" oder „Geretteten" ist der 35jährige Bill Maier, ein ehemaliger Marineinfanterist. Er suchte in der Wildnis „Vergessen", wie er sagt, und er glaubte, vor „den Alpträumen weglaufen" zu müssen. Aber, so gibt er auch zu: „Die Isolierung wurde zur Strafe, zur Qual ... Ich bekam Angst vor praktisch allem ... Alles stürzte sich über mich ... Ich mußte wieder heraus." (SAD)

Die Chancen stehen gut für die „Drombuschs" im „Dallas"-Format

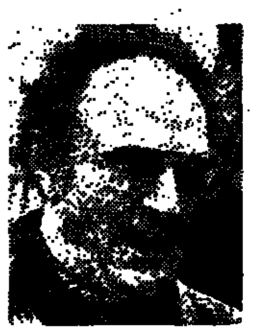
Robert Stromberger schaffte den Weg vom erfolglosen Mimen zum erfolgreichen Autor

H. KANNENBERG, Darmstadt

Anfang der fünfziger Jahre war er ein Nachwuchsschauspieler ohne Engagement, lebte er in ständiger Existenzangst: „Eine böse Zeit! Nachts schlief ich auf Parkbänken. Mittags ein Teller geschnorrter Suppe bei der Bahnhofsmission. Kein Geld und ewig Hunger! Um mich abzulenken, begann ich zu schreiben." Ein Vierteljahrhundert nach seinen Hungerjahren visiert der Darmstädter Fernsehautor Robert Stromberger (53), verheiratet, Vater von vier Töchtern, Urheber von „Straßenfegern" wie „Die Unverbesserlichen", „PS", „Fröhliche Weihnachten" und „Tod eines Schülers", neue Höhen der schreibenden Tele-Zunft an: Seine Familienserie „Diese Drombuschs", die zu Weihnachten anlief, will das ZDF zum ersten Mal über Jahre hinweg auf amerikanisches Serienformat ziehen. Aus den zunächst geplanten sechs Folgen waren im Laufe der Dreharbeiten (Frühjahr bis Spätsommer 1983) 18 geworden. Inzwischen erhöhte Heinz Ungureit, Leiter der ZDF-Hauptredaktion Fernsehspiel und Film, die Option auf dreißig Folgen.

Sie werden produziert als Staffeln von je sechs Folgen pro Jahr. Stromberger hatte vor dem weihnachtlichen Bildschirmstart seiner „Drombuschs" gerade Folge zwei der zweiten Staffel in der Maschine. Die neue Fernsehfamilie weckt Erinnerungen an die „Unverbesserlichen", doch nur auf den ersten Blick. Den Unterschied definiert Stromberger so: „‚Die Unverbesserlichen' waren eine resignierende Familie, die aus ihren Fehlern nicht lernen konnte oder wollte. Die Drombuschs machen auch ihre Fehler, haben ihre Katastrophen. Aber sie haben auch die Kraft, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen, es besser zu machen. Eine solche Familie muß zwangsläufig mehr Optimismus vermitteln."

Das Gefühl für „echte Töne" in den Dialogen hat Stromberger mit der Muttermilch eingesogen. Er wuchs in der Heimat des „Datterich" auf, spricht (und schreibt gelegentlich)



Karriere-Start von der Parkbank: Robert Stromberger FOTO: DEFD

seine Sprache. Wenn seine Serienfiguren von Schicksalsschlägen getroffen werden, wenn sie aufschreien, weil es knüppeldick kommt, dann schreibt Stromberger Sätze, die er ihnen in den Mund legt, erst mal in Darmstädter Mundart nieder.

Sein Lebenslauf hat ihn davor bewährt, im Fühlen und Denken in den luftleeren Raum intellektueller Arroganz und Blasiertheit zu entschweben. Geschrieben hat er schon immer. Als im letzten Kriegsjahr die Darmstädter Gymnasien schlossen, wurde er Lehrling. In der Firma verfaßte er Spottgedichte auf „gewisse unliebsame Sekretärinnen". Später, schon erfolgloser Schauspieler und angehender Autor, schrieb er ein Festspiel für die Stadt Darmstadt zum Justus-Liebig-Jahr. Danach begann er, ohne Hoffnung, mit einem Theaterstück: „Die Unverbesserlichen". Inge Meisel bekam auf einer Tournee durch Zufall das Manuskript in die Hand. Begeistert brachte sie es zum NDR: „Das will ich spielen!" Strombergers Karriere als Fernsehautor hatte begonnen.

Sein heikles Gewisssen in Qualitätsfragen hat verhindert, daß ein Stromberger-Strohfeuer über den Bildschirm flackerte. Die Nachfrage war bei den Sendern größer als das Angebot. Der Autor: „Ein Kind braucht neun Monate, um im Mutterleib zu wachsen. Und so lange brauche ich für ein Stück." Die Drombuschs mit ihrer angepeilten Sechser-Staffel pro Jahr werden Stromberger in den achtziger Jahren in Atem halten. Leitthema der gerade entstehenden zweiten Staffel: Herr Drombusch bewältigt seine Midlife-crisis.

Robert Stromberger hat sich für die Folgen 7 bis 12 ein Genugtuungs-Schmankerl zugedacht: Er wird sich selbst eine „überbauende" Nebenrolle hineinschreiben und sozusagen zu den Quellen seiner künstlerischen Motivation zurückkehren. Einen möglichen „Durchfall" als Darsteller kalkuliert der Autor heiteren Sinnes ein.

Neue Strafe in New York: Hausarrest

ERNST HAUBROCK, Albany

New Yorks Gefängnisse sind chronisch überfüllt. Offiziell wird von einer 117prozentigen Überbelegung gesprochen, was eine milde Untertreibung ist, denn in vielen Haftanstalten werden in Zellen, die ursprünglich für drei bis vier Häftlinge vorgesehen waren, bis zu 20 gestopft. Und die Zahl der Häftlinge wächst, obwohl die Justiz wegen des Unterbringungsproblems schon seit längerem Milde walten und viele Straftäter mit Geldbußen oder auf Bewährung laufenläßt. Der Bau von neuen Zuchthäusern und Gefängnissen wäre dringend erforderlich, daber die dafür benötigten Milliarden fehlen im Staatssäckel.

Der Gouverneur hatte eine originelle Idee

Nach dem Vorschlag der Privatgefängnisse auf kommerzieller Basis (siehe WELT vom 31. 12. 83) hat nun der demokratische Gouverneur Mario Cuomo eine originelle Idee entwikkelt, die er heute in seinem „Bericht zur Lage des Staates" verkünden will: Nach seinen Plänen sollen künftig zu Freiheitsstrafen Verurteilte nicht mehr hinter staatliche Schlösser und Riegel kommen, sondern statt dessen für die gleiche Dauer unter Hausarrest gestellt werden. Die Staatsbürokraten, die die Pläne auszuarbeiten hatten, haben für das neue System schon einen neuen streng nach Gesetz und Ordnung klingenden Terminus geprägt: „Domicile detention" (häusliche Inhaftierung).

Um aufgeschreckte Gemüter zu beruhigen, die bei dieser Ankündigung Alptraumvisionen von schweren Jungen haben, die fröhlich feiernd am heimischen Herd ihre Strafen absitzen, heißt es zu dem Plan, selbstverständlich sei eine scharfe ständige Überwachung vorgesehen. Ein Hausgefangener dürfe die eigenen vier Wände in der Regel rund um die Uhr nicht verlassen, und wenn dies doch mal nötig sei, müsse vorher ein Antrag gestellt werden, den ein Beamter des Strafvollzuges peinlich genau überprüfe. Für den Hausarrest kämen außerdem nur Verurteilte in Frage, von denen Gewalttätigkeit nicht erwartet werde. Das seien nicht mehr als 1500 pro Jahr.

Die Polizei spricht von Schildbürgerstreich

Über die notwendige Logistik und den erforderlichen Personalaufwand wird in der Vorankündigung des Cuomo-Planes noch nichts verraten. Ob zum Beispiel vor jede Wohnungstür eines Arretierten ein Wächter gestellt wird, ob der Delinquent im Kreise seiner Lieben leben darf, und wenn nicht, wer ihn dann mit Nahrung und anderem Lebensnotwendigen versorgt – daß alles bleibt noch offen.

Es bleiben Zweifel, ob die „Domicile detention" billiger kommt als der Bau neuer Zuchthäuser, wenn man an die Berichte über den totalen Zusammenmenbruch des Bewährungssystems im New Yorker Strafvollzug denkt: Tausende von auf Bewährung freigelassenen Verbrechern begehen neue Straftaten, bis sie erneut auf frischer Tat gestellt werden. Die New Yorker Polizei spricht verbittert vom „Revolving Door System", dem Drehtürsystem, so erinnert der Plan des Gouverneurs eher an einen Schildbürgerstreich. Im New Yorker Strafvollzug wäre er nicht der erste. (SAD)

Zimbabwe: Babymord aus Verzweiflung?

rpl/DW. Harare

Der junge Staat Zimbabwe hat noch eine Menge Probleme. Zu den dunkelsten Kapiteln der Entwicklung zum modernen Staat gehört ein Thema, das nur zögernd öffentlich wird. In den letzten Wochen wurde bekannt, daß Dutzende von unverheirateten Müttern ihre Neugeborenen umbrachten, weil sie es zum einen als Schande sahen, es sie zum anderen aber auch in eine hoffnungslose soziale Lage brachte, ein uneheliches Kind zu haben. Während die jüngst bekanntgewordenen Fälle die Regierung sogar nötigten, laut über Konsequenzen nachzudenken, meldete das US-Nachrichtenmagazin „Time" Befürchtungen aus Polizeikreisen, daß es in den vergangenen zwei Jahren möglicherweise Hunderte von Säuglingen waren, die umgebracht wurden.

Ende November brachte Jane, eine 40jährige Witwe, ihr neuntes Kind zur Welt. Ihr derzeitiger Liebhaber hatte ihr schon vor der Geburt zu verstehen gegeben, daß er sich um das Kind nicht kümmern werde. Und auch zwei frühere Lebensgefährten hatten jede Verantwortung für die zwei jüngsten Kinder abgelehnt. Jane bekam Angst, endgültig ihre Stellung als Hausmädchen bei einer weißen Familie zu verlieren. Sie erstickte das Neugeborene mit Strümpfen und verscharrte es im Garten ihrer Herrschaft. Das Verbrechen wurde entdeckt und Jane zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Es ließ einen schaudern, wie Richter John Pittman bei der Urteilsverkündung lakonisch forderte: „Es muß endlich klar werden, daß man Babys nicht einfach töten kann ..."

Inzwischen verurteilte sogar Premierminister Robert Mugabe höchstselbst solche Verzweiflungstaten. Dem Problem wird aber nur schwer beizukommen sein, so lange in Zimbabwe noch alte Stammessitten frontal auf westliche Einflüsse prallen. So werden in den kleinen Dörfern auch heute noch die Mädchen einzig nach dem Brautpreis, den man für sie bekommen kann, eingeschätzt. „Wenn ein Mädchen schwanger ist, reduziert das ihren Wert", erzählt der kanadische Missionar Danny Curle. „Väter schlagen ihre Töchter gnadenlos, oft sogar tot, wenn sie davon erfahren." Die Folge sei, daß viele werdende Mütter versuchten, ihren Zustand zu verbergen und sich nach der Geburt so schnell wie möglich der Kinder zu entledigen.

Auf der anderen Seite fand mit zunehmenden westlichen Einflüssen aber auch eine sexuelle Revolution in Zimbabwe statt. So wurden allein im vergangenen Jahr rund 1500 Mädchen im ganzen Land von Schulen verwiesen, weil sie schwanger waren. Dagegen stehen die Männer, egal welcher Herkunft, in aller Regel nicht zu ihren unehelichen Kindern – sie lehnen sogar jede finanzielle Unterstützung ab. So warf etwa auch Miriam, eine 21jährige Lehrerin, ihr Kind in die Toilette, weil der Vater, ein Kollege, sich geweigert hatte, sie zu unterhalten. „Ich hätte für uns beide nicht genug zum Leben gehabt", sagte sie vor Gericht, bevor sie zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Einen Teil der Schuld geben Soziologen und Mediziner aber auch der Regierung. So hatte man in Zimbabwe schon seit Jahren gute Erfolge bei der Geburtenkontrolle mit einem Kontraceptivum namens „Depo-Provera" gemacht, eine Spritze, die drei Monate empfängnisverhütend wirkt. Vor zwei Jahren allerdings verbot die Regierung Mugabe das Verhütungsprogramm, weil der Wirkstoff angeblich gefährliche Nebenwirkungen gezeigt habe. Im Lande selbst aber glaubt man, daß dieses Verbot nicht nur medizinische Gründe hatte. Die Regierung sei vor allem deshalb dagegen gewesen, so heißt es, weil sie in jeder Form der Geburtenkontrolle ein westliches Komplott sehe, um die schwarze Bevölkerung zu verkleinern.

Um dem Kindermord beizukommen, startete die Regierung in Harare im vergangenen Monat eine Aufklärungskampagne. Das Programm nutzte man allerdings nicht nur, um das Leben neugeborener Kinder zu schützen, sondern man steckte gleich auch noch massenhaft Frauen in die Gefängnisse, von denen man glaubte, daß sie Prostituierte seien. Ein Aufschrei ging durch das Land – übereifrige Polizisten hatten vor allem unbescholtene Frauen eingesperrt.

Um diesen Mißgriff der Exekutive vergessen zu machen, ging die Regierung zu einem Entlastungsangriff über – ein Schnellschuß, der ebenfalls nach hinten losging. So forderte Arbeitsminister Kumbirai Kangai seine Landsleute auf: „Wenn ihr eine Schwangere seht, dann stellt sicher, daß ihr auch erfahrt, wie die Schwangerschaft endet." Und ein Parlamentsabgeordneter schlug sogar vor, ein Gesetz zu verabschieden, nach dem sich alle Schwangeren registrieren lassen sollen. Damit hätten die Behörden dann die Möglichkeit zu verfolgen, was aus den Babys wird.

WETTER: Vorübergehend kalt

Wetterlage: Auf der Rückseite eines nach Mittelschweden ziehenden Orkantiefs wird heute kalte Meeresluft nach Deutschland gelenkt.

Deutscher Wetterdienst 3. Januar 1984, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Norddeutschland und Raum Berlin: Anfangs bedeckt und Schneeregen, im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit nur noch einzelnen Schauern.

Übriges Bundesgebiet: Bei wechselnder Bewölkung besonders am Mittelgebirgsraum und im Alpenvorland Schneeschauer.

Weitere Aussichten:

Erneut aufkommende Niederschläge, die im Flachland rasch in Regen übergehen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	18°
Bonn	7°	Kopenh.	4°
Dresden	8°	Las Palmas	20°
Essen	6°	London	6°
Frankfurt	7°	Madrid	5°
Hamburg	5°	Mailand	4°
List/Sylt	5°	Mallorca	16°
München	11°	Moskau	–1°
Stuttgart	8°	Nizza	11°
Algier	15°	Oslo	3°
Amsterdam	6°	Paris	7°
Athen	14°	Prag	9°
Barcelona	7°	Rom	12°
Brüssel	6°	Stockholm	2°
Budapest	10°	Tel Aviv	19°
Bukarest	10°	Tunis	14°
Helsinki	1°	Wien	6°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.27 Uhr, Untergang: 16.28 Uhr, Mondaufgang: 10.16 Uhr, Untergang: 18.32 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

ZU GUTER LETZT

„Ich hoffe auf weniger Steuern, ich fürchte mehr Steuern." Der französische Karikaturist Jacques Faizant auf die Frage des „Figaro" nach seinen Hoffnungen und Befürchtungen für 1984.